

Das Parlament

Berlin, 11. Juli 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 28-29 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Nachfolger gesucht

Boris Johnson In seiner vergleichsweise kurzen Amtszeit hatte der britische Premierminister schon so manchen Skandal und Anfang Juni sogar ein Misstrauensvotum seiner Fraktion überstanden. Doch nun muss Johnson die Segel streichen. Nach einem beispiellosen Exodus seiner Parteifreunde aus der Regierungsmannschaft trat er vergangene Woche als Chef der konservativen Tories zurück. Premierminister will er bis in den Herbst bleiben – bis die Partei einen Nachfolger bestimmt hat. Ob seine Partei das will, wird sich zeigen. Der 58-Jährige hatte in den letzten Jahren für viel Aufsehen gesorgt. Er trieb Vorgängerin Theresa May aus dem Amt und ging beim Brexit auf Konfrontationskurs mit der EU. Zuletzt verhedderte er sich in einem Skandal über einen sexuell übergriffigen Parteifreund in Widersprüche. scr



ZAHL DER WOCHE

62

Mitglieder der erweiterten Regierungsmannschaft von Boris Johnson traten vergangene Woche zurück, darunter Finanzminister Rishi Sunak, der die Welle mit ins Rollen brachte. Kurios: Bildungsministerin Michelle Donelan trat nur zwei Tage nach ihrer Ernennung wieder ab.

ZITAT DER WOCHE

»Wir brauchen einen Neustart für Großbritannien.«

Keir Starmer, Chef der oppositionellen Labour-Partei, begrüßte den Rücktritt von Amtsinhaber Boris Johnson.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Flughafen-Chaos An den Airports fehlen die Fachkräfte **Seite 4**

INNENPOLITIK
Flutkatastrophe Bundestag debattiert über Lehren aus dem Hochwasser **Seite 7**

INNENPOLITIK
Documenta Viele Fragen nach dem Antisemitismus-Skandal **Seite 8**

EUROPA UND DIE WELT
Beitritt Bundestag für Nato-Aufnahme von Schweden und Finnland **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Der Staat kann eingreifen

ENERGIESICHERHEIT Der Bundestag billigt der Regierung mehr Kompetenzen zu

Deutschland sucht nach Wegen aus der Gasfalle. Der Markt ist angespannt. Und es könnte noch schlimmer kommen. Die Regierung bemüht sich in diesem Krisensommer um Vorsorge für einen absehbar nicht minder krisenhaften Winter. »Wir sind in einer Phase, wo wir uns alle Optionen des Handelns erhalten müssen«, sagte Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) am Donnerstag im Bundestag. Ein Blick auf die vergangenen Monate zeigt: In der politischen Praxis heißt das, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, verschafft sich der Staat immer mehr Eingriffsmöglichkeiten in den Energiemarkt. Jüngstes Beispiel: Das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) aus dem Jahr 1975, das zum zentralen Instrument der Krisensteuerung durch die Bundesregierung geworden ist: Im Zuge einer ersten Novellierung im Mai 2022 wurde die Möglichkeit einer Treuhandverwaltung über Unternehmen der kritischen Infrastruktur und als Ultima Ratio auch die Möglichkeit einer Enteignung geschaffen. Am vergangenen Donnerstag nun beschloss der Bundestag in einem weiteren Schritt, dem Bund darüber hinausgehende Kompetenzen zu geben, die von Einsparvorschriften beim Gasverbrauch über eine neue Umlage für Gaskunden bis hin zu einem Rettungsschirm für Energieunternehmen reichen.

»Lex Uniper« Hintergrund ist die schwierige Lage des Uniper-Konzerns, der denn auch am Freitag staatliche Stabilisierungsmaßnahmen beantragte. Uniper ist der größte Gasimporteur Deutschlands (siehe Seite 3). Das Problem, das den Konzern in Schieflage gebracht hat, ist unter anderem, dass Gazprom im Juni die Gaslieferungen drastisch reduziert hat. Durch die Ostsee-Pipeline Nordstream 1 fließen nur noch 40 Prozent der vereinbarten Menge. Ab diesem Montag nun fließt für zehn Tage gar kein Gas mehr durch die Pipeline, weil sie routinemäßig gewartet wird. In Deutschland halten es nicht wenige für ausgemacht, dass der Kreml die Lieferungen gar nicht wieder aufnimmt. Für Uniper bedeutet das, um die eigenen Lieferverträge mit Kunden bedienen zu können, muss das Unternehmen Gas an der Börse zu krisenbedingt deutlich erhöhten Preisen einkaufen und macht täglich Millionenverluste. Die Angst ist groß, dass eine Insolvenz Unipers eine Kettenreaktion auslösen könnte. Das geänderte Energiesicherungsgesetz gibt dem Bund nun zwei neue Möglichkeiten



Gas wird knapper und teurer. Die Regierung versucht sich zu wappnen.

© picture-alliance/empics/Andrew Matthews

helfend einzugreifen. Erstens: Der Bund soll in einem beschleunigten Verfahren bei dem angeschlagenen Konzern einsteigen können. Zudem wird die Finanzierung von Energieunternehmen, die wie die frühere Gazprom Germania, unter Treuhandverwaltung des Bundes stehen, vereinfacht. Zweitens: Neben der schon bestehenden Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen höhere Preise an die Kunden weitergeben zu können, soll künftig eine »saldierte Preisanpassung« möglich sein. Demnach sollen die Mehrkosten für die Ersatzbeschaffung auf alle Gasverbraucher verteilt werden können – ein Art solidarische Krisenabgabe. In der Debatte zu dem Vorhaben am vergangenen Donnerstag stellte die SPD-Abgeordnete Nina Scheer klar: Am Anfang der Rettungskette stünden die Staatshilfen. Die Überlegung dahinter: Wenn der Staat einem Unternehmen wie Uniper Geld gibt, damit es die gestiegenen Beschaffungskosten überhaupt stemmen kann, ist auch den

Abnehmern, etwa den Stadtwerken, geholfen. Es müsste keine Umlage erhoben werden und auch die Preisanpassungsklausel käme nicht zum Einsatz.

Union will Atom Die geplanten Änderungen sind Teil eines größeren Gesetzesvorhabens, dessen vorrangiges Ziel es ist, Ersatzkraftwerke zu mobilisieren, um Erdgas-Strom durch Strom aus Kohle und Öl zu ersetzen, damit das knapper werdende Gas für den Winter eingespeichert werden kann. In der Debatte begrüßte Jens Spahn (CDU) diesen Schritt, fragte aber: »Warum setzen Sie nicht stärker auf die klimaneutrale Option?«

»Warum setzen Sie nicht auf die klimaneutrale Option Kernkraft?«

Jens Spahn (CDU)

lem die Kernkraft meinte. Einen entsprechenden Änderungsantrag der Unionsfraktion, der eine längere Laufzeit von Atomkraftwerken zum Ziel hatte, fand im Bundestag allerdings keine Mehrheit. Die Grünen legen Wert darauf, dass bei Kohle-Im-

porten als Gas-Ersatz genau hingeguckt wird: »Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards müssen vor Ort eingehalten werden«, forderte Kathrin Henneberger. Karsten Hilse (AfD) nannte das Gesetzesvorhaben »Blendwerk«, das vertusche, dass die Schäden »durch böswilliges Handeln« selbst verursacht seien. Olaf in der Beek (FDP) hielt dem entgegen, es sei Russlands Präsident, der mit dem Angriff auf die Ukraine zum Handeln zwingt. Linkenpolitiker Ralph Lenkert forderte die Vergesellschaftung der Netze und Entschädigungen für Verbraucher. Den geänderten Entwurf der Ampelfraktion (20/2356, 20/2594) nahm der Bundestag schließlich mit Stimmen der Koalition und Linken bei Enthaltung der Union und Ablehnung durch die AfD an. Am Freitag stimmte auch der Bundesrat zu. Die im Rahmen einer Aktuellen Stunde vorgebrachte Forderung der AfD, die Gaskrise durch die Inbetriebnahme der umstrittenen Ostsee-Pipeline Nordstream-2 zu verhindern, stieß bei den übrigen Fraktionen auf Ablehnung. Ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten wurde zudem an die Ausschüsse überwiesen. Michael Schmidt

EDITORIAL

Was immer es kostet

VON CHRISTIAN ZENTNER

»Schwimmen Sie nicht zu weit raus«, riet der damalige Bundestagspräsident Norbert Lamert den Abgeordneten vor zehn Jahren bei der Verabschiedung in die parlamentarische Sommerpause. Wegen der Euro-Krise wurde damals eine Sondersitzung erwartet. Eine solche zeichnet sich jetzt noch nicht ab, doch Krieg, Inflation, gestörte Lieferketten, Rezessionsgefahr und Energiesicherheit werden die Abgeordneten als Krisen auch in der sitzungsfreien Sommerzeit täglich beschäftigen. Über allem schwebt die Unsicherheit, ob und wie die Gasversorgung im Winter sichergestellt werden kann. Beruhigen muss diese Lage auch der zuständige Minister Robert Habeck. Der Gasmarkt werde nicht zusammenbrechen, versicherte Habeck in einer Talkshow und fügte ein Zitat von Mario Draghi hinzu, der damit als EZB-Chef in der Euro-Krise 2012 die Finanzmärkte beruhigen konnte: »Whatever it takes«, was auch immer nötig ist. Am Ende wird es Geld sein, ahnt man mit Blick auf die Schuldenbremse wohl im Finanzministerium. In einem Kraftakt hat der Bundestag nun nicht nur für den Klimaschutz aufs Tempo beim Ausbau von Ökostrom gedrückt und als kurzfristige Maßnahme zur Sicherung der Gasversorgung den Einsatz von Reserve-Kohlekraftwerken beschlossen. Jede Kilowattstunde Strom, für die kein Gas verbraucht wird, hilft, die Gasspeicher zu füllen. Der Rohstoff ist zu kostbar, wird dringend für die Wärmeerzeugung und industrielle Prozesse benötigt. Atomstrom soll trotzdem nur bis Jahresende die Lage entlasten. Für einen Weiterbetrieb 2023 steht die Ampel auf Rot, aus der Opposition kommt dagegen genau diese Forderung. Wie so häufig gibt es Argumente auf beiden Seiten. Deutschland steht im Sommer vor einer ungewissen Entwicklung, zu viele Fragen sind offen und zu viele Meldungen irritieren. Das Land importiert derzeit mehr Waren, als es exportiert. Für einen langjährigen Exportweltmeister sollte das ein kaum zu übersehendes Alarmsignal sein. Gefährdet sind nicht nur Wachstum und Wohlstand oder die Schuldenbremse, sondern am Ende Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Doch dass der Bundestag schnell, entschlossen und kurzfristig reagieren kann, sollte Zuversicht verbreiten. Es wird noch öfter auf gemeinsame Kraftanstrengungen ankommen, bis alles Notwendige getan ist. Denn eins ist sicher: Der Winter kommt bestimmt.

Die Rezession kommt in Sicht

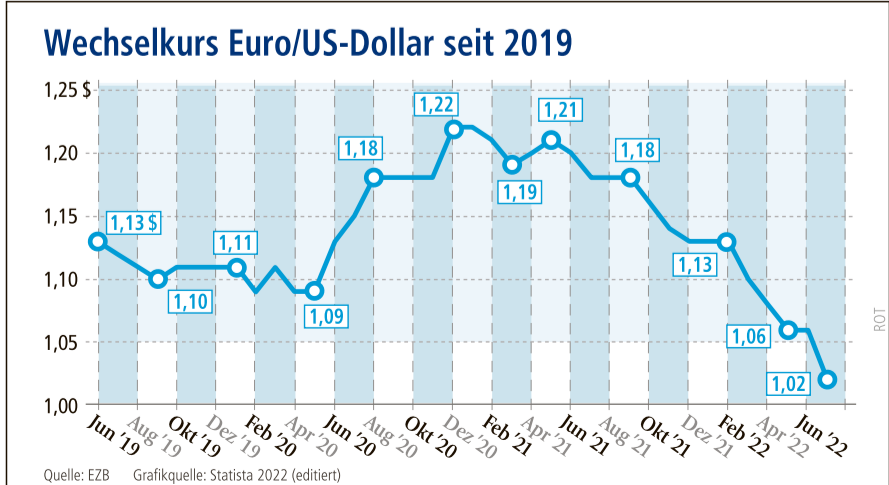
WIRTSCHAFT Oppositionsführer Merz erwartet schwerste Krise seit 1949. Koalition verweist auf Entlastungen

Rezessionsorgen, Lieferkettenprobleme und die explodierenden Energiepreise vor allem bei Gas lassen die Stimmung der Wirtschaft in den Keller sinken. Wachstumsprognosen werden in Serie zurückgenommen. Nach Ansicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz läuft Deutschland »auf die schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik« zu. In einer von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde in der vergangenen Woche verwies Merz auf die unsichere Energieversorgung und die höchste Inflationsrate seit 30 Jahren. Die stets positive Handelsbilanz sei nun ins Negative gekippt. Der Euro verliere ständig an Wert: »Dies hat etwas mit Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und mit Währungspolitik der letzten Jahre zu tun.« Unter den 100 größten Unternehmen der Welt befinden sich kein einziges deutsches Unternehmen mehr. Aber die Koalition verweigere eine Unternehmenssteuerreform und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Unternehmen. Jens Peick (SPD) sagte, wegen Corona, der Lieferengpässe und des Krieges in der Ukraine müssten die Menschen den Gürtel

enger schnallen. Jedem Haushalt sei mit den Entlastungspaketen mit durchschnittlich 1.000 Euro geholfen worden, rechnete Peick vor. Für längerfristige Lösungen habe Kanzler Scholz die konzertierte Aktion ins Leben gerufen. Laut Enrico Komning (AfD) sind die Ursachen der Krise nicht der Ukraine-Krieg oder Corona: »Die Ursachen der Krise

sind Ihre hemmungslose Schuldenpolitik, Ihre Energiewende, die schamlose Gelddruckmaschine EZB und nicht zuletzt ihre Corona-Bazooka, deren Kollateralschäden jetzt für alle sichtbar werden.« Er forderte Etatdisziplin und Steuersenkungen. Andreas Audretsch (Grüne) warf Merz vor, ein »absurdes Theater« aufzuführen und

Klamauk zu betreiben. Merz habe einen völligen Realitätsverlust erlitten, habe kein Wort zum Krieg, zu den Lieferketten und zu den Gaspreisen, die mit Putin zusammenhängen würden, gesagt. Es sei die fossile Abhängigkeit von Putin, die die Preise nach oben treibe. Michael Kruse (FDP) warf Merz vor, nichts zur Energiesicherheit gesagt zu haben. Die Union habe hier jede Menge Fehler zu verantworten, zum Beispiel die Abgabe der Gasspeicher an russische Unternehmen. Eine von der Union geforderte Herbeirufung des Kanzlers wurde mit dem ersten Hammelsprung der Legislaturperiode abgelehnt (345 gegen 245 Stimmen). Auch Dietmar Bartsch (Linke) hätte es besser gefunden, wenn der Kanzler im Plenum gewesen wäre. Statt einer Sommerpause bedürfe es einer Regierungserklärung. Bartsch: »Die Preise sind jetzt hoch.« hie



GASTKOMMENTARE

LAUFZEITVERLÄNGERUNG FÜR AKW?

Not kennt kein Gebot

PRO



Daniel Goffart, »Wirtschaftswoche«, Düsseldorf

Wenn Russland den Gashahn zu dreht, droht Deutschland eine tiefe Rezession. In dieser „Gasmangellage“, die man auch als Notstand bezeichnen kann, wird das noch vorhandene Gas rationiert. Niemand glaubt, dass ein vollständiger Ersatz aus anderen Ländern oder aus erneuerbaren Energien kurzfristig möglich ist. Im Gegenteil müssen wir mit drei bis fünf Jahren Knappheit rechnen – einschließlich aller ökonomischen Konsequenzen. Trotzdem lehnen SPD und Grüne jede Debatte über Alternativen ab – sei es ein Weiterbetrieb der noch laufenden drei Kernkraftwerke oder sei es die Förderung heimischen Erdgases. Gut zwölf Prozent des Gases werden heute verstromt – warum kann man diesen Strom nicht aus Kernkraftwerken nehmen? Natürlich lässt sich das aus technischen Gründen nicht eins zu eins umstellen. Aber angesichts einer drohenden Energiekrise wäre es geradezu verantwortungslos, vorhandene Kapazitäten einfach aufzugeben. Es muss buchstäblich jede Chance genutzt werden, fehlendes Gas so weit wie möglich mit anderer Energie zu ersetzen. Leider geht es in dieser Debatte nicht um Vernunft, sondern um pure Ideologie. Die EU stuft Gas und Kernkraft als nachhaltige Energie ein, aber SPD und Grüne wissen es besser. Lieber lassen sie Kohlekraftwerke laufen oder kaufen Atomstrom aus Frankreich ein. Auch das weitaus schmutzige LNG-Gas aus den USA wird akzeptiert, wenn man nur in Deutschland nicht nach eigenem Gas bohren muss. Solange alles ins gewünschte Muster passt, werden selbst Berechnungen „neutraler Experten“ wie Naturstrom-Hersteller ungeprüft übernommen. Was nicht sein kann, das nicht sein darf – mit dieser Haltung besteht man keine Krise.

Phantomdebatte

CONTRA



Malte Kreuzfeldt, »die tageszeitung«, Berlin

Auf den ersten Blick mag es naheliegender sein, die letzten drei Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, um weniger Gas aus Russland zur Stromerzeugung nutzen zu müssen. Doch bei genauerer Betrachtung ist es weder realistisch noch sinnvoll. Denn die gesamte Planung der AKW-Betreiber ist seit Jahren darauf ausgerichtet, dass Ende 2022 Schluss ist mit der Atomkraft-Nutzung in Deutschland. Für die oft geforderte mehrjährige Laufzeitverlängerung fehlt daher das nötige Fachpersonal ebenso wie die erforderlichen Brennstäbe. Und die werden für jeden Reaktor individuell hergestellt, was 18 Monate dauert – egal wie sehr manche politische Akteure das ignorieren. Als Hilfe gegen Gasmangel in diesem oder im nächsten Winter käme eine solche Laufzeitverlängerung zu spät. Vor allem aber würde sie wenig helfen. Denn nur etwa zwölf Prozent des in Deutschland genutzten Erdgases werden in Gaskraftwerken verstromt. Und diese könnten allenfalls zu einem kleinen Teil durch AKWs ersetzt werden, denn die flexiblen Gaskraftwerke werden zum einen benötigt, um kurzfristige Schwankungen im Strombedarf ausgleichen, wozu die auf Dauerbetrieb ausgelegten Kernkraftwerke nicht in der Lage sind. Zum anderen liefern viele Gaskraftwerke neben Strom auch Fernwärme, was die verbliebenen Atomreaktoren ebenfalls nicht können. Wirklich viel Gas kann anderswo eingespart werden: In den Haushalten, in denen Gasheizungen so schnell wie möglich gegen Wärmepumpen ausgetauscht werden sollten. Und in der Industrie, wo Produktionsprozesse umgestellt oder verlagert werden müssen. Die Debatte um AKW-Laufzeiten lenkt von diesen Herausforderungen nur ab.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Grosse-Brömer, der Bund hat den Weg freigemacht, um dem größten deutschen Gasimporteur Uniper unter die Arme zu greifen. Der Konzern wird bezeichnet als „too big to fail“, darf also nicht untergehen, weil die Konsequenzen verheerend wären. Es ist eine Beteiligung geplant ähnlich der Hilfen für die Luft-hansa während der Corona-Pandemie. Handelt die Regierung da richtig?

Wir haben besondere Umstände und besondere Umstände erfordern besondere Maßnahmen. Unter normalen Umständen kommt kein Mensch auf die Idee, ein Großunternehmen mit Milliarden zu unterstützen. Aber wenn die Alternative nun ist, ein solches Unternehmen Bankrott gehen zu lassen, und damit womöglich die Gasversorgung zusätzlich zu gefährden mit all den Konsequenzen, die das für die Verbraucher und privaten Haushalte hätte, dann muss man darüber nachdenken, welche Möglichkeiten bestehen. Und too big to fail war schon bei der Bankenrettung ein gutes Argument wegen möglicher Dominoeffekte. Wenn man hilft, dann auch in der Hoffnung, dass es später so gut läuft, dass man das Geld wieder zurückbekommen kann, wie bei der Lufthansa.

Aber das sollte nicht die Regel werden, oder? Auch wenn die Krisen sich häufen.

Die Krisen häufen sich und man macht sich Sorgen angesichts dieser Entwicklung, die ja keine normale ist. Die hohen Energiekosten, die Inflation, das sind besorgniserregende Entwicklungen. Ungeachtet der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, mit denen wir über Jahrzehnte gut gefahren sind in Deutschland, muss man zumindest in solchen Krisensituationen über staatliche Hilfen nachdenken.

Es gibt erste Berichte über drohende Insolvenzen bei kommunalen Stadtwerken, es besteht die Gefahr, dass die Menschen nicht mehr mit Energie versorgt werden können. Welche Schlüsse muss man daraus ziehen für die Daseinsvorsorge?

Daseinsvorsorge ist ein großes Wort und das umfasst ja viel mehr als Energieversorgung. Und natürlich gibt es Kernkompetenzen, die der Staat erfüllen muss, damit es den Menschen gut geht. Wenn der Bundeskanzler von einer Zeitenwende spricht, dann muss er sich – insbesondere von der Opposition – die Frage gefallen lassen, was seine Antworten auf diese Zeitenwende sind. Und ob die Antworten die richtigen sind. Nicht nur energiepolitisch, auch was die Inflation betrifft, die für viele Menschen in unserem Land eine große Belastung ist.

Was sind denn Ihre Antworten?

Die Regierung hat Entlastungspakete vorgelegt, aber aus meiner Sicht ist das nicht ausreichend. Ich hoffe, dass wir die richtigen Vorschläge noch bekommen. Ich muss Wirtschaftsminister Robert Habeck vorhalten, dass er uns noch im März gesagt hat, Deutschland sei auf eine Kappung von Energieimporten durch Putin vorbereitet. Wäre es nach uns gegangen, dann wäre manches, das wir gerade diskutieren, schon erfolgt. Man kann nach Katar fahren, aber wenn bis heute kein Fingerhut Gas geliefert wurde und auch kein entsprechender Vertrag erkennbar ist, dann muss ich die Regierung auffordern, zu liefern. Warme Worte alleine reichen eben nicht. Man muss ihnen auch Taten folgen lassen.

Die Abhängigkeiten von Russland in der Energieversorgung, die gerade so deutlich werden, bestanden aber schon vor März 2022.

Das stimmt, man hätte auch viele Jahre vorher schon etwas gegen die Abhängigkeit von russischen Energiequellen machen

»Ich sehe kein Konzept«

Michael Grosse-Brömer
Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses über Staatshilfen für Uniper, Laufzeitverlängerungen für AKWs und die Schuldenbremse



© picture-alliance/photothek/Leon Kuegeler

können. Aber mich langweilt ein bisschen, wenn ich das so sagen darf, dass das immer nur mit meiner Partei in Verbindung gebracht wird. Wir haben mit der FDP regiert, wir haben mit der SPD regiert und ich kann mich an keinen richtigen Vorschlag von deren Seite erinnern, dass wir etwas hätten ändern sollen. Der Blick zurück hilft uns nicht, im Nachhinein ist man immer klüger. Angesichts der aktuellen Situation muss eben die aktuelle Regie-

rung in der Lage sein, ein Konzept vorzulegen. Doch ich sehe kein Konzept. Ich sehe einen eloquenten, sehr kommunikativen Wirtschaftsminister. Mir wäre es dennoch lieber, wenn er zusätzlich zu dieser brillanten Kommunikation brillante Lösungsvorschläge nicht nur präsentiert, sondern auch umsetzen würde.

Was wären ihre Vorschläge, um eine Abhängigkeit noch weiter zu reduzieren,

wenn die akuten Krisen überstanden sind?

Ich glaube, dass wir drastisch vor Augen geführt bekommen haben, dass wir, was Energiepolitik betrifft, ohne jegliche Ideologie prüfen müssen, welche Energiequellen für uns in Frage kommen. Es gibt eben noch mehr Technologien als Wind- und Solarenergie. Man hat im Plenum gesehen, mit welcher Emotionalität auf den Vorschlag einer zeitweisen Verlängerung der Kernkraft reagiert wurde. Wir haben eine grüne Partei, die Kernkraftwerke nicht weiterlaufen lassen will, aber dafür die Kohlekraftwerke. Davon abgesehen müssen wir über eine konsistente Energiepolitik nachdenken. Da will ich gar nicht parteipolitisch argumentieren. Jede Partei, auch meine, muss drüber nachdenken, welche Dinge wir uns zumuten müssen, damit Krisensituationen in dem Ausmaß nicht mehr passieren.

Sie sagen also, Politik solle vom Ergebnis her denken und nicht von der Ideologie?

Ideologie verhindert aus meiner Sicht den Blick auf sinnvolle und praktikable Lösungen und ist sicher der schlechteste Ratgeber. Wenn man aus ideologischen Gründen irgendetwas ablehnt, gerade in Krisenzeiten, dann ist das ein falscher Ansatz. Insbesondere wir in der Politik machen Gesellschaftsmanagement. Wir müssen diese Gesellschaft gestalten und wenn wir eine Krise haben, müssen wir sie lösen. Laufzeitverlängerungen – auch befristete – würden lange nicht diskutiert. Es hieß aber bislang auch: „Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete“. Jetzt stellen wir fest: Waffenlieferungen in Krisengebiete können manchmal nicht nur richtig, sondern dringend notwendig sein, um massives Unrecht zu verhindern. Politik muss Lösungen präsentieren und zwar die aktuelle Regierung und nicht die von vor sechzehn oder acht Jahren.

Es wird gerade sehr viel Geld ausgegeben, um die Krise zu meistern. Gleichzeitig droht ihre Fraktion damit, bei einer erneuten Nichteinhaltung der Schuldenbremse in Karlsruhe zu klagen. In der momentanen kaum einzuschätzenden Situation: Kann man das jetzt wirklich fordern?

Erstmal haben wir ja angesichts der Krise schon einen Haushalt akzeptiert, der eine der größten Verschuldungen Deutschlands beinhaltet, die jemals existierte.

Gezwegenermaßen akzeptiert...

Nun, wir haben gesehen, dass eine gewisse Hilfsnotwendigkeit in der Krise besteht. Aber wenn Finanzminister Christian Lindner nun selbst sagt, er wolle beim nächsten Mal die Schuldenbremse einhalten, da kann man ihm doch nur Erfolg wünschen. Natürlich, die Krisen stehen im Vordergrund, die Verschuldung ist dadurch massiv gewachsen. Wir müssen uns dann als Opposition auch die Frage stellen, wozu man möglicherweise staatspolitisch gezwungen ist; was wir mittragen sollten. Deswegen haben wir beim Sondervermögen für die Bundeswehr auch einer Grundgesetzänderung zugestimmt. Doch mit der Schuldenpolitik muss so schnell wie möglich Schluss sein. Wir können nicht mehr nur Sondervermögen machen und müssen so schnell es geht zur soliden Haushaltspolitik zurückkehren. Wir sehen in Europa, wohin eine zu hohe Staatsverschuldung bei manchen Ländern führt.

Das Gespräch führte Elena Müller

Michael Grosse-Brömer (CDU) ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und leitet seit Beginn der 20. Legislaturperiode den Wirtschaftsausschuss.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Hartnäckige: Nina Scheer

Am Tag eines großen Triumphs gibt sich Nina Scheer bescheiden. „Das ist jetzt ein sehr großer Schritt“, lässt sie sich gerade noch entlocken. Es ist Donnerstag, 13 Uhr, gerade hat das Plenum die Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes beschlossen, worauf sie seit langem hingearbeitet hatte. Aber zum Jubeln bleibt kaum Zeit, der Bundestag wird noch bis in die Abendstunden hinein zu tagen haben. Der Anteil des aus erneuerbaren Energien hergestellten Stroms soll von derzeit 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht werden – und zwar bis zum Jahr 2030. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, werden nun zwei Prozent der Fläche in Deutschland für Windräder ausgewiesen; eine Verdopplung des Status quo. Der Bund macht ernst, nachdem einige Länder bei Windkraft nicht das Tempo hinlegten, das sich Klimaschutzminister Robert Habeck wünscht. Als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundtagsfraktion hat Scheer die Reform mitverhandelt. Energie, die Wende, sind ihre Themen seit langer Zeit. „Energiewende“ gehört zu jenen Worten wie ‚Nachhaltigkeit‘ oder ‚Klima-Kanzlerin‘, die häufig okkupiert werden und dadurch relativierend wirken“, sagt sie. Scheer erinnert daran, wie in den Jahren zuvor vieles verlangsamt und verhindert worden sei, „nun gilt es den Begriff der Energiewende wieder mit Substanz zu füllen“. Aktuell treiben sie die hohen Gaspreise um, wegen der Verknappung aus Russland. Und sie hat einen Vorschlag: den eines Energieparabonus. „Jede individuelle prozentuale Einsparung im Jahresverbrauch wird als verhältnismäßiger Nachlass in den Preisanstiegen

ausgezahlt“, erläutert sie. „Eine solche Entlastung wäre gerecht und ein zielgenauer Anreiz: Er würde nur die begünstigten, die wirklich Einspareffekte erzielen.“ Die Idee treffe schon auf viel Anklang, sagt sie. „Das muss eben jetzt diskutiert und möglichst bald umgesetzt werden.“

Als durchsetzungsstark gilt Scheer. Man könnte es auch als hartnäckig in der Sache nennen. Die Tochter des SPD-Vordenkers zu erneuerbaren Energien, Hermann Scheer, hat früh angefangen, sich



© picture-alliance/dopa

»Ein Energieparabonus wäre gerecht und ein zielgenauer Anreiz: Er würde nur die begünstigten, die wirklich Einspareffekte erzielen.«

mit der Endlichkeit der Ressourcen, der Erderwärmung und all den Folgen daraus zu beschäftigen. Zu sagen, dass sie in einem politisierten Haushalt aufwuchs, ist eine Untertreibung. Doch zunächst kam nach dem Abitur ein Geigenstudium. Nach dem Abschluss merkte sie: Mit dem weiteren Lebensweg kamen andere Perspektiven – und damit ein Studium der Rechtswissenschaften, „die Juristerei ist ein gutes Handwerk im politischen Kon-

text“, sagt sie. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen sattelte sie zu einer Promotion zu „Welthandelsfreiheit vor Umweltschutz“ in Politikwissenschaft. Zwischen 2007 und 2013 führte sie die Geschäfte von „UnternehmensGrün e.V.“, dem Bundesverband der grünen Wirtschaft; währenddessen kamen die ersten Anfragen aus der SPD. Denn dort war sie mit 15 Mitglied geworden. „Alle ökologischen Fragen enthalten eine soziale Aufgabe“, sagt sie. Der Umgang mit natürlichen Ressourcen betreffe unmittelbar Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität mit nachfolgenden Generationen sei Umweltschutz – für sie im Kern sozialdemokratische Ansätze. Damals war Berlin ihr Lebensmittelpunkt. Dann wurde es konkret: In Schleswig-Holstein war ein Wahlkreis verwaist, und sie entdeckte eine neue Heimat. Scheer wurde aufgestellt, zog 2013 und 2017 über die Landesliste in den Bundestag ein und gewann den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg – Storman-Süd 2021 direkt. „Schleswig-Holstein ist Pionierland bei der Energiewende“, sagt sie, „dort werden Themen gelebt, denen ich sehr verbunden bin“. Jedenfalls Themen, die immer dringender werden. Manche Pläne blieben liegen, zum Beispiel der eines Parlamentsorchesters. Gemeinsam mit dem Kollegen Johannes Artl fragte sie bei anderen Abgeordneten an. Aber: „Die Rückmeldungen haben noch nicht für ein Orchester oder kleineres Ensemble gereicht.“ Auch hätten die beiden noch keine Literatur gefunden, die zu den von den Parlamentariern angegebenen Instrumenten passen würde. Aber die Legislatur hat ja noch nicht einmal Halbzelt. Jan Rüböl

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Redaktionsschluss
8. Juli 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brißler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvr
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)



Der Standort im ostfriesischen Etzel existiert seit 1971, nun soll die Anlage an das geplante LNG-Terminal Wilhelmshaven angebunden werden, doch die Zukunft von Uniper ist ungewiss.

© Uniper

Schutzschirm für Uniper

ENERGIEKRISE Deutschlands größter Gashändler hat Unterstützung durch die Bundesregierung beantragt

Uniper könnte nach der Commerzbank und der Lufthansa das nächste Unternehmen sein, bei dem der Bund einsteigt. Am vergangenen Freitag hat der Konzern offiziell Unterstützung bei der Bundesregierung beantragt. Die Bundesregierung will eine Pleite von Uniper verhindern. „Wir werden nicht zulassen, dass ein systemrelevantes Unternehmen in Insolvenz geht“, erklärte Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) am Freitag. Die Bundesregierung arbeite mit Hochdruck an Stabilisierungsmaßnahmen. Über konkrete Form der Unterstützung werde jetzt verhandelt und dann entschieden. Die Gefahr wachse von Tag zu Tag, dass der Großversorger Uniper in Kürze nicht mehr seine Kunden, die Stadtwerke und die Industrie beliefern könne, einem Dominoeffekt gleich könne die gesamte Lieferkette mit Gas für nachgelagerte Kunden zusammenbrechen. Wenn es dazu käme, wäre das ein „Super-Gau für die deutsche Industrie“, urteilt „Die Zeit“. Dieses Mal trifft es mit Uniper ein Unternehmen, das für die Bereitstellung von Gütern der Daseinsvorsorge verantwortlich ist. Laut Definition umfassen staatliche Aufgaben zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter unter anderem die Gas- Wasser- und

Elektrizitätsversorgung. „Uniper ist ein Symptom für die Defizite deutscher Energiepolitik“, schreibt das „Handelsblatt“. Und neben Uniper stehen mit der PCK-Raffinerie, dem Braunkohlekonzern Leag, Germania Gazprom und VNG weitere Unternehmen Schlange, um staatliche Hilfen zu beantragen.

»Bei einem Zusammenbruch Unipers droht eine tiefe Rezession.«

Jens Südekum, Ökonom

Uniper ist der größte Gasimporteur, Gashändler und Gasspeicherbetreiber dieses Landes und der größte deutsche Kunde des russischen Staatskonzerns Gazprom. Das Unternehmen mit Sitz in Düsseldorf kann 22 Millionen Haushalte versorgen, es entstand 2016 als Nachfolger von Eon und Ruhrgas, letztere hat 1970 den ersten Liefervertrag für Gas mit der Sowjetunion unterzeichnet. Uniper sollte das Geschäft mit fossilen Kraftwerken und dem Gas-Handel verantworten, während Eon mit den Erneuerbaren Energien weiterarbeitete. „Die Zeit“ wunderte sich schon damals, dass Uniper mit seinen 11.500 Mitarbeitern als „Resterampe“ und „Schmuddelkind“ bezeichnet werde, wo Eon sämtliche Geschäftsbereiche untergebracht habe, die als „echt unsexy“ galten.

Abhängigkeit Uniper gehört inzwischen zu 78 Prozent dem finnischen Unternehmen Fortum, ein Konzern, in dem der finnische Staat mit 50,8 Prozent die Mehrheit hält. Dieser hatte erklärt, dass der Schlüssel für eine nachhaltige Lösung in Sachen Uni-

per in den Händen der deutschen Regierung liege. Das macht die Sache für Uniper besonders kompliziert – vor allem, nachdem Schweden und Finnland Anfang Juli ihren Beitritt zur Nato besiegelt haben. Fortum will seine Russland-Geschäfte komplett einstellen, was das Verhältnis zu Gazprom beeinflussen würde. Fortum hatte sich zudem am Bau von Nord Stream 2 beteiligt und schrieb im März ein Darlehen von fast einer Milliarde Euro an der Pipeline ab. Als problematisch erwies sich bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 die große Abhängigkeit Unipers von russischen Gaslieferungen – das Unternehmen soll die Hälfte seiner Gasmengen aus Russland beziehen. Schon im vergangenen Sommer braute sich auf dem europäischen Gasmarkt etwas zusammen. Der Winter 2020/2021 war ungewöhnlich kalt und lang, die Gasspeicher waren leer und sollten eigentlich im Eiltempo gefüllt werden. Doch Russland erhöhte seine Liefermengen nicht. Im Gegenteil. Der Marktführer verwies auf die Lieferverträge, in denen festgeschrieben war, dass im Jahr 2020 die Transitmengen 65 Milliarden Kubikmeter Erdgas betragen sollten, sie aber danach, 2021 bis 2024, auf jährlich 40 Milliarden Kubikmeter zurückgehen. Als Grund dafür gilt, dass Gazprom und seine europäischen Partner fest mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasröhre Nord Stream 2 rechneten, was jedoch durch den Einwand der USA verzögert wurde. Das Lieferverhalten Gazproms machte sich bei Uniper bereits im ersten Quartal 2022 bemerkbar: Die Düsseldorf

hatten einen Nettoverlust von rund drei Milliarden Euro eingefahren. Der Gashändler hatte weniger Gas aus seinen Speichern verkauft als im Winter üblich. Der Grund: Das Unternehmen hatte aufgrund der Lage im Sommer 2021 Einnahmen aus dem Gasgeschäft in die Zukunft verschoben und auf lukrativere Geschäfte spekuliert. Uniper verdient viel Geld damit, dass das Unternehmen Gas im Sommer, wenn die Nachfrage geringer ist, einkauft, um es im Winter wieder teurer zu verkaufen. Um von den hohen künftigen Preisen profitieren zu können, wollte Uniper also größere Mengen Gas im zweiten und dritten Quartal verkaufen. Dafür hatte das Unternehmen sogar noch kurzfristig Gas zugekauft. Mit dieser Annahme hat sich Uniper offenbar verkalkuliert: Jetzt fehlt dem Konzern ein Großteil der erwarteten Liefermengen aus Russland, und der finanzielle Druck

nimmt stark zu. Rechnungen haben ergeben, dass Uniper pro Tag 40 Millionen Euro verliert, der Konzern hat sich demnach durch teure Gaszukäufe komplett übernommen, weil Uniper seine Kunden zum vereinbarten niedrigen Preis beliefern muss. Die gestiegenen Preise konnten bislang nicht an die Kunden weitergegeben werden.

Rationierung von Gas Gleichzeitig zu den hohen Einkaufspreisen ist Uniper dazu verpflichtet, für den Verkauf hohe Sicherheitsleistungen zu hinterlegen. Der Gashändler zahlt vor dem vereinbarten Liefertermin eine Art Kautions, die sicherstellen soll, dass Uniper auch liefert. Die Zahlung entspricht der Differenz zwischen dem vertraglich vereinbarten Preis und den aktuellen Spotmarktpreisen. Sind die Preise sehr hoch, wie derzeit, steigen auch die

Sicherheitszahlungen. Die Zahlungen werden zwar zurückgezahlt, doch nicht sofort. So lange und um sie vorzuzahlen, ist Uniper auf viel Liquidität angewiesen. Wettbewerbs-Ökonom Jens Südekum, sagte im „Handelsblatt“-Podcast, er halte den Einstieg des Staates bei Uniper für alternativlos. „Wenn wir nicht wollen, dass der Gasmarkt zusammenbricht, muss Uniper schnell stabilisiert werden.“ Eine mögliche Rationierung von Gas für die Industrie gelte es abzuwenden, dadurch drohe eine tiefe Rezession. Die Gewerkschaften schließen sich dieser Forderung an und fordern mehr Tempo. „Eine echte Beteiligung des Bundes, also nicht nur Sicherheiten und Kredite, wäre ein klares Signal“, sagt Christoph Schmitz, Verdi-Bundesvorstand. Es müsse schnell eine gute Lösung her, um den Fortbestand Unipers langfristig zu sichern.

Atomkraft Während in Deutschland noch darum gerungen wird, wie groß der Einfluss des Staates auf Energieunternehmen sein darf und wie die zukünftige Energiepolitik aussehen soll, lässt eine Entscheidung aus Frankreich aufhorchen. Die neue Regierung gab bekannt, dass der Stromkonzern EDF wieder komplett verstaatlicht werden soll. Damit werde der angestrebte Ausbau der Atomkraft sichergestellt. So solle die „Energiegewende mithilfe der Atomkraft gelingen“, hieß es in einer Erklärung. Um als erstes großes Land komplett auf fossile Energiequellen verzichten zu können, werde Frankreich erneuerbare Energie und die Atomkraft ausbauen, weitere neue Atomkraftwerke sollten gebaut werden. *Nina Jeglinski*

> STICHWORT

Energieriese ruft nach Staatshilfe

> **Gründung** Uniper ist 2016 aus der Kraftwerkssparte und dem Handelsgeschäft des Energiekonzerns Eon hervorgegangen.

> **Beschäftigte** Konzernsitz ist Düsseldorf, in mehr als 40 Ländern arbeiten 11.500 Mitarbeiter, davon 5.000 in Deutschland.

> **Kennziffer** 2021 wurde ein Umsatz von 164 Milliarden Euro erzielt, der operative Gewinn betrug 1,2 Milliarden Euro.

> **Gasgeschäft** Rund 400 Terawattstunden liefert Uniper normalerweise aus, genug um 22 Millionen Haushalte zu heizen.



Koalition streicht das Ziel der klimaneutralen Stromversorgung bis 2035

»OSTERPAKET« Der Bundestag beschließt eine Reihe von Gesetzen zum Ausbau der Erneuerbaren – mit zahlreichen Änderungen in letzter Minute

Die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht. Mit einer Reihe von Gesetzen soll die Grundlage für eine klimaneutrale Stromversorgung geschaffen werden. Die Gesetzentwürfe pasierten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung überwiegend mit Koalitionsmehrheit das Haus, einzig das Wind-auf-See-Gesetz traf auch auf Zustimmung bei Linken und Union; die Linke enthielt sich beim Wind-an-Land-Gesetz. Am Freitag stimmte auch der Bundesrat den Gesetzen zu. Auf der Zielgeraden des parlamentarischen Verfahrens waren sie zum Teil nochmals umfangreich geändert worden. Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

EEG 23 Das umfangreichste Vorhaben ist das Gesetz „zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ (20/1630), das die Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Klimaschutz-Pfad ausrichten soll. Gestrichen wurde, auf Drängen der FDP, das Ziel einer klimaneutralen Stromversorgung bis 2035 – nun soll sie mit dem Ende des

Kohleausstiegs starten. Die EEG-Umlage wird nicht nur auf null gesenkt, sondern dauerhaft abgeschafft. Auch das Ende der EEG-Förderung ist angelegt. So soll nach der Vollendung des Kohleausstiegs der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien marktgetrieben erfolgen.

Zudem sollen alle erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse stehend gelten – inklusive der kleinen Wasserkraft. Der Ausbau der Photovoltaik wurde nochmals erheblich attraktiver gemacht, die in Frage kommenden Flächen ausgeweitet (so dürfen die Anlagen nun auf 500 statt nur 200 Meter breiten Seitenrandstreifen entlang von Autobahnen stehen); die Vergütung wird teils erhöht (so wird der Tarif zur Teileinspeisung von Strom aus PV-Anlagen bis zehn Kilowatt auf 8,6 Cent pro Kilowattstunde angehoben – im Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium waren es 6,93 Cent. Und es wird zugelassen, dass auf einem Dach in Zukunft Teil- und Volleinspeiseanlagen nebeneinander installiert werden können.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf sind in der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), einem Anhang des EEG, alle

Vorschriften gestrichen, die den Wärmeverlust von Neubauten begrenzen.

Offshore-Wind Das „Zweite Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften“ (20/1634), das



Die Nutzung von Windkraft auf See soll ausgebaut werden.

unter anderem Ausbauziele für Windenergie auf See festlegt, sieht jetzt die Einführung eines Industriestrompreises vor, mit dem der energieintensiven Industrie für die Transformation ausreichend erneuerbarer Strom zur Verfügung stehen soll. Zudem sollen geänderte Ausschreibungsregeln den Zugang für kleine Projektierer erleichtern. So sollen die zur Ausschreibung kommenden Flächen eine zu installierende Leistung von 500 Megawatt Offshore-Wind erlauben. Ursprünglich war eine zu installierende Leistung von mindestens 1.000 Megawatt vorgesehen. Auch haben die Regierungskoalitionen sich auf Klauseln für mehr Naturschutz geeinigt. Eine Festlegung von Flächen für Offshore-Wind in einem Naturschutzgebiet darf nun erst erfolgen, wenn die gesetzlich festgelegte Menge an Gebieten anders nicht erreicht werden konnte.

Wind an Land Das „Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land, (20/2355), das unter anderem das Ausbauziel von zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie festschreibt, wurde leicht abgeschwächt. Die Bundesländer müssen nun erst ein Jahr

später – 2027 statt 2026 – das Zwischenziel der im Gesetz verankerten Flächenziele erreichen. Zudem können die Bundesländer nun bis zu 50 Prozent der Flächen untereinander tauschen. Ursprünglich war nur der Tausch von 35 Prozent der Fläche erlaubt. Im Falle eines Tauschs verpflichtet sich ein Bundesland gegenüber einem anderen, mehr Fläche auszuweisen, als gesetzlich notwendig – der „Tauschpartner darf entsprechend weniger ausweisen, ohne gegen die Vorgabe zu verstoßen. Staaten können sogar 75 Prozent der Flächen tauschen.

Naturschutz Ebenfalls nachgearbeitet wurde beim „Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“ (20/2354). Unter anderem soll das Repowering von Windkraftanlagen erleichtert werden. Das Bundeswirtschaftsministerium wurde damit beauftragt, eine Formel für die Kollisionswahrscheinlichkeit zwischen Vögeln und Windkraftanlagen vorzulegen.

Ersatzkraftwerke/EnSig Das „Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasman-

gellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften“ (20/2356), das nicht zum „Osterpaket“ gehört, wurde auch nochmals gerändert. So sollen Gaskraftwerke nicht mehr mit einer Vertragsstrafe (Pönale) belegt werden. Ursprünglich sah der Entwurf vor, dass Gaskraftwerke im Gasversorgungsnotfall maximal sechs Monate lang mit diesem Malus belegt werden können, damit ihr Einsatz am Strommarkt unwirtschaftlicher wird. Auf Drängen der Grünen-Fraktion finden sich im Gesetz jetzt Hürden für die Rückkehr alter Braunkohlekraftwerke: Im Prinzip dürfen diese nun erst an den Strommarkt zurückkehren, wenn die Steinkohlekraftwerke nicht in dem gewünschten Maße Gaskraftwerke verdrängen. Zudem soll vorher überprüft werden, welche Auswirkungen der Betrieb alter Braunkohleanlagen auf die Trinkwasserversorgung hat. Von einer Neuregelung im Energiesicherheitsgesetz (EnSig) könnte jeder einzelne Gaskunde betroffen sein: Per Umlage sollen künftig die steigenden Kosten der Gasbeschaffung auf alle Gasverbraucher verteilt werden. *mis*

Am Boden

FLUGVERKEHR Lange Wartezeiten und gestrichene Flüge vergällen derzeit die Urlaubsfreude. Der Grund: Es fehlen Tausende von Fachkräften. Diese sollen nun kurzfristig in der Türkei angeworben werden.



Fluggastpassagiere müssen sich derzeit auf lange Wartezeiten einrichten und mit der Annullierung ihres Fluges rechnen.

© picture-alliance/dpa/Christian Charisius

Über den Wolken, so sang einst Reinhard Mey, muss die Freiheit wohl grenzenlos sein. Doch in diesem Sommer müssen Urlauber oder Geschäftsreisende in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern viel Zeit und Geduld aufbringen, um auch nur in das Innere eines Flugzeuges zu gelangen. Stundenlange Wartezeiten sind aktuell eher der Normal- als der Ausnahmefall, wenn der Flieger denn überhaupt abhebt. Allein die Lufthansa wird im Juli wohl rund 900 Flüge streichen müssen. Der Grund: Personalmangel in der Luft, vor allem aber am Boden. Es fehlt an Personal in allen Bereichen: Beim Check-In, bei der Gepäckabfertigung, bei der Sicherheitskontrolle, aber auch bei den Flugbegleitern. Nach Angaben des Flughafenverbandes ADV fehlen den Dienstleistern, die an der Abfertigung der Passagiere beteiligt sind, im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit rund 20 Prozent des Bodenpersonals. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft mangelt es derzeit an rund 7.200 Fachkräften. Der Grund für den Mangel: Viele Beschäftigte von Airlines, Flughäfen und Dienstleistern haben während der Corona-Krise ihre Arbeit verloren oder sind von sich aus in eine andere Branche gewechselt. Um kurzfristig zumindest ein wenig Abhilfe zu leisten, sollen nun 2.000 Fachkräfte in der Türkei vereinfacht angeworben werden können. Bedingungen: Sie müssen schon an einem Flughafen gearbeitet haben und mindestens 14,25 Euro Gehalt pro Stunde sowie Feiertags-, Nacht- und Sonntagszuschläge bekommen. In der vergangenen Woche gab die Bundesagentur

für Arbeit grünes Licht für die Anwerbung. Die Sonderregelung ist aber befristet und gilt nur für Arbeitsverträge bis zum 6. November.

Union fordert Gipfeltreffen Der CDU/CSU-Fraktion ist dies jedoch deutlich zu wenig, um das Problem in den Griff zu bekommen. Sie forderte in den vergangenen Wochen die Einberufung eines Flugreise-Gipfels unter Beteiligung der zuständigen Bundesminister. Dieser solle prüfen, in welchem Umfang sicherheitsüberprüftes Personal bei der Gepäckabfertigung eingesetzt werden kann, um zertifiziertes Personal auf die Auswertung der Röntgenbilder zu konzentrieren. Vor allem aber müsse bis spätestens September „ein langfristig tragfähiges Konzept“ erarbeitet werden, „um künftig einem solchen Chaos an den Flughäfen vorzubeugen“, heißt es in dem entsprechenden Antrag der Union (20/2563).

Überzeugen konnte die größte Oppositionsfraktion mit ihrem Vorstoß aber niemanden im Bundestag. Und so wurde der Antrag am vergangenen Donnerstag nach einer gut einstündigen Debatte mit den Stimmen der Regierungskoalition und der Linksfraktion abgelehnt; die AfD-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Einige zeigten sich alle Fraktionen weitestgehend in der Einschätzung, dass es sich bei dem beschriebenen Flughafen-Chaos um eines „mit Ansage“ handle. Ansonsten schoben sie sich aber vor allem gegenseitig

die Verantwortung für die Situation zu. In der Bundesregierung herrsche „Kompetenzchaos“ zwischen den zuständigen Ministern, und Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) fühle sich erst gar nicht zuständig für die Personalpolitik der Flughafengesellschaften und Airlines, monierte der Unionsabgeordnete Mark Biadacz. Es existiere weder ein Konzept zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Deutschland, von dem auch viele andere Branchen betroffen seien, noch für die drei Millionen Arbeitslosen. Stattdessen würde die Ampel faktisch alle Hartz-IV-Sanktionen streichen und damit die Anreize zur Annahme eines Jobangebotes, schimpfte Biadacz. Die geschulten Ampelkollaboranten revanchierten sich umgehend und verwiesen darauf, dass das Verkehrsministerium in den vergangenen 16 Jahren von CSU-Politikern geführt worden sei. Vor allem aber stemme sich die Union bis heute gegen ein modernes Zuwanderungsrecht, führte der FDP-Parlamentarier Jürgen Landes an. Dies werde die Koalition in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen. In diesem Sinne argumentierte auch der SPD-Abgeordnete Hakan Demir. So habe die Bundesregierung das Chancen-Aufenthaltsrecht auf den Weg gebracht, um Ausländern, die seit Jahren ohne gesicherten Aufenthaltstitel in Deutschland leben, eine langfristige Bleibeperspektive zu eröffnen. Auch dies lehnte die Union ab, kritisierte Demir. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) forderte ebenfalls

»Der Fachkräftemangel lässt den Sommerurlaub ins Wasser fallen.«

Marc Biadacz (CDU)

ein neues Zuwanderungsrecht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Der AfD-Parlamentarier Dirk Brandes wiederum hielt den Ampelfraktionen vor, sie nutzten jedes Thema für die „Befriedigung ihrer Migrationssucht“. Die Gründe für das Chaos an den Flughäfen lägen in der zweijährigen Corona-Hysterie der alten Bundesregierung und der luftfahrtfeindlichen Politik der neuen Regierung. Pascal Meiser (Linke) sieht die Verantwortung vor allem bei der Luftfahrtbranche selbst. Diese habe milliardenschwere Beträge aus den Corona-Rettungsschirmen erhalten und trotzdem Personal abgebaut. Zudem sei das gezahlte Kurzarbeitergeld viel zu gering ausgefallen, die Beschäftigten hätten sich beruflich umorientiert. Viele Jobs an den Flughäfen, etwa in der Gepäckabfertigung, seien schlecht bezahlte „Knochenjobs“. Die Privatisierung vieler Aufgaben an den Flughäfen habe zu Lohndumping geführt, argumentierte Meiser.

Fluggastrechte Kurzfristig werden sich die Probleme an den Flughäfen und bei den Fluggesellschaften nicht lösen lassen. Auch der Einsatz von angeworbenen Fachkräften aus dem Ausland wird nicht vor August erwartet. Wohl auch deshalb legte die Union gleich einen zweiten Antrag zur Stärkung von Fluggastrechten (20/2557) vor, über den der Bundestag am Freitag beriet. So soll die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür sorgen, dass die Fluggesellschaften ihrer Informationspflicht gegenüber den Passagieren nachkommen und die Ticketkosten bei ausgefallenen Flügen erstatten. Doch auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Ampelkoalition abgelehnt.

Alexander Weinlein

Schneller beschaffen

BUNDESWEHR Vergaberecht vorübergehend angepasst

Verschleimte Ausschreibungen und weniger „Goldrand-Lösungen“. Mit dem „Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz“ soll es gelingen, die Truppe zwecks vereinfachter Vergabeverfahren zügiger und effizienter auszustatten. Der Bundestag billigte am Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf (20/2353). Für den Koalitionsentwurf stimmten neben den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch die CDU/CSU. Die Linke stimmte gegen das Gesetz, die AfD enthielt sich. Der Wirtschaftsausschuss hatte am Mittwoch zuvor noch Änderungen am Ursprungsentwurf vorgenommen (20/2644). Der Bundesrat stimmte dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am Freitag ebenfalls zu. Das Gesetz soll die beschleunigte Vergabe und Beschaffung von Material für die Bundeswehr im Rahmen des jüngst durch den Bundestag beschlossenen Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro ermöglichen. Unter anderem sollen die Vergabestellen Aufträge schneller vergeben können, als dies nach der aktuellen Rechtslage möglich ist. Außerdem können meh-

re Teil- oder Fachlose zusammen vergeben werden, „wenn wirtschaftliche, technische oder zeitliche Gründe dies rechtfertigen“, wie es im Gesetz heißt. Die Änderungen am Entwurf erweitern den Kreis der Auftraggeber um bundeseigene Gesellschaften. Außerdem soll bei der Identifizierung von auf dem Markt verfügbaren Produkten sichergestellt werden, dass allen Anforderungen der Bundeswehr nachgekommen wird.

Eine dritte Änderung verlängerte den vorgesehenen Geltungsbereich des Gesetzes um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2026. Es wurde zudem ein Entschließungsantrag der Ampelfraktionen angenommen, wonach die Regierung zur Prüfung und Einführung weiterer Maßnahmen im Beschaffungswesen aufgefordert wird.

Zwei Entschließungsanträge der Union (20/2623, 20/2624) sowie einer der AfD (20/2625) wurden mehrheitlich zurückgewiesen, wobei der erste Unions-Antrag namentlich abgestimmt wurde und mit 437 Nein-Stimmen zu 203 Ja-Stimmen mit einer Enthaltung die Mehrheit verfehlte. emuste/hau

Hintertür für Verbrenner

E-FUELS Union pocht auf Zulassung alternativer Antriebe

Ist das Aus für Verbrennungsmotoren besiegelt oder noch ein Hintertürchen offen für die Zulassung für Verbrenner, wenn sie mit klimaneutralen Kraftstoffen betrieben werden? Ende Juni haben sich die EU-Länder nach langem Ringen darauf geeinigt, dass von 2035 an nur noch klimaneutrale Neuwagen verkauft werden dürfen. Ein finaler Kompromiss muss jedoch noch mit dem EU-Parlament ausgehandelt werden, das für ein komplettes Verbot von Verbrennungsmotoren ist. Ein Beschluss, der je nach politischer Couleur offenbar unterschiedliche Lesarten zulässt.

Das zeigte eine Debatte vergangene Woche über einen Antrag (20/2555), mit dem die Union sich für die Zulassung alternativer Antriebe wie E-Fuels einsetzt und so den Verbrenner-Streit im Parlament erneut aufs Tapet brachte. Die Ampel sei nicht klar aufgestellt, monierte Christian Ploß (CDU). Das Sorge für Unsicherheit bei Unternehmen und Verbrauchern. Der Streit über den richtigen Antriebe führe zudem nicht weiter. Nur darauf zu schauen, „was aus dem Auspuff kommt“, reiche nicht. Wichtig sei nur, die Klimaschutzziele zu er-

reichen – auf welchem Weg, sollten Unternehmen und Verbraucher entscheiden.

Der Kampf um den Verbrennungsmotor im Pkw-Bereich sei längst entschieden, betonte wiederum Isabel Cademartori (SPD). Automobilhersteller und Zulieferer stellen auf Elektromobilität um. Die Union sei nicht auf der Höhe der Zeit.

„Der Drops ist gelutscht“, so formulierte es Stefan Gelbhaar (Grüne). Die Haltung der Ampel sei bei der Pkw-Flottenregulierung „so klar wie möglich“. Das schaffe Investitionssicherheit. Unterstützung für den Unions-Antrag kam von AfD und FDP: Dirk Spaniel (AfD) warf SPD und Grünen vor, die Wahrheit zu verdrehen: Der Verbrennungsmotor sei nicht am Ende: Kein Land der Welt verbiete ihn, China stelle sogar wieder um und belaste Elektrofahrzeuge. Judith Skudelný (FDP) warnte zudem vor neuer Abhängigkeit von China bei einer Elektrifizierung und verwies auf den Vorteil der schon bestehenden Infrastruktur für Verbrenner. Dafür lohne es sich, „die Fahne der E-Fuels“ hochzuhalten. Der Antrag wurde anschließend zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. sas

Harte Bremsung

HAUSHALT Bundesregierung legt Etat für 2023 vor

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat seiner Ankündigung Taten folgen lassen: Der vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf für 2023 bewegt sich im Rahmen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Laut Entwurf sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 445,2 Milliarden Euro vorgesehen, das sind rund 50,6 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr. Die Neuverschuldung für 2023 wird in dem Entwurf mit 17,2 Milliarden Euro ausgewiesen – satte 121,7 Milliarden Euro weniger als im Soll für dieses Jahr. Die Steuereinnahmen sind mit 362,3 Milliarden Euro veranschlagt, in diesem Jahr liegen sie im Soll bei 328,4 Milliarden Euro. Aus der in den Vor-Corona-Jahren gebildeten Rücklage sollen 2023 40,5 Milliarden Euro entnommen werden, 2024 dann weitere 7,7 Milliarden Euro. Bei der Vorstellung des Entwurfs im Haushaltsausschuss sagte Lindner, die wichtigste Botschaft sei, dass die Bundesregierung nach drei Jahren des haushaltspolitischen Ausnahmezustands wieder den Anspruch habe, innerhalb der Schuldenbremse des Grundgesetzes zu wirtschaften. Damit wer-

de der Weg zurück angetreten zu einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik. Es sei auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Inflation, sagte der Finanzminister. Das klare Bekenntnis zur Stabilität erhalte der Notenbank die Möglichkeit, über geldpolitische Maßnahmen die Inflation zu bekämpfen. Deutschland nehme eine Vorbildfunktion in Europa ein, für viele sei die deutsche Haushaltspolitik ein Referenzpunkt. Lindner verwies in diesem Zusammenhang auch auf die stark gestiegenen Zinsausgaben im nächsten Jahr, die knapp 30 Milliarden Euro betragen sollen.

Die Bundesregierung beschloss zudem die Finanzplanung bis 2026. Danach sollen Ausgaben und Nettokreditaufnahme (NKA) von niedrigerem Niveau aus steigen. So wird für 2024 aktuell mit Ausgaben in Höhe von 423,7 Milliarden Euro gerechnet (NKA: 12,3 Milliarden Euro), 2026 sollen die Ausgaben dann bei 436,3 Milliarden Euro liegen (NKA: 13,8 Milliarden Euro).

Der Entwurf wird dem Bundestag im August zugeleitet. Die erste Lesung soll Anfang September stattfinden. scr

Neuer Personalausweis war seiner Zeit voraus

DIGITALES Ausschuss diskutiert über Lösungen für digitale Identitäten – Experten plädieren, die breite Verfügbarkeit des eID-Systems nutzbar zu machen

Der „neue“ Personalausweis (nPA) besitzt sie bereits seit 2010: eine eID-Funktion, mit der sich die Bürger im Internet digital ausweisen können. Doch nur sechs Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben die Funktion laut dem E-Government Monitor 2020 des Vereins Initiative D21 schon einmal genutzt. Dabei vereinfacht die digitale Ausweis es beispielsweise, Konten zu eröffnen und Verträge abzuschließen. Der Ausweis stelle eine eIDAS-notifizierte und sichere Lösung für die digitale Identifizierung dar, wurde vergangene Woche in einer Anhörung im Digitalausschuss deutlich. Grundlage der Anhörung war der von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag zur Novellierung der europäischen digitalen Identität einschließlich elektronischer Identifizierung (eIDAS-Verordnung). Die Bundesregierung verfolge die Weiterentwicklung und -entwicklung des vorhandenen

eID-Systems, hieß es von Seiten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Es werde an einer Erweiterung der Funktion auf dem Smartphone, der Smart-eID und einer Wallet-Funktion für weitere Nachweise gearbeitet – bei Beibehaltung der bestehenden Datenschutz- und IT-Sicherheitsstandards.

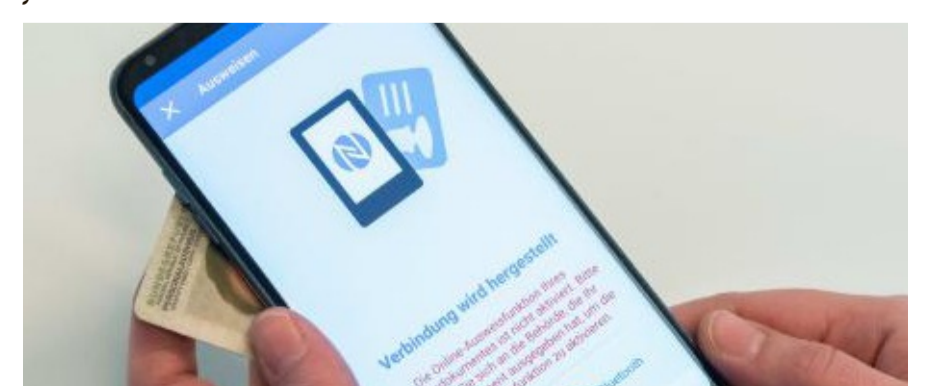
Mehr Anwendungsfälle nötig Die geringe Verbreitung in der Bevölkerung sei nicht die Folge datenschutzrechtlicher Anforderungen, sondern hänge mit den geringen Anwendungsmöglichkeiten, den Kosten für die teilnehmenden Stellen und fehlender Öffentlichkeitsarbeit zusammen, befand der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Ulrich Kelber (SPD). Es müsste nicht nur die technische Sicherheit beurteilt werden, sondern diese mit der Benutzerfreundlichkeit in Balance ge-

bracht werden, plädierte auch Peter Parycek vom Institut Fraunhofer FOKUS. Digitale Identitäten würden dann genutzt, wenn sich dadurch für die Bevölkerung Prozesse deutlich vereinfachten, erklärte auch der Sachverständige Marian Margraf vom Institut Fraunhofer AISEC. Dafür müsse eine größere Anzahl von Dienstleistungen und Anwendungsfällen bereitstehen. Ein Treiber dafür könne das Online-Zugangsgesetz sein, das Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten.

Dass der vor zwölf Jahren eingeführte nPA seiner Zeit voraus gewesen sei und sein Potenzial „nicht erkannt und verstanden werden konnte“, betonte Christian Kahlo als Vertreter der netzpolitischen Zivilgesellschaft. Ein Bruchteil der Gelder, die die Bundesregierung in Forschungsvorhaben wie etwa Blockchain oder SSI aufgewendet

habe, hätte seiner Einschätzung nach gereicht, um das technische Potenzial des nPA allen an Digitalisierung interessierten Akteuren zu kommunizieren. Die breite Verfügbarkeit des eID-Systems praktisch nutzbar zu machen, favorisierte auch Carl Fabian Lüpke vom Chaos Computer Club (CCC). Er forderte die Politik auf, Forschungsvorhaben zur SSI-Technologie einzustellen und auf die solide Technologie des nPA zu setzen.

In der Vergangenheit habe sich die Bundesregierung in zu vielen nicht koordinierten Einzelprojekten „verfranz“, ohne dass es je eine kohärente ID-Strategie national oder auf EU-Ebene gegeben habe, monierte auch Rebekka Weiß vom Branchenverband Bitkom. Eine einheitliche EU-Lösung sei aktuell nicht in Sicht, berichtete Kim Nguyen von D-Trust GmbH, einem Tochterunternehmen der Bundesdruckerei. Um



Nur von wenigen bekannt: Die Online-Ausweisfunktion wird von Bürgern bislang aktiv nur selten genutzt.

© picture alliance / Silas Stein/dpa-tmn | Silas Stein

die europäische Dimension im Blick zu behalten, solle der Bund eine nationale hoheitliche Rolle mit der Smart-eID als Kern-

identität mit offener Schnittstelle als nutzbare Referenzimplementierung zur Verfügung stellen, schlug er vor. lbr/hau



Teile des Abkommens sind bereits in Kraft und erleichtern den Handel zwischen den EU-Staaten und Kanada, weil Zölle weggefallen sind.

© picture-alliance/M.i.S./Cathrin Müller/Collage: Stephan Roters

KURZ NOTIERT

Hopfengesetz einstimmig geändert

Auch in Zukunft erhalten Hopfen-Produzenten EU-Fördergelder. Dazu war die Novellierung des Hopfengesetzes notwendig. Die Fraktionen des Bundestages votierten in der Nacht zum Freitag einstimmig für die Gesetzesänderung (20/1959, 20/2446). Somit werden jährlich weiterhin 2,188 Millionen Euro Beihilfen aus Brüssel fließen. Wegen Änderungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU-Staaten (GAP) hatte die EU eine nationale Rechtsgrundlage für die Zahlungen verlangt. nki

Union fordert Förderung von Reisemobil-Tourismus

Mit dem Antrag „Caravan-Tourismus fördern“ (20/2561) will die CDU/CSU-Fraktion den Ausbau von Reisemobil-Stellplätzen vereinfachen und beschleunigen sowie die Branche insgesamt stärker fördern. Der Antrag wurde nach einer Debatte im Plenum am späten Donnerstagabend zur weiteren Beratung an den federführenden Tourismusausschuss überwiesen. emu

Virtuelle Hauptversammlung nun dauerhaft möglich

Aktiengesellschaften und Genossenschaften sollen künftig ihre Haupt- beziehungsweise Generalversammlungen auch virtuell ausführen können. Bundestag und Bundesrat nahmen vergangenen Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (20/1738, 20/2653) mit breiter Mehrheit an. Damit werden Übergangsregelungen während der Corona-Pandemie in geänderter Form verstetigt. scr

Linke: Neun-Euro-Ticket verlängern

Die Fraktion Die Linke fordert, das Neun-Euro-Ticket bis Ende des Jahres zu verlängern und ab 2023 durch ein 365-Euro-Ticket pro Jahr abzulösen. Einen entsprechenden Antrag überwies der Bundestag am Freitag zur Beratung an den Verkehrsausschuss. Der günstigste Preis des 365-Euro-Tickets soll laut Antrag umgerechnet auch für Tages- und Wochenkarten gelten. Zudem sollen Menschen ohne eigenes oder mit geringerem Einkommen, zum Beispiel Schüler, Auszubildende und Hartz-4-Empfänger den ÖPNV kostenlos benutzen dürfen. Zudem soll die im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP versprochene Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder noch im Jahr 2022 erfolgen. aw

Kryptowährungen sollen reguliert werden

Kryptowährungen sollen reguliert werden. Auf europäischer Ebene seien die Verhandlungen über die Schaffung eines risikogemessenen Regulierungsrahmens für Kryptowerte („Markets in Crypto-Assets – MICA“) in der Endphase. Man sei zuversichtlich, dass die Verhandlungen über MICA während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden könnten, berichtete die Bundesregierung in der letzten Woche im Finanzausschuss des Bundestages. Im Neunten Bericht des Ausschusses für Finanzstabilität zur Finanzstabilität in Deutschland (20/2585) werden keine Indizien für Stabilitätsrisiken im deutschen Finanzsystem durch Krypto-Token gesehen. Denn deren Marktkapitalisierung sei weiterhin vergleichsweise gering. h/e

Lieber Kanada als Katar

FREIHANDEL Die Ampel will das Ceta-Abkommen ratifizieren. Die Union wittert eine Hinhaltetaktik

Auf der Tagesordnung steht das Thema schon seit Wochen. Die CDU/CSU-Fraktion hatte bereits einen Gesetzentwurf und einen Antrag eingebracht. Doch mit einer Regelmäßigkeit, nach der man die Uhr stellen konnte, wurde die Beratung der Papiere im Wirtschaftsausschuss von den Ampelfraktionen in jeder Sitzungswoche aufs Neue vertagt. Nun, kurz vor der Sommerpause, war es dann soweit: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP brachten einen eigenen Gesetzentwurf (20/2569) ein, der das Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union, Ceta, ratifizieren soll. „Ich bin froh, dass wir uns endlich für einen freien und fairen Handel einsetzen können und hier in Europa aktiv sein können“, sagte Franziska Brantner (Grüne), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, bei der Debatte am Donnerstagabend. Man wende sich der Welt zu und befreie sich aus den „gefährlichen Abhängigkeiten von einzelnen Autokraten“.

»Am Ende wird Ceta in diesem Jahr ratifiziert«

Markus Töns (SPD)

Während es von der Seite der Ceta-Kritikern und -Kritiker heftige Bedenken wegen des nun raschen Vorgehens gab, ging der Union die Ratifizierung immer noch nicht schnell genug. „Insgesamt sechsmal – sechsmal! – haben wir unseren übrigens wortgleichen Gesetzentwurf hier bereits vorgelegt“, sagte Jens Spahn (CDU) im Plenum. Man habe im Wirtschaftsausschuss danach gefragt, wann denn mit der Ratifizierung, der zweiten und dritten Lesung, zu rechnen sei, so Spahn weiter, und den Eindruck gewonnen, die Ampel verfolge eine Hinhaltetaktik. Aus deren Reihen kommt daraufhin ein Versprechen: „Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden Ceta ratifizieren. Wir bringen es heute ein, dann werden wir in die Ausschussdebatte gehen. Wir werden uns darüber unterhalten, und am Ende wird Ceta in diesem Jahr ratifiziert“, sagte Markus Töns (SPD) in Richtung Unionsfraktion. Die Rednerinnen und Redner der Ampelfraktionen wiesen darauf hin, dass man das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Klagen gegen das Abkommen habe abwarten wollen. Mitte März dieses Jahres hatten

die Karlsruher Richter die Klagen, die von rund 200.000 Menschen in Zusammenarbeit mit mehreren Nichtregierungsorganisationen sowie der Fraktion Die Linke eingereicht worden waren, abgelehnt. Hauptsorge der Klägerinnen und Kläger war und ist die geplante Einrichtung von sogenannten Schiedsgerichten, vor denen Handelsstreitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten beigelegt werden sollen. Es wird befürchtet, dass eine unkontrollierbare Paralleljustiz entstehen könnte. In ihrer Urteilsbegründung vom März bezweifelten sogar die Richterinnen und Richter in Karlsruhe, dass eine Übertragung der Hoheitsrechte von Deutschland an die EU im Bereich der Gerichtsbarkeit mit dem Grundgesetz vereinbar wäre. SPD, Grüne und FDP wollen deshalb mit einer Erklärung des Gemischten Ceta-Ausschusses erreichen, dass ein Missbrauch internationaler Verträge verhindert wird. „In diesem Sinne werden wir bei Ceta nachbessern“, sagte Brantner. Verena Hubertz (SPD) räumte die weiterhin bestehenden Bedenken in den eigenen Reihen offen ein: „Wir hatten Bedenken und haben Bedenken beim Investitionsschutz. Wir wollen nicht, dass man sich nach Gutdünken vor privaten Schiedsgerichten verklagen kann.“ Man wolle sich deshalb für „aufrichtige, staatlich verankerte, multilaterale Handelsgerichtshöfe einsetzen“.

Bei allem Dissens in der Debatte: Einig war man sich immerhin weitgehend darin, dass Kanada einer der bestmöglichen Handelspartner wäre. „Gas aus Kanada wäre mir jedenfalls lieber als aus Katar“, sagte Carl-Julius Cronenberg (FDP) mit Blick auf zukünftige Partnerschaften in der Energieversorgung. Die Fraktion Die Linke sorgte sich um die in der Debatte vielbeschworenen gemeinsamen Werte von EU und Kanada und sieht „demokratische Errungenschaften zu Handelshemmnissen degradiert“, wie Christian Leye sagte. Er warnte in seinem

Redebeitrag vor einer „Paralleljustiz für Konzerne“ und fragte: „Da bekommen Konzerne die Möglichkeit, den Staat zu verklagen, wenn sie denken, dass ihre Interessen nicht hinreichend berücksichtigt werden. Sag mal, geht's noch, Ampel?“. Die AfD-Fraktion fürchtet indes eine „Aushöhlung der Souveränität unseres Landes“, wie Malte Kaufmann sagte. Er zitierte die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts und schloss, dass durch Ceta „in Hinterzimmern Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen für unser Land ausgekugelt“ würden. Elena Müller

STICHWORT

Ceta-Freihandelsabkommen

> Fehlende Zustimmung Das Abkommen wurde bereits im Oktober 2016 zwischen der Europäischen Union und Kanada geschlossen und ist seit September 2017 teilweise in Kraft. Es wird jedoch erst vollständig wirksam, wenn alle EU-Mitgliedstaaten das Abkommen ratifiziert haben. Bislang fehlt noch aus zwölf Ländern die Zustimmung, inklusive Deutschland.

> Kritik Umweltverbände und NGOs kritisieren die Bereitschaft der Ampelkoalition, Ceta zu ratifizieren, scharf. Sie befürchten, das Abkommen stelle die Rechte von Investoren über den Schutz von Umwelt und Klima.



© picture-alliance / NurPhoto / Artur Widak

»Konzertierte Kaffeekränzchen reichen nicht«

INFLATION AfD scheidet mit Forderung nach Steuersenkungen, um Bürger und Unternehmen zu entlasten

Als Weltbank und OECD Anfang Juni ihre Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft deutlich nach unten korrigierten und vor einer Stagflation – einer Phase ohne Wachstum bei hoher Inflation – warnen, war das ein Paukenschlag. Die Sorge vor einer weltweiten Rezession wächst. Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) rechnet gar mit der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In einer Aktuellen Stunde vergangene Woche (siehe Seite 1) verwies er im Bundestag auf die unsichere Energieversorgung und die höchste Inflationsrate seit 30 Jahren.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stimmte die Bürger auf schwierige Zeiten ein und lud Anfang Juli Gewerkschaften, Arbeitgeber und Wissenschaftler zum Auftakttreffen einer „konzertierten Aktion“ ein. Gemeinsam wird nun nach Lösungen gesucht, um die grassierende Teuerung zu stoppen. Ergebnisse sollen jedoch erst im Herbst vorliegen.

(20/2589) beziehungsweise zur Beratung überwies (20/2601), fordert sie ein „wirtschaftliches Fitnessprogramm“, um „raus aus der Stagflationsfalle“ zu kommen. Zudem verlangt sie, das Statistische Bundesamt solle neben Verbraucherpreisindex und Inflationsrate auch einen Sonderindex des täglichen Bedarfs veröffentlichen. Die „Lücke zwischen offizieller und gefühlter Inflation“ wachse, begründete René Sprin-



Viele Lebensmittel haben sich zuletzt spürbar verteuert.

ger (AfD) den Vorstoß. Zahlen und Beobachtungen der Bürger passten nicht mehr zusammen. Das zerstöre das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Es braue sich ein „perfekter Sturm zusammen“, warnte auch Fraktionskollege Leif Erik Holm. Der Regierung warf er trotz wachsender Krise Untätigkeit vor: Es gelte schnell Maßnahmen gegen die Teuerungsspirale zu ergreifen und Steuern und Abgaben insbesondere im Energiebereich zu senken, forderte Holm. Letztlich sei es die „vermurkste Energiepolitik“ der Ampel, die die Inflation befeure. „Konzertierte Kaffeekränzchen“ reichten nicht.

Gießkanne Auch Klaus Wiener (CDU) hielt der Regierung vor, mit ihrer Neverschuldungspolitik die Inflation anzutreiben. Die Entlastungspakete seien falsch geschnürt: Die Gießkanne einzusetzen, wie es die Ampel mit Tankrabatt, 9-Euro-Ticket und Energiepauschale tue, sei ziellose Verschwendung. Als „undifferenziert und fachlich nicht richtig“ kontierte Takis Mehmet Ali (SPD) die Anschuldigungen. Mit dem Entlastungspaket habe man schnell die auf steigende Preise reagiert. Über weitere präventive Maßnahmen werde nun beraten. Auch Dieter Janecek (Grüne) widersprach. Die

Maßnahmen der Ampelkoalition seien „zielgerichtet“, so Janecek und verwies auf Zuschüsse für Wohngeldempfänger und Bezieher von Sozialleistungen. Steuerentlastungen hingegen seien nicht das Richtige, um die Inflation zu bekämpfen und ärmere Menschen treffsicher zu entlasten. Das werde zu unerwünschten Mitnahmeeffekten führen. Reinhard Houben (FDP) verwies als Beleg für den Erfolg der Ampel auf die zuletzt leicht gesunkene Inflationsrate: „Das zeigt, dass wir die richtigen Maßnahmen ergriffen haben.“ Was sich langfristig auswirken werde, sei eine „seriöse Haushalts- und Finanzpolitik“, so der Liberale. Dass die Ampel die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten werde, nannte er ein „entscheidendes Signal“ für die Finanzmärkte. Christian Görke (Die Linke) bezichtigte die AfD der „Imagepflege“. Sie sei nicht die „Partei der kleinen Leute“, wie sie immer weismachen wolle. Ihre Forderungen bedeuteten vor allem „Steuergeschenke für Reiche“. Auch die Ampel enttäusche: Während die Belastungen stiegen – siehe Krankenkassenbeiträge und Zuzahlung zu Corona-Bürgertests – entpuppten sich ihre Entlastungspakete als „Wunderkerzen“: „Einmal angezündet, schnell verbrannt.“ Sandra Schmid

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2023 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2022
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

Herr Siefken, Sie organisieren ein internationales Forschungsprojekt, das die Rolle der Parlamente während der Pandemie untersucht. Was ist das Interessante an dieser Fragestellung?

Bei der Pandemie hatten wir es mit einer Situation zu tun, die plötzlich auf der ganzen Welt unerwartet und fast gleichzeitig aufgetreten ist. Das hat Parlamente überall vor enorme Herausforderungen gestellt. Corona war für sie ein doppelter externer Schock: Zum einen gab es die Notwendigkeit, auf die Pandemie selbst schnell zu reagieren, um die eigene Arbeitsfähigkeit zu sichern. Zum anderen gab es den Schock für die Parlamente, dass nun die Exekutive sehr viel stärker gefragt war.

Krisen gelten als Zeiten der Exekutive. Warum eigentlich?

Parlamente sind natürlich gerade nicht zur Beschleunigung von Entscheidungen da, sondern zur Entschleunigung. Darum wählt in einem parlamentarischen Regierungssystem ein Parlament auch eine Regierung, um schnell handlungsfähig zu sein; in der klassischen Parlamentarismustheorie wurde die Regierung deswegen von Walter Bagehot sogar als „erster Ausschuss des Parlaments“ bezeichnet. Das heißt aber nicht, dass Parlamente damit alle Bedeutung abgeben und in der Krisenreaktion irrelevant sind – ganz im Gegenteil: Sie sind extrem wichtig.

Sie blicken nicht nur in die gefestigten Demokratien, sondern auch in nicht-demokratische Staaten beziehungsweise nicht-gefestigte Demokratien. Was zeigt der Vergleich?

Das ist eine unserer zentralen Erkenntnisse bisher: Die Stärke der Demokratie, das lässt sich rechnerisch mit unseren Daten zeigen, war der entscheidende Faktor für den Einfluss der Parlamente auf die Corona-Politik – und nicht etwa die Stärke des Infektionsgeschehens. In nicht-demokratischen beziehungsweise nicht-gefestigten Demokratien war die Gefährdung der Parlamente hingegen besonders groß. Teilweise ist die Pandemie als Vorwand genutzt worden, um Parlamente zurückzudrängen. Unter dem Vorwand des Pandemieschutzes wurden beispielsweise in Nigeria, Serbien und Südafrika Parlamente vorübergehend geschlossen. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die Parlamente in gefestigten Demokratien haben sich insgesamt bewährt.

Woran bemisst sich das?

Es ist gerade Aufgabe der Parlamente, auf einen Ausgleich von Interessen hinzuwirken. In der Pandemiesituation ging es eben nicht nur darum, einseitig das Infektionsgeschehen zu begrenzen, wie es etwa in China gemacht wird. Sondern es muss geschaut werden, was ist eigentlich die richtige Balance zwischen dem Niederringen der Infektionen, den Freiheitsrechten und der Vermeidung massiver sozialer und wirtschaftlicher Folgen. Dafür sind Parlamente ganz besonders wichtig. Aber das funktioniert auch nicht automatisch gut, sondern hängt zudem stark von den beteiligten politischen Akteuren ab. Großbritannien und die USA zeigen dies: Trotz eines starken Parlaments beziehungsweise Kongresses folgte kein gutes Pandemiemanagement: Polarisierung und Populismus stellten in der Krisenreaktion große Probleme dar.

Das heißt, die zu Beginn der Pandemie zu spürende Sehnsucht nach einer starken exekutiven Führung zur Pandemiebekämpfung war ein Trugschluss?

Absolut. Teilweise wurde schon ein neuer „globaler Systemwettbewerb“ ausgerufen. Doch auch für solche Situationen wie diese Pandemie haben wir die Parlamente: Wenn man Entscheidungen unter Unsicherheit treffen muss, aber nicht eindeutig gesagt werden kann, was richtig und was falsch ist.

»Doppelter Schock«

PARLAMENTARISMUS Einfluss unter Kontaktbeschränkungen: Der Politikwissenschaftler Sven T. Siefken über die Rolle der Parlamente während der Corona-Pandemie



Plenardebatten mit Abstand und abgesenktem Quorum. Sven T. Siefken (kleines Bild) untersucht die Reaktion der Parlamente auf die Pandemie.

© DBT/Markus Scholz

Dafür sind Parlamente – wenn sie es richtig machen – sehr gut geeignet. Sie dürfen sich dann aber nicht nur auf das Entscheiden zurückziehen, sondern müssen die entsprechenden Abwägungen und ihre Ergebnisse auch öffentlich erklären und vermitteln. Das ist eigentlich nichts Neues, wurde in der Corona-Situation aber wieder besonders deutlich.

Wie hat sich der Bundestag geschlossen? Gerade in den ersten zwölf bis 18 Monaten der Pandemie gab es ja oft die Kritik, dass das Parlament kaum mitwirkte und die Entscheidungen im Kanzleramt und von den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten getroffen werden.

Diese Kritik ist deutlich überzogen, denn der Bundestag war in die Entscheidungsfindung eingebunden. Aber viel von dieser parlamentarischen Mitsteuerung verlief ab-

seits der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen, das ist ja auch ganz normal im Parlamentarismus, gerade zwischen den Fraktionen der Mehrheit und der Regierung. Doch selbst Oppositionspolitiker berichteten uns, dass sie zu Beginn der Pandemie viel besser eingebunden wurden als im Normalzustand. Für die Kommunikation der eigenen Rolle hat das Parlament hingegen keinen guten Weg gefunden. Und als dann nach dem Überstehen der ersten „Corona-Welle“ die von Ihnen genannte Kritik anschwoll, ist sie im Parlament sogar aufgegriffen und so noch verstärkt worden.

Kommen wir zum institutionellen Rahmen zurück. Vor welchen großen Herausforderungen standen die Parlamente zu Beginn der Pandemie?

Wie alle anderen Organisationen auch mussten die Parlamente mit der Bedro-

hung durch die Krankheit selbst umgehen. Parlamente sind auf den persönlichen Austausch in größeren Gruppen ausgerichtet – etwa im Plenarsaal, in Fraktionen oder den Ausschüssen. Genau das fiel aber unter die Kontaktbeschränkungen in der Gesundheitskrise von Corona. Die eigentliche Herausforderung bestand dann darin, dass Parlamente relativ strikte Regelwerke haben, zum Beispiel die Geschäftsordnung des Bundestages. Da konnte man nicht so flexibel wie in einem Unternehmen sagen: Das machen wir jetzt alles anders.

Wie haben die Parlamente reagiert?

Man hat zum Beispiel die Quoren für die Beschlussfähigkeit abgesenkt, im Bundestag etwa wurde sie vorübergehend von 50 Prozent der Mitglieder auf 25 Prozent vermindert. Im Parlament von Israel, der Knesset,

hat man ganz zu Beginn der Pandemie die Anwesenheit im Plenarsaal auf zehn Abgeordnete beschränkt. In Ungarn, den Philippinen und Großbritannien wichen die Parlamente auch auf andere Räumlichkeiten aus. Auch in den Verfahren wurde ganz unterschiedlich reagiert, häufig wurden Prozesse digitalisiert, manchmal auch Abstimmungen und Wahlen – vor allem aber in der Ausschussarbeit wurde dies genutzt: Die Teilnahme von Abgeordneten per Videokonferenz wurde möglich gemacht, und auch öffentliche Anhörungen wurden vielfach auf diesem Wege durchgeführt. Als Fazit lässt sich festhalten, dass insgesamt die Kontinuität der Parlamentsarbeit sichergestellt werden konnte.

Im Bundestag wurde zu Beginn der Pandemie über eine Art Notfallparlament nachgedacht. Die Idee wurde schließlich

verworfen. Gab es ähnliche Überlegungen anderswo auf der Welt?

Der Vorschlag, der ganz am Anfang vom damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble eingebracht worden ist, setzte sich nicht durch, auch weltweit gab es so etwas kaum. Im Vergleich zeigt sich aber, dass einige Parlamente auf spezielle Corona-Ausschüsse gesetzt haben. Das war zum Beispiel so in Norwegen, Frankreich, Tschechien, Australien und den USA. In 13 der 30 von uns näher untersuchten Parlamenten wurden Corona-Ausschüsse installiert. Dort wurde mit unterschiedlichem Zuschnitt die Bearbeitung der Pandemie gebündelt. Ein entsprechender Corona-Ausschuss konnte jenseits der inhaltlichen Mitwirkung auch kommunikativ erhebliche Wirkung entfalten, wie das Beispiel von Neuseeland zeigt. Der Bundestag hat darauf verzichtet, wiewohl im Frühjahr 2021 ein Unterausschuss des Gesundheitsausschusses eingesetzt wurde. Der wurde aber öffentlich kaum wahrgenommen.

Stärkt es oder schwächt das die Parlamente, wenn die Ausschussstruktur nicht verändert wird?

Eigentlich ist es eine Stärke eines Parlaments, die etablierte Ausschussstruktur beizubehalten. Wir wissen ja, wenn wir über den Bundestag sprechen, dass die Abgeordneten in den Ausschüssen Expertinnen beziehungsweise Experten für das jeweilige Fachgebiet sind. Das gilt auch in der Pandemie: Der Arbeits- und Sozialausschuss befasst sich mit eben diesen Aspekten von Corona, während sich etwa die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses auf die spezifischen ökonomischen Folgen und Gegenmaßnahmen konzentrieren. Hätte man alle in einem Ausschuss gemacht, wäre es schwieriger gewesen, all diese Perspektiven einzubringen.

Nun dauert die Corona-Krise schon eine geraume Weile an. Eine nächste Welle könnte im Herbst kommen. Wird die Krise damit zum Normalzustand der im normalen Rahmen angegangen wird?

Das ist die große Frage, die uns alle beschäftigt. Das politische Verhalten hat sich jedenfalls im Laufe der Krise in vielen Ländern verändert. Man sieht, dass die politischen Akteure ihre Strategien angepasst haben, dass teilweise auch in den Institutionen Veränderungen erfolgten. Doch sehr weitreichend ist in Bezug auf die Parlamente das zunächst von uns vermutete „Lernen in der Krise“ nicht. Wichtig war, was ganz am Anfang passiert ist, wie also auf den initialen doppelten Schock reagiert worden ist. Von dort aus sieht man eine schrittweise Normalisierung. Bei allen Unterschieden von politischen Systemen bleibt es die besondere Herausforderung für die Parlamente, ihre eigene Bedeutung sicherzustellen – und diese auch wirksam darzustellen. Denn wenn die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter zwar in Wirklichkeit bedeutsam sind, aber nicht entsprechend wahrgenommen werden, dann ist das auch ein Problem in der Politik. Es bleibt daher notwendig, die Parlamente in der Pandemie im Blick zu behalten – nicht nur, aber auch in Deutschland.

Das Gespräch führte
Sören Christian Reimer. ||

Sven T. Siefken ist Politikwissenschaftler am Institut für Parlamentarismusforschung in Berlin, Gastprofessor am Colorado College, USA, und Privatdozent an der Universität Halle. Er koordiniert das Forschungsprojekt „Parliaments in the Pandemic“ (ipsa-rcls.org/pipj) der International Political Science Association. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen darin, wie 33 Parlamente weltweit auf die Pandemie reagierten.

Banger Blick voraus

CORONA-PANDEMIE Heftige Kritik der Opposition an der Herbst-Winter-Strategie der Koalition

Die Präsentation des mit Spannung erwarteten Berichts des Sachverständigenrates zur Wirkung der Corona-Auflagen unlängst war von einer gewissen Ratlosigkeit begleitet. Die Empfehlungen der Experten fielen teils unbestimmt aus und bestätigten an manchen Stellen nur das, was inzwischen quasi als Allgemeinwissen in der Pandemie gelten kann. So verkündeten die hochkarätigen Wissenschaftler, das Tragen einer Schutzmaske könne ein wirksames Instrument sein, vor allem in Innenräumen, aber: „Eine schlechtsitzende und nicht enganliegende Maske hat jedoch einen verminderten bis keinen Effekt.“ Dem Bericht zu entnehmen war, dass ein harter Lockdown in der jetzigen Phase der Corona-Pandemie wohl nicht mehr das Mittel der Wahl wäre. Je länger ein Lockdown dauere und je weniger Menschen bereit seien, diesen mitzutragen, desto geringer sei der Effekt, hieß es. Die zukünftigen Auflagen müssten sich auf den „Übergang zur Endemie“ mit dem Schutz vulnerabler Gruppen konzentrieren.

Konzepte Wie das künftige Konzept aussehen wird, auch in Form eines angepassten Infektionsschutzgesetzes (IfSG), ist noch unklar. Vergangene Woche stand quasi erst einmal ein Vorschlagsgesetz der Ampel-Frak-

tionen zur ersten Beratung an. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will die Regelungen später ergänzen und verspricht einen „umfangreichen Instrumentenkasten“. Der Gesetzentwurf (20/2573) der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung vor Covid-19 beinhaltet Regelungen für die Impfkampagne mit Fristverlängerungen, eine präzise Bettenerfassung in Krankenhäusern und Hygienekonzepte für die Pflege. Vorschläge für eine Herbst-Winter-Strategie kommen auch von Union und Linken. Die Unionsfraktion fordert in einem Antrag (20/2564) ein gestuftes Corona-Konzept mit dem Ziel, vulnerable Gruppen zu schützen und flächendeckende Lockdowns zu vermeiden. Die Linksfraktion präsentiert in ihrem Antrag (20/2581) ein ganzes Bündel an Vorschlägen. Die Abgeordneten fordern die Vorbereitung einer neuen Impfkampagne, eine zuverlässige Testinfrastruktur und ein Testkonzept, das allen Menschen wieder Zugang zu kostenlosen Tests ermöglicht.

»Die Pandemie wird leider nicht in die Sommerpause gehen.«

Karl Lauterbach (SPD),
Gesundheitsminister

Impfungen SPD-Minister Lauterbach räumte ein, mit Impfungen könne nicht jede Infektion vermieden werden, „aber die schweren Erkrankungen können wir beherrschen“. Neue, angepasste Impfstoffe, auch gemein-

Die Pandemie gehe leider nicht in die Sommerpause, die Pandemiebekämpfung aber auch nicht. Christina Baum (AfD) bezichtigte die Bundesregierung, die Menschen mit Impfungen und Schutzmasken zu nötigen und in ihrer Freiheit zu beschränken. Die Koalition wolle daran festhalten, die nach China strengsten Corona-Auflagen weiterzuführen, entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Martin Sichert (AfD) betonte, Lauterbach habe eingestanden, dass Impfungen nicht gut schützen. Trotzdem sehe der Gesetzentwurf die Impfung als zentrales Instrument vor. Dies sei unerklärlich.

Infektionsschutzgesetz Der CDU-Abgeordnete Tino Sorge hielt dem Minister vor, außer Ankündigungen nichts vorzulegen. Bei der Corona-Strategie für den Herbst gebe es in der Koalition Chaos und Konfusion, zuletzt in der Frage der Abrechnung von Schnelltests. Sorge sagte, er hätte sich gewünscht, dass im Gesetzentwurf erklärt werde, welche konkreten Maßnahmen im Herbst vorgesehen seien im Infektionsschutzgesetz. Es gebe aber keine konkreten Vorschläge. Er mutmaßte, das hänge wohl damit zusammen, dass die Ampel-Koalition überhaupt nicht wisse, wohin sie wolle. Sorge forderte Lauterbach auch dazu auf,

sich zur umstrittenen sogenannten einrichtungsbefugten Impfpflicht zu äußern, die Ende des Jahres ausläuft.

Maria Klein-Schmeink (Grüne) räumte ein, es gebe in der Koalition „sehr unterschiedliche Haltungen“ zur Ausgestaltung des IfSG. Daran müsse über die Sommerferien gearbeitet werden. Den Ländern und Kommunen müssten die nötigen Schutzvorkehrungen ermöglicht werden. Andrew Ullmann (FDP) warf der Union vor, an alten Methoden festzuhalten, obwohl zur Bekämpfung der Pandemie inzwischen neue Instrumente zur Verfügung stünden, wie etwa angepasste Impfstoffe, monoklonale Antikörper und antivirale Medikamente. Er lehne einen neuerlichen Lockdown ab, sagte Ullmann und argumentierte, es müssten auch psychosoziale, wirtschaftliche und verfassungsrechtliche Folgen berücksichtigt werden. Nach Ansicht der Linksfraktion agiert die Koalition planlos. Kathrin Vogler (Linke) rügte die Abschaffung der kostenlosen Bürgertests. Die neuen Regelungen für Tests seien „abschreckend und bürokratisch“. Die Vorlage der Koalition bezeichnete sie als „dürres Gerüst aus wenigen Ideen“. Offensichtlich werde die Gesundheitspolitik jetzt im Finanz- und Justizministerium gemacht.

Claus Peter Kosfeld ||

Streit über Impfungen

GESUNDHEIT In einer teils hitzigen Debatte über Nebenwirkungen von Corona-Impfstoffen hat die AfD-Fraktion ihre Ansicht bekräftigt, dass Impfungen viel schädlicher seien als offiziell bekannt. Martin Sichert (AfD) sprach von 2,5 Millionen Patienten mit schweren Impfnebenwirkungen 2021 und einer hohen Dunkelziffer. Das Problem werde kleinerer. Die AfD verlangt in einem Antrag (20/2567), der Gegenstand der Debatte war, eine Aufarbeitung der Impfnebenwirkungen. Redner der anderen Fraktionen warfen der AfD vor, mit falschen Zahlen und fragwürdigen Argumenten die Angst vor Corona-Impfungen zu schüren. Andreas Philipp (SPD) sagte, die Impfungen verliefen in überwältigender Zahl positiv und schützten vor schweren Verläufen. Die AfD täusche, desinformiere, säe Angst und Verunsicherung. Georg Kippels (CDU) sprach von einem verantwortungslosen „Pamphlet“ der AfD. Es sei zu unterscheiden zwischen einfachen Impfreaktionen und Impfkomplicationen. Saskia Weishaupt (Grüne) versicherte, Nebenwirkungen würden natürlich ernst genommen. Kathrin Vogler (Linke) rügte, die AfD nutze die Pandemie als „ideologisches Schlachtfeld“. Andrew Ullmann (FDP) betonte, Impfreaktionen seien ganz normal. Es gelte in der Medizin, schwere Komplikationen zu vermeiden.

pk ||

KURZ NOTIERT

Teilwiederholung der Bundestagswahl in Berlin rückt näher

Nach den Unregelmäßigkeiten bei der Bundestagswahl 2021 in Berlin wird dort eine teilweise Wiederholung der Abstimmung wahrscheinlicher. Wie die Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses, Daniela Ludwig (CSU), sagte, standen bei Beratungen über das weitere Vorgehen mit Blick auf den Einspruch des Bundeswahlleiters gegen die Bundestagswahl und das Berliner Wahlgesehen vergangene Woche mehrere Entscheidungsmöglichkeiten zur Debatte. Der Vorschlag der Koalition sehe eine Wahlwiederholung „nur in den von einem Wahlfehler behafteten Wahlbezirken“, nicht aber in ganzen Wahlkreisen und mit Ausnahme eines Wahlkreises auch nur bezüglich der Zweitstimme vor. Das Ausschusssekretariat sei gebeten worden, auf dieser Grundlage eine Beschlussempfehlung vorzubereiten. Abschließende Beratungen fänden voraussichtlich nach der Sommerpause im Ausschuss und dann im Plenum statt. *sto* ||

Linksfraktion will Cannabis entkriminalisieren

Die Linksfraktion will mit einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eine Entkriminalisierung von Cannabis erreichen. Von den mehr als 200.000 Cannabisdelikten pro Jahr seien mehr als 80 Prozent konsumnah, heißt es in einem Gesetzentwurf der Fraktion (20/2579), der erstmals beraten wurde. Die Abgeordneten schlagen vor, Volljährigen den Erwerb und Besitz von bis zu 30 Gramm Cannabis zu erlauben. *pk* ||

Corona-Sonderregelung im Bundestag wird verlängert

Gegen die Stimmen der AfD hat der Bundestag am Freitag eine pandemiebedingte Sonderregelung seiner Geschäftsordnung (20/2480) bis Jahresende verlängert. Damit ist es Abgeordneten weiter möglich, digital an Ausschusssitzungen teilzunehmen. Auch bleiben Abstimmungen und Beschlussfassungen im Umlaufverfahren sowie Echtzeitübertragungen öffentlicher Sitzungen zulässig. Festgehalten wird am Grundsatz, dass Plenum und Ausschüsse in Präsenz tagen. *vom* ||

Neues Kontrollgremium zur Wohnraumüberwachung

Gegen die Stimmen der CDU/CSU hat der Bundestag vergangene Woche einen Antrag der Koalition zur Einsetzung des in Grundgesetz-Artikel 13 vorgesehenen Gremiums zur parlamentarischen Kontrolle des Einsatzes technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung mit 13 Mitgliedern (20/2568) angenommen. Ein Änderungsantrag der Union, die Zahl der Mitglieder auf elf zu begrenzen (20/2615), fand keine Mehrheit. Dem Gremium gehören vier SPD-Abgeordnete und drei Parlamentarier der Union an sowie je zwei Mitglieder der Grünen- und der FDP-Fraktion, während die AfD- und die Linksfraktion mit je einem Mitglied vertreten sind. *sto* ||

Immunität von drei Abgeordneten aufgehoben

Der Bundestag hat vergangene Woche die Immunität von drei Abgeordneten aufgehoben. Im Fall Friedhelm Boginski (FDP) wurde ein Disziplinarverfahren genehmigt, im Fall von Petr Bystron (AfD) ein Strafverfahren und im Fall von Stephan Protshchka (AfD) der Vollzug gerichtlicher Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse. *scr* ||



Blick in das verwüstete Ahrtal am 15. Juli 2021: Das Hochwasser führte in der Nacht zuvor zu verheerenden Schäden.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

Versäumnisse und Lehren

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ Ein Jahr nach der Flutkatastrophe berät der Bundestag über Konsequenzen

Die Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021, in der die verheerende Hochwasserkatastrophe über sie hereinbrach, werden die Menschen im Ahrtal und den anderen betroffenen Regionen wohl ihr Leben lang nicht vergessen. Es war, wie nicht nur Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vergangene Woche konstatierte, „eine der schlimmsten Naturkatastrophen in der Geschichte der Bundesrepublik“ mit mehr als 180 Todesopfern: „Die Fluten rissen alles mit sich – Häuser, Brücken, Straßen, Schulen, Rathäuser, Kirchen und auch Menschen.“ Ein Jahr danach beriet der Bundestag in der zurückliegenden Woche gleich dreimal darüber, welche Lehren aus den damaligen Ereignissen für den Bevölkerungsschutz in Deutschland zu ziehen sind. Den Anfang machte am Wochenende eine Sachverständigen-Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat, gefolgt von einer ersten Debatte über einen CDU/CSU-Antrag mit dem Titel „Aus den Krisen lernen – Für einen starken Bevölkerungsschutz“ (20/2562) zwei Tage danach und einer vereinbarten Aussprache über „Lehren für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes“.

In ihrem Antrag fordert die Unions-Fraktion die Bundesregierung auf, mit den Ländern einen „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ schließen, „der für zehn Jahre zehn Milliarden Euro für den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes garantiert und die Länder zu analogen Investitionen in ihren Katastrophenschutz verpflichtet“. Auch soll die Regierung nach dem Willen der Fraktion unter anderem mit den Ländern die Strukturen und Abläufe im Zivilschutz- und Katastrophenfall grundlegend prüfen, nationale Reserven in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Ernährung und Notfallbetreuung auf und ausbauen und bis Jahresende „die Warnung der Bevölkerung bundesweit und barrierefrei“ sicherstellen. Die Bundesinnenministerin betonte in der vereinbarten Debatte, dass man aus der Flutkatastrophe gelernt habe, aber für einen effektiven Bevölkerungsschutz noch sehr viel tun müsse. Hier habe es in der Vergangenheit „große Versäumnisse“ gegeben, wie an den Folgen der Hochwasserkatastrophe sowie während der Corona-Pandemie zu sehen sei und seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Dabei werde man aufgrund des Klimawandels auch in Deutschland künftig immer wieder solche

stärkeren Naturkatastrophen erleben. Daher müsse man sich viel besser gegen die Folgen des Klimawandels und anderer Krisen wappnen. Notwendig sei ein „Neustart im Bevölkerungsschutz“. Um ihn neu aufzustellen, gehe man „jetzt viele weitere Schritte“, fügte Faeser hinzu. Man schaffe eine verlässliche und flächendeckende Warn-Infrastruktur und müsse weiter investieren in das Hilfesystem aus Containern, Zelten, Wassersystemen und einer mobilen Hausarztpraxis, das die „richtige Antwort auf vielfältige Krisen“ sei. Daher sei sie dankbar, dass sie die Mittel zur Anschaffung weiterer solcher Module zur Verfügung gestellt bekomme. Detlef Seif (CDU) betonte, dass neben einer frühzeitigen und flächendeckenden Warnung der Bevölkerung auch sichergestellt werden müsse, dass die Menschen die Warnhinweise verstehen und wissen, wie sie sich verhalten sollen. Bund, Länder und Kommunen müssten sich bestmöglich auf Extremwetterlagen, Großbrände, Pandemien, Terrorlagen, Cyber-Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder längerfristige Stromausfälle vorbereiten. Wichtig seien dabei „Risikoerkennung, komplettes Lagebild, Einsatz und Verteilung von Kräften und vor allem die professionelle Arbeit der Krisenstäbe“.

Leon Eckert (Grüne) kritisierte, das Warnnetz in Deutschland sei zu lückig, und es brauche jetzt „jeden Schwung, um mehr Abdeckung zu erreichen“. So müsse der Bund etwa das Sirenen-Förderprogramm weiterführen, doch müssten die Länder auch selbst solche Programme einrichten und die Kommunen spezifische Warnkonzepte anlegen. Dabei sei die Einsicht noch nie so groß gewesen wie derzeit, dass Veränderungen im Bevölkerungsschutz nötig seien. Steffen Janich (AfD) nannte es eine Kernaufgabe der Politik, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um künftig besser auf solche Katastrophen wie vom Sommer vergangenen Jahres vorbereitet zu sein. Die Zuständigkeiten im Katastrophenfall müssten gebündelt werden, zerstörte Kommunikationswege müssten schneller wiederhergestellt werden, und neue Sirenen seien flächendeckend bereitzustellen. Auch müssten Führungskräfte von Katastrophenschutzorganisationen trägerübergreifend gemeinsam ausgebildet werden. Wichtig sei es zudem, „Einsatzstäbe für Katastrophenfälle im Alarmsystem zu schaffen“, die innerhalb einer Stunde einsatzfähig und innerhalb von zwei Stunden handlungsfähig sind. Sandra Bubendorfer-Licht (FDP) forderte, die gesamte Ablaufstruktur im Bevölke-

rungsschutz zu überarbeiten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das nun ausgebaut werde, müsse weiter zur Zentralstelle im Bevölkerungsschutz entwickelt werden. Enorm wichtig seien sofortige Erreichbarkeit, Handlungsfähigkeit und umfassende Unterstützung der Kräfte vor Ort. Mit dem vom BBK und den Landesinnenministern im Juni gestarteten gemeinsamen Kompetenzzentrum sei ein erster Schritt getan, um die Strukturen und Abläufe zwischen Bund und Ländern zu verbessern. **Bekannte Probleme** André Hahn (Linke) kritisierte, dass die Probleme bei der Katastrophe vom Juli 2021 nahezu identisch gewesen seien mit denen beim Elbe-Hochwasser im Jahr 2002: „unzureichende Warnsysteme für die Bevölkerung, massive Störungen der Krisenkommunikation zwischen Kreis-, Land- und Bundesebene, der Ausfall des Telefonnetzes, nicht vorhandene Notstromaggregate und so weiter“. Es sei eine Farce, wenn zwar bundesweit Sirenen endlich erneuert würden, aber nicht einheitlich geregelt sei, wie die Bevölkerung auf welche Warnsignale reagieren solle. Dirk Wiese (SPD) sagte, das Hochwasser habe Defizite im Bevölkerungsschutz aufgezeigt, wie etwa mangelhafte Koordination der verschiedenen Ebenen, ein unzureichendes Funktionieren der Alarmpalette und das Fehlen eines flächendeckenden Warnsystems. Diese Baustellen müsse man zügig angehen. *Helmut Stoltenberg* ||

»Wir brauchen einen Neustart im Bevölkerungsschutz.«
Nancy Faeser (SPD), Bundesinnenministerin

»Die Probleme waren und sind 20 Jahre später leider nahezu identisch.«
André Hahn (Linke)

»Zweitstimmendeckung« versus »Grabenwahlrecht«

PARLAMENT Die Ampelkoalition setzt in der Reformkommission ihre Eckpunkte zur Verkleinerung des Bundestags durch

Den Bundestag hat jetzt 736 auf die Regelgröße von 598 Abgeordneten zu verkleinern, hat sich die Wahlrechtskommission zum Ziel gesetzt. Das Gremium, bestehend aus 13 Abgeordneten und 13 Sachverständigen, hat vergangene Woche Eckpunkte für eine Änderung des Wahlverfahrens beschlossen. Sie sollen in den Zwischenbericht einfließen, den die Kommission Ende August vorlegen wird. Die Eckpunkte wurden mit der Mehrheit der Ampel-Koalition gegen die Stimmen der Union bei Enthaltung der AfD und der Linken beschlossen. Sie basieren auf einem Vorschlag, den die Koalitionsobleute Sebastian Hartmann (SPD), Till Steffen (Grüne) und Konstantin Kuhle (FDP) im Mai veröffentlicht hatten. Entscheidende Neuerung ist, dass das Zweitstimmenergebnis die Zahl der Mandate bestimmt, die den Parteien zustehen. Das hat zur Folge, dass ein mit Erststimmen direkt gewonnener Wahlkreis den Einzugs in den Bundestag nicht mehr garantiert. Erringt eine Partei in einem Land mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen, werden die überzähligen mit dem geringsten Erststimmenergebnis gekappt. Das ist die sogenannte „Zweitstimmendeckung“, das tragende Element des Vorschlags.

Nach dem jetzigen Wahlrecht ist der Wahlkreis kandidat mit den meisten Erststimmen automatisch gewählt, unabhängig vom Zweitstimmenergebnis seiner Partei. Das hat zur Folge, dass eine Partei aufgrund vieler direkt gewonnener Wahlkreise mehr Mandate erhalten kann, als ihr nach Zweitstimmen zustehen. Diese Überhangmandate werden durch zusätzliche Mandate der übrigen Parteien ausgeglichen, bis das Kräfteverhältnis nach Zweitstimmen



Auch bei der Bundestagswahl 2021 hatten die Wähler zwei Stimmen.

wieder hergestellt ist. Dies hat in der Vergangenheit zur Vergrößerung des Bundestages geführt. Vor allem die CSU hat aufgrund direkt gewonnener Wahlkreise mehr Mandate eingesammelt, als ihr nach Zweitstimmen zustanden. **Ersatzstimmen** Die Kappung von Direktmandaten könnte dazu führen, dass Wahlkreise unbesetzt bleiben. Die Ampel-Obleute hatten daher vorgeschlagen, den Wählern die Möglichkeit einer Ersatzstimme für einen weiteren Kandidaten zu geben, sodass derjenige mit den meisten Erst- und Ersatzstimmen einzieht, bei dem zugleich die Zweitstimmendeckung gegeben ist. Die nun beschlossenen Eckpunkte bieten zur Ersatzstimmen-Lösung aber auch noch Alternativen an. Die Aussicht, dass ein direkt gewonnener Wahlkreis nicht zwingend zu einem Bundestagsmandat führt, ist für die Unionsfraktion unannehmbar und auch nicht vermittelbar. Die von ihr benannten Sachverständigen in der Kommission, die Professoren Bernd Grzeszick, Rudolf Mellinghoff und Stefanie Schmah, haben ein als Grabenwahlrecht bekannt gewordenes und mittlerweile in „echtes Zwei-Stimmen-Wahlrecht“ umbenanntes Verfahren entworfen, das auf eine Stärkung des via Erst-

stimme gewonnenen Direktmandats hinausläuft. Auch hier soll es bei 598 Mandaten bleiben. Das Zweitstimmenergebnis müsste sich jedoch nicht mehr in der Zusammensetzung des gesamten Bundestages spiegeln, sondern nur noch in dem durch Listenkandidaten besetzten Teil. Der restliche Teil, der auch weniger als die Hälfte der Mandate ausmachen könnte, würde von den direkt gewählten Wahlkreissiegern besetzt, unabhängig vom Zweitstimmenergebnis. Berechnungen zufolge hätte die Union nach diesem Verfahren bei der Bundestagswahl 2021 mehr Mandate erhalten als die SPD. Aus Sicht der „Ampel“ wäre dies eine Verfälschung des Wählerwillens. **Wahlalter** Verfassungsrechtlich spricht laut Eckpunktepapier nichts dagegen, das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen von 18 auf 16 Jahre abzusenken. Union und AfD sprachen sich dagegen aus, Die Linke stimmte mit der Koalition dafür. Darüber hinaus beschloss die Kommission bei Enthaltung der AfD, sich am 29. September und 13. Oktober erneut mit der Frage des Frauenanteils im Bundestag und mit Vorschlägen zu befassen, die auf eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern abzielen. *Volker Müller* ||

Anzeige

Ein Politisches System im Wandel

Das politische System Polens

Von Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Prof. Dr. Robert Grzeszczak, Univ.-Prof. Dr. Aleksandra Maatsch und Univ.-Prof. Dr. Dariusz Wojtaszyn 2022, ca. 250 S., brosch., ca. 25,- € ISBN 978-3-8487-7197-4 E-Book 978-3-7489-1227-9 (Studienkurs Politikwissenschaft) Erscheint ca. November 2022

Das Lehrbuch stellt das politische System Polens mit besonderer Berücksichtigung der innenpolitischen Veränderungen seit dem Regierungsantritt der Partei PiS dar. Die Autorin und Autoren analysieren u.a. die Abkehr vom politischen Liberalismus hin zu einer illiberalen Demokratie.

Nomos

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Die Anspannung war Katrin Budde (SPD) am vergangenen Mittwoch zum Auftakt der öffentlichen Sitzung des Kultur Ausschusses zum Antisemitismus-Skandal auf der Documenta in Kassel deutlich anzumerken. Die Sitzung sei „kein Tribunal“ mahnte die Ausschussvorsitzende. Und doch waren die Anklagen gegen das indonesische Künstlerkollektiv Taring Padi wegen ihres als antisemitisch angesehenen Werkes „People's Justice“, gegen die Verantwortlichen der Documenta, allen voran das kuratierende indonesische Künstlerkollektiv Ruangrupa laut und deutlich. Ersten Ärger verursachte bereits die Ankündigung Buddes, dass die Documenta-Generaldirektorin Sabine Schormann und der Documenta-Aufsichtsratsvorsitzende, Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle (SPD), nicht an der Sitzung teilnehmen werden. Schormann hatte sich wegen Krankheit und Geselle wegen anderer Termine entschuldigen lassen. Das Fernbleiben Geselles bezeichnete Gitta Connemann (CDU) als „skandalös“ und Erhard Grundl (Grüne) als eine „grobe Missachtung“ des entstandenen Schadens.

Kritik des Zentralrats Schormann und Geselle waren es denn auch, die der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden, Daniel Botmann, namentlich für den Antisemitismus-Skandal verantwortlich machte. Alle Warnungen im Vorfeld der Documenta seien ignoriert worden. Auf der Kunstausstellung sei „Judenhass in reinster Form“ präsentiert worden. Aber niemand übernehme dafür die Verantwortung, monierte Botmann. Es sei „eine Zumutung“, dass Schormann noch immer im Amt sei. Botmann betonte, dass es um weit mehr als ein Bild gehe. Auf der Kunstausstellung würden auch andere antisemitische Werke wie die Bilderserie „Guarnica Gaza“ gezeigt. Zudem sei die Documenta wie auch andere Kultureinrichtungen stark von der antisemitischen BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) beeinflusst, die Israel isolieren wolle. Darunter litten auch jüdische und israelische Künstler.

Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) erhob, wenn auch nicht namentlich, schwere Vorwürfe gegen die Documenta-Verantwortlichen. Diese hätten zugesagt, dass Antisemitismus keinen Platz auf der Kunstausstellung habe und dass es dazu auch nicht kommen werde. Dies sei „Wortbruch“, stellte Roth fest. Sie werde immer die Freiheit der Kunst verteidigen, aber die Grenzen der Kunstfreiheit seien überschritten worden. Vor allem sei die notwendige kuratorische Arbeit nicht geleistet worden.

Entschuldigung der Kuratoren Der angesprochene Ade Darmawan entschuldigte sich als Mitglied des kuratierenden Kollektivs Ruangrupa für den durch die Ausstellung „verursachten Schmerz“. Es sei nicht die Absicht gewesen, Antisemitismus zu verbreiten. Zugleich warb er für Verständnis für andere historische Erfahrungen und das „antiautoritäre kuratorische Verständnis“ seines Kollektivs. Das Werk „People's Justice“ sei vor 20 Jahren entstanden und sei auch eine Kritik an der Unterdrückung westlicher Staaten für Indonesiens früheren

Fachkräfte für Traumatherapie

KINDERKOMMISSION Es gibt zu wenige Fachkräfte, um aus der Ukraine geflüchteten Kindern bei der Traumabewältigung zu helfen. So lautete die Kritik von Sachverständigen in einem öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Bundestages. Geladen waren Vertreterinnen verschiedener Hilfsorganisationen, die in der vergangenen Woche bewerten sollten, welche Projekte Kinder und Jugendliche hierzulande konkret unterstützen. Ihre Projekte zielten vor allem darauf, Kindern auf der Flucht ein sicheres Umfeld zu gewähren, in dem sie Abstand vom Kriegsgeschehen gewinnen könnten, betonten die Expertinnen. Die Grundausstattung von Hilfeeinrichtungen versuche man durch Spenden zu verbessern, in Berlin habe man die Kinder an der Gestaltung ihrer Unterkünfte beteiligt. Von Politik und Verwaltung forderten die Expertinnen eine Verstärkung von Projektgeldern und einer schnelleren Antragsbewilligung. Verantwortung übertragen zu bekommen, gebe Kindern Selbstwertgefühl, sagte Projektleiterin Hannah Weber von der Berliner Stadtmission. Über die schwierige Situation in den Notunterkünften berichtete Anne Ernst von der Johanniter-Unfall-Hilfe. „Wir nutzen jede Form der Kreativität, um die Situation zu verbessern.“

Um langfristige Folgen traumatisierender Kriegserfahrungen zu vermeiden, brauche es mehr Behandlungsplätze und Fachkräfte. Die Personalsituation sei schwierig, auch wegen der Befristung der Projekte. Die Kräfte vor Ort wünschten „vor allem Offenheit und Flexibilität“ und weniger Bürokratie, so Ernst. Bei der Weiterbildung könne man an die Erfahrungen von 2015 anknüpfen, sagte Birgit Poschmann vom Kreisverband Coesfeld e.V. des Deutschen Roten Kreuzes. **Lucas Lypß**

Mehr als nur ein Bild

KULTUR Der Bundestag debattiert über Antisemitismus-Skandal auf der Documenta. Union und AfD fordern personelle Konsequenzen. Doch diese blieben bislang aus



Erst hängt, dann demontiert: Das Werk „People's Justice“ auf der Documenta in Kassel.

© picture-alliance/dpa/Uwe Zucchi

Diktatur Suharto. Die als antisemitisch empfundene Bildsprache – das Bild zeigt unter anderem eine Art Vampir mit Schläfenlocken und Hut mit SS-Runen sowie einen Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad mit Schweinegesicht und Davidstern – sei von anderen historischen Erfahrungen geprägt als in Deutschland. Die Art der Bildsprache sei bereits im 18. Jahrhundert von den niederländischen Kolonialherren nach Indonesien gebracht worden und vor allem auf die chinesische Minderheit übertragen worden. Zugleich wies Damarwan den Vorwurf eines Boykotts israelischer Künstler zurück. Die Documenta zeige sowohl israelische als auch jüdische Künstler, die auf eigenen Wunsch aber nicht genannt werden wollten. Dass Damarwans Entschuldigung und Erklärungsversuche die Unions- und die AfD-

Fraktion nicht überzeugten, zeigte sich tags darauf in der Bundestagsdebatte. Die Beschäftigungsversuche mit kulturellen Unterschieden seien „Ausreden“ und zeigten fehlende Einsicht, befand Gitta Connemann. „Egal in welchem Land, egal in welchem Zusammenhang: Judenhass ist Judenhass.“ Die AfD warf den Künstlerkollektiven vor, ihr postkolonialistischer Ansatz sei im Kern antisemitisch. „Die Postkolonialisten sind zutiefst verwoben mit der Israel-Boykottbewegung BDS“, führte Marc Jongen aus und hielt Roth vor, den Postkolonialismus „zur Staatsdoktrin erheben“ zu haben. Connemann und Jongen erinnerten Roth zudem daran, dass sie 2019 den Bundestagsbeschluss zur Verurteilung des BDS abgelehnt haben. Katrin Budde und andere Abgeordnete der Ampelkoalition wiesen die Vorwürfe zu-

mindest zum Teil zurück. Ade Damarwan sei ein „sehr reflektierter Vertreter der Ruangrupa“, der „sehr nachdenklich und auch sehr ehrlich reagiert“ habe, sagte Budde. Einig zeigten sich alle Fraktionen, dass die Strukturen der Documenta reformiert werden müssen. Die von der Union und der AfD vorgelegten Anträge, in denen sie auch den Rücktritt von Sabine Schormann fordern, wurden von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Abgeschlossen ist der Fall damit aber nicht. Der von Kulturstaatsministerin Roth vorgelegte Fünf-Punkte-Plan zur Aufarbeitung des Skandals und zu Strukturformen bei der Documenta wird den Bundestag spätestens bei den Haushaltsberatungen und der Frage nach einer weiteren Förderung des Kunstausstellung durch den Bund erneut erreichen. **Alexander Weinlein**

Neue Strategien sind gefragt

AKTUELLE STUNDE Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands im Plenum

Noch bevor die Einmalzahlungen aus den Entlastungspaketen der Bundesregierung auf den Konten der Menschen landen, wird deren Nutzen diskutiert und teilweise infrage gestellt. Dass sie nicht ausreichen werden, um die Folgen der Preissteigerungen abzufedern, ist nicht nur die Meinung von Sozialverbänden. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier plädierte in einem Interview vor einer Woche für weitere Erleichterungen für Geringverdienende. Einen Tag später trommelte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Gewerkschaften und Arbeitgeber zu einem ersten Treffen der Konzentrierten Aktion zusammen. Hintergrund ist die Sorge vor einer Lohn-Preis-Spirale: Gewerkschaften verlangen zum Ausgleich für gestiegene Preise höhere Löhne, was die Kosten der Unternehmen erhöht, die dann wiederum versuchen könnten, die höheren Kosten auf die Preise umzuwälzen. Einmalzahlungen anstelle kräftiger Tarifierhöhungen könnten den Effekt dämpfen. Aber noch ist offen, zu welchem Ergebnis die Konzentrierte Aktion kommen wird.

Offene Fragen Am Freitag debattierte der Bundestag auf Verlangen der Fraktion Die Linke über den aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands. Dabei ging es freilich nicht nur um den Bericht, sondern um seine Einordnung in den aktuellen Kontext und um die Frage, wie vor allem Menschen mit geringem Einkommen in Zeiten der Inflation unterstützt werden können. Somit endete die sozialpolitische Woche in Berlin mit einer Frage, mit der sie auch begonnen hatte. Laut Paritätischem Armutsbericht 2022 hat die Armut in Deutschland mit einer Armutsquote von 16,6 Prozent einen traurigen Höchststand erreicht. 13,8 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande

derzeit zu den Armen gerechnet werden, 600.000 mehr als vor der Pandemie. Der Wohlfahrtsverband rechnet angesichts der Inflation mit einer Verschärfung der Lage und fordert von der Bundesregierung umgehend ein weiteres Entlastungspaket. Dies müsse bei den fürsorglichen Maßnahmen ansetzen. Grundsicherung, Wohngeld und BAföG müssten bedarfsgerecht angehoben und deutlich ausgeweitet werden, um zielgerichtet Hilfe für einkommensarme Haushalte zu gewährleisten. Janine Wissler, Parteivorsitzende der Linken, warf dem Bundeskanzler vor, in der Regierungsbefragung am Mittwoch keine Antwort auf die Frage gewusst zu haben, ob der aktuelle Regelsatz in der Grundsicherung von 449 Euro reiche, um den monatlichen Bedarf eines Erwachsenen zu decken. Dies sei vielsagend, so Wissler. Natalie Pawlik (SPD) nannte die Ergebnisse des Berichts „erschreckend“. Die aktuel-

> STICHWORT

Bereits beschlossene Entlastungen

> **Energiepreispause** Alle Einkommensteuerpflichtigen erhalten einmalig 300 Euro.

> **Kinderbonus** Pro Kind gibt es mit der Kindergeldzahlung im Juli einmalig 100 Euro als Zuschlag.

> **Grundsicherung** Bezieher von Sozialleistungen erhalten einmalig 200 Euro.

> **Arbeitslosengeld** Beim Bezug von Arbeitslosengeld I wird einmalig 100 Euro gezahlt.

len Entlastungsmaßnahmen würden jetzt erst anfangen zu wirken, beseitigten Armut aber nicht strukturell. „Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung bleibt das nachhaltigste Mittel gegen Armut.“ Otilie Klein (CDU) sagte, Alleinerziehende und kinderreiche Familien, aber auch Rentner seien besonders von Armut betroffen. Aber die Regierung tue für diese Gruppen viel zu wenig und verteilte Geld stattdessen mit der Gießkanne. „Warum bekommen Staatssekretäre eine Energiepauschale von 300 Euro“, fragte sie. Stephanie Aeffner (Grüne) forderte: „Wir müssen jetzt handeln. Wir haben ein Armutsproblem und das nicht erst seit der Pandemie und dem Ukraine-Krieg.“ Nötig sei eine umfassende Strategie, die die Höhe der Sozialleistungen, aber auch die Wohnungs- und Mietpolitik und den öffentlichen Nahverkehr in den Blick nehme. Gerrit Huy (AfD) stellte fest, es gehe nicht erst seit gestern, sondern seit 15 Jahren bergab, seitdem sich die Merkel-Regierungen entschlossen hätten, sich lieber mit der „Weltenrettung“ als den heimischen Problemen zu befassen. Sie verwies auf die Altersarmut und forderte eine Rentenreform, die sich nicht mit Haltelinien begnüge. Jens Teutrine (FDP) verteidigte die Entlastungspakete der Bundesregierung. Damit bekomme eine vierköpfige Familie im Grundsicherungsbezug insgesamt 600 Euro mehr Geld in diesem Monat. Für einige sei das vielleicht nicht erwähnenswert, aber für diese Menschen mache es einen Unterschied, sagte er. Außerdem appellierte er, nicht, wie in dem Bericht, nur von relativer Armut zu reden, sondern weitere Indikatoren wie Bildungschancen mit einzubeziehen. „Das Aufstiegsversprechen ist der wichtigste Indikator zur Armutsbekämpfung“, so Teutrine. **Claudia Heine**

Mehr Innovation wagen

FORSCHUNG Nachholbedarf bei Schlüsseltechnologien

Im Bereich Digitale Technologien droht Deutschland den Anschluss zu verlieren. Zu diesem Schluss kommt die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Zusammen mit dem „Bundesbericht Forschung und Innovation 2022“ (20/2400), der alle zwei Jahre erscheint, gibt das EFI-Gutachten (20/1656) ein Stimmungsbild zur Lage von Forschung und Innovation (F&I) des Landes ab. Beide Dokumente beschäftigten am vergangenen Mittwoch den Bundestag. Der Parlamentarische Staatssekretär Mario Brandenburg (FDP) stimmte der EFI zu und betonte, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aktuell an einer „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ arbeite, die „die Rahmenbedingungen und Strukturen für Transfer und Innovation“ verbessern solle. Mit 3,05 Milliarden Euro finanzierte das BMBF im Jahr 2022 „missionsorientierte Forschung“ zu Themen wie Klimaschutz, Gesundheit und Schlüsseltechnologien. Bis 2025 sollten dann 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung fließen.

Streitpunkt DATI Der Bundesbericht stelle Deutschland ein „durchaus gutes Zeugnis“ aus, sagte Holger Mann (SPD). So seien 2019 und 2020 die Beschäftigungszahlen in der Forschung konstant geblieben und auch „die Ausgaben nahezu stabil“. Kritisch

bewertete Mann hingegen, dass die Wirtschaft ihre Investitionen in F&I um fünf Milliarden Euro gesenkt habe. Während Mann die Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) als wichtigen Schritt bewertete, um den Transfer von Forschung aus den Hochschulen für angewandte Wissenschaft voranzutreiben, bewerteten Nadine Schön (CDU) und Petra Sitte (Die Linke) DATI kritisch. Statt eine neue Agentur zu gründen, die laut EFI-Gutachten „nur Doppelstrukturen bringe, aber nicht zum Ziel führe“, wäre es sinnvoller, den bestehenden Agenturen mehr Freiräume zu gewähren, sagte Schön. Sitte wiederum betonte, dass Wissenschaftspolitik mehr als Wirtschaftspolitik sei. Forschung dürfe nicht nur ökonomischen Zielen dienen, sondern müsse auch soziale Fragen in den Blick nehmen. Gute Forschung sei entscheidend, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, sagte Laura Kraft (Bündnis 90/Die Grünen). Dafür brauche es neben einer „leistungsstarken digitalen Infrastruktur“ auch verlässliche Kooperationspartner. Michael Kaufmann (AfD) sieht in Deutschland zwar das Potential für Innovation, damit dieses aber auch genutzt werde können, müssten „ideologisch motivierte Schranken“ aus der Wissenschaft verschwinden und eine technologieoffene Forschungsförderung stattfinden. **des**

Eine Frage der Priorität

BIOTECH Union fordert Beteiligung an EU-Pharmavorhaben

Damit die Europäische Union im Biotechnologie- und Pharmabereich ihre Souveränität behält und sich gegen internationale Konkurrenz durchsetzen kann, hat die EU die Gründung einer „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) beschlossen. Durch das EU-Vorhaben sollen Unternehmen gefördert werden, die im Pharma- und Biotechbereich forschen. Im März unterzeichneten 16 EU-Staaten IPCEI Health – Deutschland war nicht darunter. Dass sich die Bundesrepublik doch an dem Vorhaben beteiligen und es mit 500 Millionen Euro unterstützen, fordert die Union in einem Antrag (20/2376), der am Freitag im Bundestag debattiert wurde. Um den Wohlstand für die nächsten Jahrzehnte zu sichern, müsse Deutschland „endlich den Schwerpunkt auf Forschung, Technologie und Transfer“ setzen und Standort für Spitzentechnologie bleiben, sagte Thomas Jarzombek (CDU). Laut einer Studie von EY sei kein deutsches Unternehmen mehr unter den 100 wertvollsten der Welt. Jarzombek kritisiert, dass trotz dieser Entwicklung kein Geld für Biotechnologie im Haushalt vorgesehen sei.

Begrenzte Haushaltsmittel Die angespannte finanzielle Lage sei der Grund, weshalb IPCEI Health bei der Verteilung der Haushaltsmittel nicht berücksichtigt werden konnte, betonte Lena Werner

(SPD). Ihre Fraktion hätte sich eine Beteiligung Deutschlands gewünscht und hoffe, dass diese nächstes Jahr möglich sein werde. Grünen-Politikerin Paula Piechotta mahnte an, dass es zu einer seriösen Oppositionspolitik gehöre, herauszuarbeiten, wo die geforderten 500 Millionen Euro für IPCEI Health abgezweigt werden sollten. Die Biotech-Branche sei gut aufgestellt und brauche zumindest in Deutschland keine staatliche oder europäische Förderung, sagte Manfred Todtenhausen (FDP). Gerade in Zeiten begrenzter finanzieller Mittel müssten Prioritäten richtig gesetzt werden. Petra Sitte (Die Linke) kritisierte den Antrag dafür, dass er auf eine Kommerzialisierung von Wissen abziele, das durch öffentliche Förderung erworben wurde. Der Staat solle dort fördern, wo der Markt wegen „pessimistischer Renditeerwartungen von Pharmakonzernen“ versage. Dies sei beispielsweise bei der Erforschung von seltenen Erkrankungen der Fall. Die Pandemie habe gezeigt, dass sich jeder selbst in der Krise am nächsten sei, mahnte Götz Frömming (AfD). Anstatt sich an einem rein europäischen Instrument wie IPCEI Health zu beteiligen, müsse Deutschland lernen, wieder national zu denken und zu handeln. Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. **des**

Ferda Ataman gewählt

FAMILIE Antidiskriminierungsstelle hat neue Chefin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird mit einer neuen Chefin besetzt. Was eher langweilig klingt, ist allerdings zum Politikum geworden, denn die Nominierung der Journalistin Ferda Ataman für dieses Amt hatte für kontroverse Diskussionen gesorgt. Auch innerhalb der Koalition war die Personalauswahl nicht unumstritten. Dennoch wurde Ataman am vergangenen Donnerstag im Bundestag schließlich von 376 Abgeordneten gewählt. 278 stimmten gegen sie. Es gab 14 Enthaltungen. Oppositionspolitiker aus Union und AfD, aber auch einzelne FDP-Politiker sprachen der Journalistin die Eignung ab. Sie bezeichneten Ataman unter anderem als „linke Aktivistin“, die für „spaltende Identitätspolitik“ stehe und etwa „Clan-Kriminalität“ und Islamismus verharmlose. „Ich persönlich fände es gut, wenn sich Frau Ataman von einigen früheren Aussagen klar distanzieren würde“, sagte etwa der Parlamentari-



Ferda Ataman

© picture-alliance/dpa

sche Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thome. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei (CDU) sagte, die Personalauswahl sei das Gegenteil von Zusammenführung. Die AfD-Fraktion hatte zwar versucht, die Wahl von der Tagesordnung des Bundestages nehmen zu lassen, scheiterte aber damit. SPD-Chefin Saskia Esken hielt dagegen und kritisierte eine „verleumderische Kampagne“. Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Britta Haßelmann, stellte klar, viele Behauptungen gegen Ataman seien haltlos, sie sei als „Expertin für Diversität in jedem Fall“ die Richtige für das Amt. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) erklärte, Diversität sei eine Stärke. Sie sei überzeugt, dass Ataman eine Stimme für alle Menschen im Land sein werde, die Diskriminierung erfahren. Ataman hatte unter anderem mit einer „Spiegel“-Kolumne 2020 für Diskussionen gesorgt, als sie die Bezeichnung „Kartoffel“ für Deutsche ohne Migrationshintergrund verteidigte. Kritisiert wurde auch die Löschung früherer Tweets, die als polemisch interpretiert werden können. Die Antidiskriminierungsstelle berät Betroffene auf Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bei der Durchsetzung ihrer Rechte, wenn sie etwa aus rassistischen, geschlechtlichen oder religiösen Gründen diskriminiert werden. Erst im April 2022 hatte der Bundestag ein Gesetz (20/1332) beschlossen, wonach das Parlament künftig die Leitung der Stelle wählt. Das bisherige Verfahren, bei dem die Bundesfamilienministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Leitung auf Vorschlag der Bundesregierung ernennen konnte, hatte in der Vergangenheit zu Konkurrenzkämpfen geführt. Seit 2018 war das Amt unbesetzt geblieben. **che**



Aktivisten von „Lobbycontrol“ demonstrieren im vergangenen Herbst vor dem Reichstagsgebäude in Berlin für schärfere Transparenzregeln.

© picture-alliance/dpa/Jörg Carstensen

Lobbyisten auf den Listen

REGISTER Ein neues Instrument soll Interessenvertretung gegenüber der Politik nachvollziehbarer machen

Seit gut einem halben Jahr ist das am 1. Januar an den Start gegangene Lobbyregister für Bundestag und Bundesregierung online geschaltet, und mittlerweile umfasst es rund 4.900 aktive Interessenvertreter, darunter knapp 4.200 juristische sowie 269 natürliche Personen, 165 Personengesellschaften und 208 Netzwerke, Plattformen und andere Formen kollektiver Tätigkeit. Mehr als 27.900 Personen sind danach berechtigt, beim Bundestag und bei der Bundesregierung Interessenvertretung auszuüben, darunter gut 15.300 (gesetzliche) Vertreter der registrierten Organisationen und gut 12.300 benannte Beschäftigte, die die Interessenvertretung unmittelbar ausüben.

Zum Vergleich: Die seit 1972 bis Ende 2021 beim Bundestag geführte „öffentliche Liste“, die weiterhin online zugänglich ist, wies mit Stand vom 13. Dezember vergangenen Jahres 2.238 registrierte Verbände aus, die auf Bundesebene Lobbyarbeit betrieben. Anders als beim neuen Lobbyregister war der Eintrag in diese Liste allerdings freiwillig. Auch beschränkte sich die Eintragung auf überregionale Verbände, während Einzelunternehmen oder -personen ebenso wie etwa regionale Organisationen aufen vorblieben, desgleichen Angaben zur Finanzierung oder Auftraggebern – in den Augen vieler Kritiker ein zahlloser Tiger.

Transparenz Dass versucht wird, bestimmte Interessen beim Parlament als Gesetzgeber und der Regierung, von der die allermeisten Gesetzentwürfe stammen, geltend zu machen, gehört zum Wesen der repräsentativen Demokratie, die vielfältige und oft gegensätzliche Positionen im Sinne des Gemeinwohls auszutarieren hat und dabei auch auf solche Rückkopplungen angewiesen ist. Bleibt jedoch unklar, wer wie und mit welchem Aufwand den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess politisch Verantwortlicher zu beeinflussen sucht, nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in das parlamentarische System Schaden. Transparenz tut also not, und erklärtes Ziel des Lobbyregisters ist es, Strukturen der Einflussnahme von Lobbyisten auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durchschaubarer zu machen. Schon die Statistiken auf der Startseite des von der Bundestagsverwaltung online geführten Registers bieten interessante Einblicke: Danach handelt es sich bei gut 28 Prozent der Akteure um Unternehmen und

bei fast 23 Prozent um „privatrechtliche Organisationen mit Gemeinwohlaufgaben“, wie beispielsweise eingetragene Vereine oder Stiftungen; rund 15 Prozent sind ein Wirtschafts- oder Gewerbeverband, etwa zehn Prozent ein Berufsverband und fast ebenso viele eine „nichtstaatliche Organisation (Nichtregierungsorganisation, Plattform oder Netzwerk)“. Bei den angegebenen Interessenbereichen liegt „Wirtschaft“ mit 46 Prozent vor „Umwelt“ mit 41 Prozent und „Wissenschaft, Forschung und Technologie“ mit 33 Prozent.

Und wer wendet am meisten Geld für seine Interessensvertretung auf? Wenige Klicks auf der öffentlich zugänglichen Website des Registers (lobbyregister.bundestag.de) geben die Antwort: Von allen Akteuren hat der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit 15,04 Millionen bis 15,05 Millionen Euro für das vergangene Jahr die höchsten Aufwendungen ausgewiesen. Auf Platz zwei liegt der Verbraucherzentrale Bundesverband mit 11,05 Millionen bis 11,06 Millionen Euro im Jahr 2021. Oder die Aktiengesellschaften: Hier lag im vergangenen Jahr Volkswagen mit 6,49 Millionen bis 6,5 Millionen Euro vor der Mercedes-Benz Group mit 4,08 Millionen bis 4,09 Millionen Euro und der Deutschen Bank mit 3,57 Millionen bis 3,58 Millionen Euro.

Solche Angaben waren bislang öffentlich nicht zu haben; nun müssen Lobbyisten in dem Register die jährlichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung in Stufen von jeweils 10.000 Euro offenlegen, ebenso wie Jahresab-

schlüsse oder Rechenschaftsberichte sowie Angaben zu Zuschüssen und Zuwendungen der öffentlichen Hand und zu Schenkungen. Verweigern sie dies – was bislang bei knapp 670 der Fall ist –, wird dies in einer „schwarzen Liste“ veröffentlicht; auch kann der Bundestag sie von der Erteilung eines Hausausweises ausschließen. Zudem soll an öffentlichen Anhörungen des Bundestags nur teilnehmen können, wer keine Angaben verweigert hat.

In das Register einzutragen sind zudem neben Namen und Anschriften sowie einer Beschreibung des Tätigkeitsbereiches auch Angaben zur Struktur des Verbandes, Vereins oder Unternehmens, wie etwa zu Vorstand, Geschäftsführung und Mitgliederzahl, ferner unter anderem die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung in Stufen von je zehn Mitarbeitern. Die Registrierungspflicht gilt – mit Ausnahmen – für alle, die gegenüber dem Bundestag, seinen Organen, Mitgliedern und Fraktionen sowie der Bundesregierung bis zur Ebene der Unterteilungsleiter Interessenvertretung ausüben. Sie greift unter anderem, wenn die Interessenvertretung regelmäßig betrieben wird oder auf Dauer angelegt ist, geschäftsmäßig für Dritte betrieben wird oder wenn innerhalb der letzten drei Monate mehr als 50 unterschiedliche Kontakte zur Vertretung von Interessen aufgenommen wurden. Die Definition von Interessenvertretung ist im Lobbyregistergesetz weit gefasst; verstanden wird darunter „jede Kontaktaufnahme zum Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess“

von Bundestag und Bundesregierung. Und als Interessenvertreter werden neben natürlichen und juristischen Personen auch „Personengesellschaften oder sonstige Organisationen, auch in Form von Netzwerken, Plattformen oder sonstigen Formen kollektiver Tätigkeiten“ definiert, die solche Kontaktaufnahmen betreiben oder in Auftrag geben.

Dieser weiten Definition stehen – mit unterschiedlichen Begründungen – zahlreiche Ausnahmen von der Registrierungsspflicht gegenüber. So gilt sie etwa wegen der in Verfassungartikel 9 normierten Tariffreiheit nicht für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Einfluss auf Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen nehmen wollen, oder wegen der in Grundgesetz-Artikel 5 verankerten Glaubensfreiheit nicht für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Ebenso von der Registrierungspflicht ausgenommen sind die kommunalen Spitzenverbände oder politische Stiftungen, aber auch etwa anerkannte nationale Minderheiten wie Sorben

oder Dänen. Nach Inkrafttreten des Lobbyregistergesetzes zum Jahresbeginn blieben den bereits aktiven Lobbyisten als Übergangsfrist noch zwei Monate Zeit, um sich in das Online-Register einzutragen. Seit Anfang März muss, wer gegenüber Bundestag oder Bundesregierung Interessen vertreten will, sich zuvor registrieren lassen. Verstöße gegen die Registrierungspflicht sowie unrichtige, unvollkommene oder verspätet aktualisierte Angaben werden als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße in Höhe von bis zu 50.000 Euro geahndet. Definiert sind ferner verpflichtende „Grundsätze integrier Interessenvertretung“, nämlich „Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität“. Als die große Koalition das Gesetz am 25. März 2021 gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der übrigen Fraktionen durchsetzte, war darum im Parlament schon mehr als ein Jahrzehnt gerungen worden, doch hatte keiner der Oppositionsanträge und –Gesetzentwürfe eine Mehrheit gefunden. Vor allem die CDU/CSU-Fraktion hatte stets auf dem Bremspedal gestanden, während auch die SPD für eine solche Regelung eingetreten war. Auch in der 19. Legislaturperiode legte die Opposition Initiativen zur Einführung eines über die Verbände-Liste hinausgehenden, verbindlichen Lobbyregisters vor – Die Linke bereits direkt zum Beginn der Wahlperiode im Oktober 2017 (19/15), die Grünen im Februar 2018 (19/836) und die FDP im

Dezember 2019 (19/15773). Die Koalition ließ diese Vorlagen zunächst „schmoren“, doch nachdem die Affäre um die im März 2020 publik gewordene und danach beendete Lobbytätigkeit ihres Abgeordneten Philipp Amthor für ein US-Unternehmen der Union unschöne Schlagzeilen bescherte, brachte das Regierungsbündnis im September einen eigenen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister ein (19/22179), zeitgleich mit der AfD (19/22183).

Wirkte die öffentliche Aufregung um Amthor in den Augen vieler als Katalysator für einen Kurswechsel der Union, galt dies umso mehr für die „Maskenaffäre“ und die „Aserbaidschan-Connection“ von CDU- und CSU-Abgeordneten. Diese Affären sorgten im März 2021 nicht nur im Bundestag für viel Wirbel mit Mandatsniederlegungen und Parteiaustritten, ließen aber auch – ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl – die Forderungen nach schärferen Transparenzregeln im Parlament mächtig anschwellen. Und nachdem der ursprüngliche Koalitionsentwurf des Lobbyregistergesetzes nur auf Interessenvertretung gegenüber dem Parlament gezielt hatte, wurde in den parlamentarischen Beratungen auch die Lobbytätigkeit gegenüber der Bundesregierung in das Regelwerk einbezogen; drei Monate danach zog der Bundestag mit einer deutlichen Verschärfung der Verhaltensregeln für Abgeordnete eine weitere Konsequenz aus den Affären.

An denen hätte freilich das Lobbyregister wenig geändert, da es den Volksvertretern anders als die Verhaltensregeln keine Verpflichtungen auferlegt. Ihnen etwa die Offenlegung ihrer Kontakte vorzuschreiben, dürfte kaum mit dem im Grundgesetz-Artikel 38 garantierten „freien Mandat“ vereinbar sein, demzufolge sie „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind.

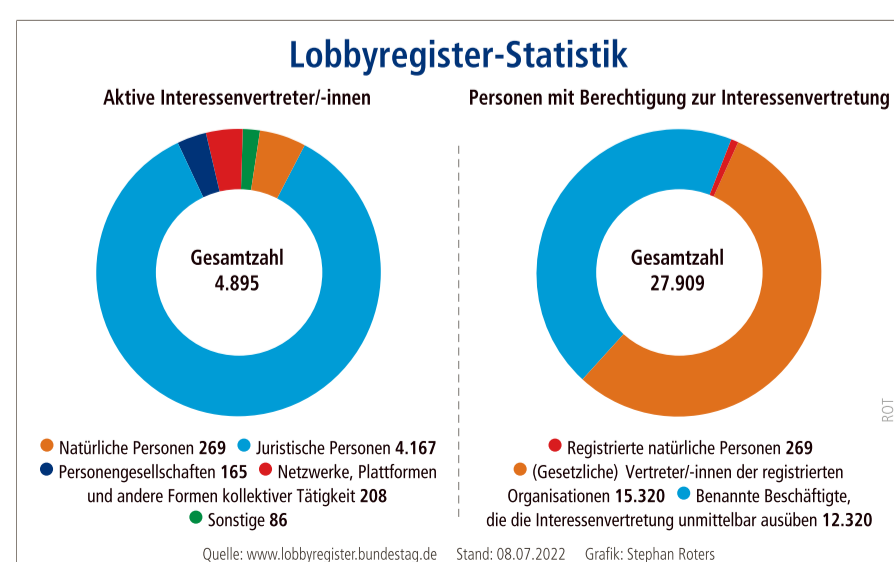
Gleichwohl wurde das Lobbyregistergesetz wie das novellierte Abgeordnetengesetz auch von Organisationen wie „Lobbycontrol“ als klare Stärkung von Transparenz und Integrität in der Politik begrüßt. Gänzlich zufrieden mit dem Registergesetz sind indes weder die Transparenzorganisationen noch die damalige Opposition und auch nicht die an dem Werk beteiligte SPD-Fraktion. Den Kritikern fehlt unter anderem der „legislative“ oder „exekutive Fußabdruck“, mit dem sich Gesetzentwürfen entnehmen ließe, welche Interessenvertreter oder externe Berater an der jeweiligen Vorlage mitgewirkt haben. Sauer stoßen ihnen auch die Ausnahmeregelungen etwa für die Tarifpartner und die Kirchen auf, und Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung wollen viele nicht auf Kontakte bis hinunter zu Unterteilungsleitern begrenzen, sondern auch Referatsleiter und Referenten einbeziehen.

Ende 2021 brachte die Linksfraktion einen Antrag (20/288) ein, das Lobbyregistergesetz entsprechend zu verschärfen; auch soll die Bundesregierung danach den „legislativen Fußabdruck“ einführen. Das will auch die AfD-Fraktion, die dazu im April einen Gesetzentwurf (20/1322) vorlegte. Dabei sind solche Forderungen alles andere als unumstritten. Die Kirchen etwa können laut Bundesverfassungsgericht grundsätzlich selbst verbindlich entscheiden, was sie als spezifisch kirchliche Aufgaben definieren. Das umfasst auch karitative Tätigkeit, was ihre Einbeziehung in die Registrierungsspflicht etwa in ihrer Rolle als Arbeitgeber schwierig macht. Der legislative Fußabdruck wiederum kann der Bundesregierung, so die Gegenargumentation, aufgrund deren in Verfassungartikel 65 festgeschriebenen Geschäftsordnungautonomie nicht vorgeschrieben werden.

Koalitionsvertrag Seine Einführung steht aber ohnedies auf ihrem Arbeitsprogramm: „Für Gesetzentwürfe der Bundesregierung und aus dem Bundestag werden wir Einflüsse Dritter im Rahmen der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und bei der Erstellung von Gesetzentwürfen umfassend offenlegen“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag und SPD, Grünen und FDP mit der Einschränkung, dass die Regelung ihre Grenzen in der Freiheit des Mandats finde. Und auch das Lobbyregistergesetz, ist dort weiter zu lesen, wollen die drei Koalitionsparteien „nachschärfen, Kontakte zu Ministerien ab Referentenebene einbeziehen und den Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen grundrechtsschonend und differenziert erweitern“. Das Register steht also so oder so schon direkt nach seiner Einführung weiter auf der politischen Agenda. **Helmut Stoltenberg**

Mehr als 27.900 Personen dürfen auf Bundesebene Lobbyarbeit betreiben.

SPD, Grüne und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, das Gesetz zu verschärfen.



STICHWORT

Wer ein Lobbyregister hat

> Staaten Unterschiedliche Regelungen zu Lobbyregistern gibt es etwa in Belgien, Frankreich, Irland, Kanada, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien und den USA (Stand: April 2020). Parlament, Rat und Kommission der EU führen gemeinsam ein Transparenzregister.

> Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben verschiedene Bestimmungen zu Lobbyregistern (Stand März 2022).

Die Turnschuhe der türkischen Marke Mekap sind zu einem Symbol für den kurdischen Widerstand gegen die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan geworden. Ende Juni trugen Teilnehmer eines Protestzugs ein riesiges Modell durch die Düsseldorfer Innenstadt. Rund 4.000 Demonstranten protestierten so für einen Stopp der türkischen Militäraktionen gegen die Kurden. Mit dabei war auch Michael Wilk, der mehrfach als Arzt in Nordsyrien war. Er sagte: „Während die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf den Krieg in der Ukraine gerichtet ist, fliegen türkische Drohnen täglich Angriffe auf Rojava, Shengal und den Nordirak.“ Eindringlich warnte er vor den Folgen eines erneuten türkischen Angriffskrieges in Nordsyrien.

Bereits seit April greift die Türkei Stellungen der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Nordirak an. Ende Mai stellte Erdogan dann eine neue Offensive in Nordsyrien in Aussicht, wo die Kurden ein großes Gebiet kontrollieren. Die Türkei geht dort schon länger gegen die Kurdenmiliz YPG vor. Nun will Erdogan eine 30 Kilometer breite Zone erobern, um „terroristische Bedrohungen“ aus der Region zu bekämpfen. Hauptziel der Einsätze seien Bereiche, aus denen Angriffe auf die Türkei kämen. Nach einem erfolgreichen Einsatz gegen die YPG sollen syrische Flüchtlinge aus der Türkei in die Zone umgesiedelt werden. Den Plan hegt Erdogan schon seit geraumer Zeit, aber bisher hinderten ihn die Widerstände Russlands und der USA daran, sie zu verwirklichen – während die USA in der Region die Kurden im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) unterstützen, will Russland Syrien wieder ganz unter die Kontrolle von Machthaber Baschar al-Assad bringen. Nun sind beide Mächte mit der Ukraine beschäftigt, und Erdogan scheint die Gunst der Stunde nutzen zu wollen. Er spielt die kurdische Karte schon seit Wochen aus: Erst Ende Juni stimmte er einem Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens nur unter der Bedingung zu, dass beide Staaten härter gegen PKK und YPG vorgehen und „Terrorverdächtige“ an Ankara ausliefern (siehe Text unten). Gemeint sind PKK-Mitglieder sowie Angehörige der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen, den Erdogan für den Putschversuch von 2016 verantwortlich macht.

Weit vorgedrungen Im Norden des Irak unterhält die Türkei bereits seit 2016 mehrere Militärposten. Beschränkte die Truppen ihre Operationen bisher auf die Qandil-Berge im Nordosten des Landes, wo die PKK ihre Stellungen hat, drangen sie im April erstmals fast 200 Kilometer tief ins Land vor – bis nach Sinjar (Shengal), wo die Jesiden, eine religiöse Minderheit unter den Kurden, leben. Neu war auch, dass die



Mitglieder der von der Türkei unterstützten Syrischen Nationalen Armee bereiten sich zur Zeit auf eine mögliche Operation gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK im Norden des Landes vor.

© picture-alliance/AA/Bekir KasAa

Türkei die YPG-Milizionäre im Westen angriff. Die Schwesterorganisation der PKK rettete 2014 Tausende Jesiden vor der Verfolgung durch den IS. Die Türkei stuft sie wie die PKK als Terrororganisation ein. Suleiman Cafer, Mitglied des jesidischen Verbands in Syrien, hält die zeitgleichen Angriffe nicht für einen Zufall. Der kurdischen Nachrichtenagentur ANF sagte er, er sehe dahinter ein System: Erdogan wolle

zunächst die PKK auszuschalten, dann Sinjar im Irak und die von der YPG kontrollierte Autonome Administration Rojava im Norden Syriens einnehmen. „Der türkische Staat erfindet vor jedem Angriff einen Vorwand, mit dem er seine grenzüberschreitenden Operationen rechtfertigt“, meint Cafer. Er suche sich außerdem Unterstützer in der jeweiligen Region. So soll der Ministerpräsident der kurdischen Regionalregierung, der Iraker Nidschevan Barzani, bei seinem Besuch in Ankara im Februar über Erdogans Angriffspläne informiert worden sein; die Regionalregierung macht wichtige Öl- und Gasgeschäfte mit der Türkei.

Zwischen den Fronten Für die jesidische Zivilbevölkerung spitzt sich die Lage noch aus einem anderen Grund zu. Denn im Mai hat auch die irakische Armee Angriffe auf kurdische Milizen in Nordirak gestartet. „Dadurch mussten erneut Jesiden flüchten“, berichtet der inzwischen in Bagdad lebende Jeside Dawood Shamoo. „Sie sind zwischen die Mühlen der unterschiedlichen Kräfte geraten.“ Für die kurdische Minderheit ein trauriges Déjà-vu: Vor fast acht Jahren, am 3. August 2014, hatte der IS eine groß angelegte militärische Offensive gegen die von Jesiden

bevölkerten Gebiete im Norden des Irak gestartet. Dabei wurden rund 5.000 Menschen getötet und 7.000 weitere verschleppt und entführt. Erst am vergangenen Donnerstag stimmte der Bundestag für die Anerkennung dieser Gräueltaten als Völkermord und bestätigte damit ein entsprechendes Votum des Petitionsausschusses. Die Jesiden im Irak protestierten im Mai für den Abzug aller Konfliktparteien. „Sinjar den Jesiden“, stand auf ihren Bannern. Das allerdings hält Ali Simoqy, der bis zur Eskalation der Lage für die Uno in Sinjar gearbeitet hat, für einen „frommen Wunsch“. Unklar bleibt, wann Erdogans Truppen in Nordsyrien einmarschieren. Türkische Aufklärungsdrohnen fliegen seit Wochen über das Gebiet. Und auch Syrien und Russland bereiten sich offenbar auf eine Auseinandersetzung vor: Nach Angaben von Major Youssef Hammoud, dem Sprecher der von der Türkei unterstützten Syriar National Army (SNA), haben beide ihre Truppen und die YPG in Erwartung einer Offensive verstärkt.

Mitarbeit: Birgit Svensson, freie Irak-Korrespondentin.

Kriegsangst

IRAK Nachdem türkische Truppen kurdische Stellungen im Norden angegriffen haben, wächst auch im Nachbarland Syrien die Sorge vor einer neuerlichen Großoffensive

Verschleppte Landreform

KOLUMBIEN Antrag zur Unterstützung des Friedensprozesses

Die Bundesregierung soll sich für die fortwährende Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien einsetzen. Ein entsprechender Antrag der Ampelfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/2572) wurde vergangene Woche vom Bundestag mit deren Stimmen gegen das Votum der Fraktionen von Union, AfD und Die Linke angenommen. Wie es in der Vorlage heißt, gelte das 2016 geschlossene Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) nach über 50 Jahren bewaffnetem Konflikt weltweit als Meilenstein für die Friedensentwicklung. Allerdings werde es trotz breiter internationaler Unterstützung bislang in Teilen nur schleppend umgesetzt. Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, die konsequente Umsetzung des Abkommens von der kolumbianischen Seite einzufordern, darunter insbesondere eine Landreform. Weitere Forderungen zielen auf die Bekämpfung von Ungleichheit und Korruption, auf eine Justizreform, auf die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und auf die Wiederaufnahme der 2019 beendeten Friedensgespräche zwischen der

Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und der kolumbianischen Regierung. Für Max Lucks (Grüne) lähmt die Gewalt an der Zivilgesellschaft den Frieden in Kolumbien, das Friedensabkommen müsse konsequenter umgesetzt werden. Auch Thomas Rachel (CDU) sieht im Abkommen erst den „Anfang eines langen Prozesses der Aussöhnung“, Deutschland könne den Prozess etwa bei der Aufarbeitung und mit Bildungsoperationen unterstützen. Nils Schmid (SPD) identifizierte die soziale Ungleichheit als ein „Grund vielen Übels“, Anliegen sei eine gerechtere Steuerpolitik, vor allem aber eine umfassende Landreform. Stefan Keuter (AfD) warf der Koalition vor, Kolumbien „mit Gendersprache und wehenden Regenbogenfahnen“ und einem „progressiven Verteileralismus“ überziehen zu wollen. Jens Becek (FDP) hielt dem entgegen, dass die Unterstützung von Friedensprozessen im deutschen Interesse liege – im Falle Kolumbiens durch Projekte zur Bekämpfung von Ungleichheit, Korruption und Kapitalflucht. Andrej Hunko (Die Linke) begrüßte den Antrag. Ein von der Vorgänger-Bundesregierung geschlossenes geheimes Militärabkommen sei allerdings „hoch problematisch“. **ah**

Balkaneinsätze gebilligt

BUNDESWEHR Neues EUFOR-Mandat, KFOR verlängert

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche über zwei Einsätze der Bundeswehr auf dem Westbalkan entschieden: So sprachen sich die Abgeordneten mehrheitlich für die Wiederaufnahme einer Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Sicherheitsoperation EUFOR Althea aus: Für den Antrag der Bundesregierung (20/2241) stimmten in der namentlichen Abstimmung 526 Parlamentarier, 99 stimmten dagegen.

Bosnien und Herzegowina Damit können nun über zehn Jahre nach Ende der ersten Bundeswehrebeteiligung an EUFOR bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten nach Bosnien und Herzegowina entsendet werden. Hier war die Bundeswehr von 2004 bis 2012 bereits mit im Einsatz, um die Umsetzung des nach dem Ende des Bosnien-Krieges geschlossenen Friedensver-

trags zu überwachen. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in dem multiethnischen Land sei das neue Mandat ein „Garant für Sicherheit und Frieden“, erklärte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) bei der Einbringung des Antrags Ende Juni.

Kosovo Auf den Erhalt von Frieden und Stabilität zielt auch die Nato-geführte Sicherheitspräsenz KFOR (Kosovo Force) im Kosovo, an der die Bundeswehr bereits seit 1999 im Rahmen des internationalen Kontingents beteiligt ist. Dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung (20/1976), stimmten in der namentlichen Abstimmung 518 Abgeordnete zu, 96 stimmten dagegen. Drei enthielten sich. So können nun weiterhin bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten entsendet werden. **sas**

Unterstützung für Beitritt

EUROPA Bundestag stimmt für Euro-Einführung in Kroatien

Der Bundestag unterstützt die Einführung des Euro in Kroatien ab dem 1. Januar 2023. Einen Antrag (20/2571) der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dazu nahm der Bundestag vergangene Woche mit den Stimmen der Antragsteller gegen das Votum der AfD bei Enthaltung der Linken an. Mit dem Antrag wird das Einvernehmen von Bundestag und Bundesregierung zum Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Beschluss des Rates hergestellt. So sieht es das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBGG) vor. Dort wird in Paragraph 9 ein besonderes parlamentarisches Beteiligungsverfahren für Fälle der Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat geregelt. Nach derzeitigem Stand soll der endgültige Beschluss über den Beitritt des Landes zum

europäischen Währungsraum an diesem Dienstag im Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) fallen. Vorher muss das Plenum des Europäischen Parlaments ebenfalls eine Stellungnahme abgeben. Aus einer Unterrichtung (20/2296), die das Bundesfinanzministerium zum Euro-Beitritt Kroatien vorgelegt hat, geht hervor, dass die Bundesregierung dem zustimmen wird. Das Land erfülle nach Einschätzung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank sämtliche Konvergenzkriterien, bestehend aus rechtlicher Konvergenz und vier weiteren wirtschaftlichen Kriterien, heißt es darin. Laut Kommission sind allerdings noch weitere Fortschritte erforderlich, um die Schuldenquote auf einen dauerhaften Abwärtskurs zu bringen. Zurzeit besteht der Euro-Raum aus 19 EU-Mitgliedstaaten. Zuletzt übernahm Litauen am 1. Januar 2015 den Euro als offizielle Währung. **joh**



»Europas Kraft wird größer«

NATO Bundestag stimmt mit breiter Mehrheit für einen Beitritt Finnlands und Schwedens zum westlichen Militärbündnis

Wenn der russische Präsident eine „Finnlandisierung Europas“ anstrebe, bekomme er als Antwort nun eine „Natoisierung Europas“, so hat es US-Präsident Joe Biden auf dem Nato-Gipfel in Madrid Ende Juni formuliert – und damit auf die Beitritts-wunsch Finnlands und Schwedens angepielt, die sich über lange Zeit eigentlich als neutral verortet hatten. Am vergangenen Freitag hat der Bundestag – in Anwesenheit der Botschafterinnen beider Länder – mit großer Mehrheit grünes Licht für einen Beitritt Finnlands und Schwedens zum westlichen Militärbündnis gegeben. Das Parlament stimmte einem gemeinsamen Gesetzentwurf (20/2534) der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu, in dem die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine Zustimmung von deutscher Seite geregelt sind. Für den Entwurf stimmte neben Union und Koalitionsfraktionen auch die AfD-Fraktion bei zwei Enthaltungen und zwei Nein-Stimmen aus ihren Reihen. Die Linksfraktion votierte dagegen. Mit der Zustimmung des Bundesrates, die am Freitag kurz darauf erfolgte, steht einer Ratifizierung nichts mehr im Wege. Die Entscheidung gilt auch als Signal an weitere Nato-Bündnispartner, die jeweils noch ihr Placet geben müssen, bevor Finnland und Schwe-

den Mitglied werden können. Am vergangenen Dienstag hatten die Botschafter der 30 Bündnisstaaten im Nato-Hauptquartier in Brüssel in Anwesenheit der Außenminister der beiden nordischen Länder bereits die sogenannten Beitrittsprotokolle unterzeichnet. Eine formelle Beitrittsinvitation Schwedens und Finnlands wurde Ende Juni beim Nato-Gipfel in Madrid beschlossen. Beide Länder hatten im Mai einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt.

Vertrauen In der Debatte betonten die Vertreter von Bundesregierung, den Ampelfraktionen und der Union den Zugang zu Sicherheit für das Verteidigungsbündnis durch die Aufnahme der beiden skandinavischen Länder sowie für diese selbst. „Die geplanten Beitritte Finnlands und Schwedens zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis sind von herausragender Bedeutung für uns und unsere Partner angesichts der Erschütterungen, die wir aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in Europa und in der ganzen Welt erfahren“, sagte Tobias Lindner (Grüne), Staatsminister im Auswärtigen Amt. Dass beide Länder ihre Neutralität hinter sich lassen würden, sei auch ein „Vertrauensbeweis“ für das Bündnis. „Wir stärken heute die demokratische Mitte der Nato.“

Johann Wadepuhl (CDU) bezeichnete den Beitritt beider Länder als Zeichen dafür, dass „Putins neoimperialer Politik“ krachend gescheitert sei. Der Entschluss Finnlands und Schwedens zeige, wie attraktiv die Nato sei: „Quicklebendig nach über 70 Jahren – nicht hirntot. Existenziell für die Sicherheit des Westens – nicht obsolet.“ Der Beitritt sei ein Zugewinn für das Bünd-

nis, insbesondere für den Ostseeraum, und damit insbesondere auch für Deutschland. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sprach von einer Stärkung jener Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur in Europa, die Russlands Präsident Putin mit seinem brutalen Angriffskrieg zerstören wolle. „Er erreicht nur das Gegenteil von dem, was er sich erhofft hatte: Die Demokratien

werden wehrhafter, sie rücken zusammen. Der Westen, den er so verachtet, wird stärker, nicht schwächer.“ Lambrecht hob zudem hervor, dass der „europäische Fußabdruck“ in der Nato größer werde. „Europas Kraft wird größer, und die USA werden entlastet.“ Alexander Gauland (AfD) betonte, dass der Wunsch beider Länder nach größerer Sicherheit zu akzeptieren sei. „Zum Jubel besteht kein Anlass. Zu einem realpolitischen Willkommen schon.“ Die Einschätzung, dass die Ausdehnung der Nato von Russland nie akzeptiert worden und eine der Ursachen für die „krisenhafte Zuspitzung“ in Europa sei, bleibe indes richtig. Es sei wichtig, dass keine Nato-Truppen oder Atomwaffen auf dem Territorium Finnlands und Schwedens stationiert würden. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) wandte sich gegen solche „Legendenbildung“. Das „Narrativ des bedrängten Russlands“ solle nur der Bemäntelung der Unterstützung einer russischen Außenpolitik dienen, die „expansionistisch, revisionistisch und gewalttätig ist“. Den Abschied von der traditionellen Neutralität bezeichnete Lambsdorff als „dramatischen Wendepunkt“ in der Geschichte Finnlands und Schwedens. Ihr Beitritt zum Bündnis bedeute insbesondere für das Baltikum und den Ostseeraum einen enormen Sicherheitsgewinn.

Gregor Gysi (Die Linke) verwies auf die Zugeständnisse, die Schweden und Finnland gegenüber der Türkei gemacht hätten in Bezug auf die Unterstützung bestimmter kurdischer Gruppen. Der Preis, den die Nato an die Türkei zahlen müsse, sei „zu hoch“, sagte Gysi. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan werde „noch dreister werden nach seinem Erfolg“, er führe jetzt bereits „völkerrechtswidrige Kriege“ gegen die Kurden in Syrien und im Irak. Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einem „großen Gewinn für die euroatlantische Sicherheit“. Finnland und Schweden seien nicht nur militärisch sehr fähige Staaten, sondern auch eine starke Stimme in der Welt für handlungsfähige Diplomatie, für Rüstungskontrolle, für zivile Konfliktbearbeitung und eine feministische Außenpolitik. Michael Roth (SPD) wandte sich gegen die russische „Lügenpropaganda“, eine immer aggressivere Nato greife nach Osten aus, ignoriere russische Sicherheitsinteressen und stelle eine Gefahr für die Friedensordnung in Europa dar. Allerspätestens seit dem Angriff auf die Ukraine sei klar: „Es gibt in Europa nur einen Aggressor, nur ein Land, das die Friedens- und Freiheitsordnung bedroht, und das ist Russland, und das ist Putin.“ **Alexander Heinrich**



Die finnische Botschafterin Anne Sipiläinen (links) und Jenny Lennum Malmqvist, Gesandte an der schwedischen Botschaft, folgten auf der Tribüne der Debatte.

© picture-alliance/dpa



Ausreisewillige drängen sich am 21. August 2021 vor dem Flughafen in Kabul, in der Hoffnung, das Land verlassen zu können (linkes Bild). Wer es in ein Flugzeug geschafft hatte, wurde unter anderem von der Bundeswehr ins benachbarte Taschkent (Usbekistan) geflogen (Bild rechts). Allerdings gelang es nicht, alle Helfer der deutschen Behörden in Afghanistan zu evakuieren. Tausende harren auch ein Jahr später noch im Land aus. © picture-alliance/Newscom/STAFF SGT. VICTOR MANCILLA/dpa/Bundeswehr/Marc Tessensohn

Was geschah in Kabul?

BUNDESTAG Zwei Gremien sollen den Einsatz in Afghanistan und dessen chaotisches Ende aufklären

Nachdem US-Präsident Joe Biden in Juli 2021 den Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan befahl, fielen die Städte und Provinzen dort wie Domino-Steine in die Hände von Taliban-Kämpfern. Es sah aus, als ob die Truppen der Zentralregierung kaum Widerstand leisteten. Doch während die Islamisten sich Tag für Tag der Hauptstadt Kabul näherten, reagierte die damalige Bundesregierung gelassen. Der Aufmarsch der Taliban sei kein Grund für Panik, hieß es. Vor allem Kabul werde gut verteidigt und könne nicht einfach eingenommen werden. Am 14. August standen die Gotteskrieger vor den Toren der Stadt. Schon am nächsten Tag war der Kampf entschieden. Der gewählte Präsident Afghanistans, Aschraf Ghani, flüchtete ins Exil. Taliban-Kämpfer drangen ohne Widerstand in die Hauptstadt ein und eroberten seinen Amtssitz. Bereits Tage zuvor hatten sich deutsche Diplomaten an die Bundesregierung gewandt und die dramatische Sicherheitslage geschildert. Sie baten darum, die Botschaft evakuieren zu können. Aber das Auswärtige Amt zögerte. Nur aus eigener Initiative und mit Hilfe der US-Militärs konnte sich das deutsche Botschaftspersonal in den relativ sicheren Flughäfen retten, um von dort aus mit US-Militärmaschinen nach Doha (Katar) evakuiert zu werden. Währenddessen

brach in Kabul Panik aus. Mehrere Zehntausend Menschen belagerten den internationalen Flughafen, der von US-Truppen gesichert worden war. Sie wollten ausgeflogen werden. Die USA brachten in den folgenden zwei Wochen mehrere zehntausend Afghanen aus dem Land. Die Bundesregierung reagierte auch hier mit Verzögerung: Erst drei Tage nach dem Einmarsch der Taliban flog ein Transportflugzeug der Bundeswehr die ersten Deutschen ins benachbarte Usbekistan. Am Bord waren nur sieben Menschen. Deutsche, die als zivile Experten in Afghanistan eingesetzt waren, aber auch Deutsch-Afghanen, telefonierten hastig mit ihren Vorgesetzten und Familien, baten um Hilfe. Wenigen wurde tatsächlich geholfen, obwohl sich inzwischen auch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr am Flughafen Kabul befanden. Für sie war dies der gefährlichste Einsatz in den 20 Jahren des Afghanistan-Krieges. Das deutsche Publikum verfolgte im Fernsehen die Bilder aus Kabul mit Entsetzen. Niemand konnte verstehen, wie die Afghanistan-Mission, die 59 Bundeswehrosoldaten das Leben und dem deutschen Steuerzahler über 17 Milliarden Euro kostete, in einem solchen Desaster enden konnte. Klären soll das nun auf Antrag von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP (20/2352) ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Bundestag.

Ihm gehören jeweils drei Abgeordnete von SPD und CDU/CSU, zwei Abgeordnete der Grünen und der FDP sowie jeweils ein Abgeordneter von AfD und Linkspartei angeleitet wird er vom SPD-Abgeordneten Ralf Stegner (siehe Interview). Das gesamte deutsche Engagement in Afghanistan seit 2001 und die daraus resultierenden Lehren für künftige Einsätze soll außerdem eine Enquetekommission unter Leitung von Michael Müller (SPD) untersuchen (20/2570). Der Ausschuss wird zahlreiche Zeugen anhören. Dazu gehören laut Stegner sehr wahrscheinlich Mitglieder der Vorgänger-Bundesregierung: Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Ex-Außenminister Heiko Maas (SPD), die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und der damalige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU). Um die Hintergründe zu konstruieren, müssen auch die Nachrichtendienste Auskunft geben und das dürfte für den Ausschuss die schwierigste Aufgabe werden. Denn viele Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Man müsse mit Fingerspitzengefühl vorgehen und abwägen, meint Stegner. Im Gespräch mit dieser Zeitung betonen zudem viele Ausschussmitglieder, sie wollten sich bemühen, dass der Prozess möglichst transparent gestaltet werde.

Das Gremium werde chronologisch arbeiten, erklärt Ann-Veruschka Julisch (FDP). Im September würden in einem ersten Schritt die Sachverständigen-Anhörungen stattfinden, um herauszufinden, „wie sich die Lage dargestellt hat, als das Doha-Abkommen abgeschlossen wurde“. Von den USA und den Taliban im Februar 2020 in Katar unterzeichnet, sollte es den stufenweisen US-Truppenabzug einleiten und den Weg zu innerafghanischen Friedensgesprächen ebnen. Nach den Anhörungen, so Julisch, werde der Ausschuss sich ein Bild darüber machen, was wer wann gewusst und vorbereitet

oder unterlassen habe. Außerdem soll geklärt werden, wie die deutschen Behörden an den betreffenden Tagen mit den zivilen Einsatzkräften sowie den afghanischen Ortskräften umgegangen sind. „Mein primäres Ziel ist“, sagt Julisch, „dass wir in der Zukunft besser und krisenfester werden, dass so etwas nicht mehr passiert“. Dabei steht die unzureichende Evakuierung der Ortskräfte im Fokus. Die Bundesregierung hatte festgelegt, dass nur diejenigen ausgeflogen werden, die in den vorangegangenen zwei Jahren für eine deutsche Organisation tätig waren. Dabei waren auch die Ortskräfte, die schon vorher für die Deutschen gearbeitet haben, unter Taliban-Herrschaft gefährdet. Auch bei den Familienangehörigen blockierte Berlin: Nur die Kernfamilie hieß es, also Mann, Frau und minderjährige Kinder, durfte mitkommen. Dass afghanische Kernfamilien größer sind als deutsche Familien und auch die volljährigen Töchter und Söhne der Ex-Mitarbeiter keinerlei Chancen haben unter den Taliban, spielte für die deutsche Bürokratie zunächst keine Rolle. Tausende Ortskräfte und ihre Angehörigen leben daher noch heute unter schwierigsten Bedingungen in Afghanistan, viele müssen sich verstecken. Es gibt jedoch auch positive Beispiele. Bereits eine Woche nach dem Fall Kabuls brachten die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ihre Mitarbeiter in Sicherheit. Mit Hilfe des

Auswärtigen Amtes, internationaler Netzwerke und Kontakte hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Landweg nach Pakistan ausreisen können, sagt der FES-Vorsitzende und ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Dass viele Ortskräfte dieses Glück nicht hatten, sorgt bis heute für Streit zwischen den beteiligten Ministerien. Das AA habe die Namen aus den Listen anderer Ministerien einfach ohne Rückfrage gestrichen, lautet ein Vorwurf. Ein anderer richtet sich an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Es habe den Mitarbeitern der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Geld angeboten, wenn sie keinen Anspruch auf Ausreise erheben würden. Um diese und andere Fragen zu klären, hat der Untersuchungsausschuss Ralf Stegner zufolge nicht mehr als zwei Jahre Zeit. Die Arbeit müsse noch in dieser Legislaturperiode und lange genug vor der nächsten Bundestagswahl beendet werden. Eine besondere Situation begünstigt seiner Ansicht nach die Arbeit: Da keiner der politisch Verantwortlichen mehr im Amt sei, werde die Untersuchung vermutlich reibungslos verlaufen. Cem Sey



Afghaninnen fordern am 27. August 2021 in Berlin die Evakuierung von Landsleuten

FÜNF FRAGEN ZUR: AFGHANISTAN-UNTERSUCHUNG



Ralf Stegner (SPD) leitet den 1. Untersuchungsausschuss des Bundestages.

»Es wird weniger um politische Verantwortung gehen.«

Herr Stegner, was sind die Leitfragen, die der Untersuchungsausschuss zum Bundeswehrazug aus Afghanistan klären soll? Wir wollen unter anderem herausfinden, wie die Kommunikation im Vorfeld lief, wie es zu bestimmten Lageinschätzungen kam und inwiefern es Notfallpläne für eine Evakuierung gab. Außerdem geht es um das Ziel der Mission in Afghanistan. Anfangs ging es um einen Anti-Terrorkampf, dann um Statebuilding und den Aufbau ziviler Strukturen. Wie gut hat das funktioniert, wenn die afghanischen Streitkräfte am Ende gar keinen Widerstand gegen die Taliban leisteten? Das aufzuarbeiten, schulden wir denen, die wir in diesen Einsatz geschickt haben.

Vieles davon soll doch aber die Enquete-Kommission prüfen, die parallel eingesetzt wurde. Warum braucht es zwei Gremien, um Einsatz und Abzug zu untersuchen? Einen Zeitraum von 20 Jahren kann man nicht in einem Untersuchungsausschuss behan-

deln. Die Enquetekommission, mit der wir eng kooperieren werden, hat einen breiteren Ansatz. Sie soll aus den Erfahrungen des Einsatzes Schlussfolgerungen für andere Missionen ziehen. Mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas hat ein Parteikollege von Ihnen die Evakuierung maßgeblich mitverantwortet. Ständen damals personelle Konsequenzen im Raum? In dieser dramatischen Situation war jeder in erster Linie erschüttert darüber, wie diese Mission nach 20 Jahren beendet ist. Maas und alle anderen Akteure werden im Untersuchungsausschuss als Zeugen gehört werden. Aber im Kern wird es nicht um politische Verantwortung gehen, sondern darum, was schief gelaufen ist und wie wir Vergleichbares in Zukunft verhindern können.

Bis heute warten laut Bundesregierung rund 12.000 besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen trotz Aufnahmegenehmigung auf

eine Evakuierung. Warum hält die Bundesregierung ihr Schutzversprechen nicht ein? Die Menschen nachträglich, etwa über Pakistan, außer Landes zu holen, gestaltet sich sehr schwer. Damit eine solche Situation sich nicht wiederholt, müssen die Evakuierungspläne der Bundeswehr auf den Prüfstand gestellt werden. Ein Untersuchungsausschuss gilt als schärfstes Schwert der Opposition. Wie scharf kann es diesmal sein mit einer CDU/CSU, die während des Abzugs Teil der Regierung war und nun in der Opposition sitzt? Das ist genau der Grund, warum dieses Gremium diesmal kein Kampfinstrument sein wird. AfD und Linkspartei mögen das anders sehen, aber ich gehe davon aus, dass wir Fraktionen an einem Strang ziehen und alle etwas lernen wollen. Die Union und die Ampelfraktionen sind jedenfalls willens, ihren Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Das Interview führte Johanna Metz.

Startschuss für Beweisaufnahme

KONSTITUIERUNG Ja zu Untersuchungsausschuss und Enquetekommission

Der 1. Untersuchungsausschuss des Bundestages in der 20. Wahlperiode kann seine Arbeit aufnehmen. Das zwölfköpfige Gremium, das den Abzug deutscher Streitkräfte aus Afghanistan und die Umstände der militärischen Evakuierungsaktion aus Kabul im August 2021 aufarbeiten soll, konstituierte sich am vergangenen Freitag unter Leitung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Zum Vorsitzenden bestimmte das Gremium den SPD-Abgeordneten Ralf Stegner. Zuvor hatte der Bundestag einem entsprechenden Antrag (20/2352) von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zugestimmt. Die AfD votierte gegen die Einsetzung. Die Linke enthielt sich. Mit der Mehrheit aller übrigen Stimmen lehnte das Plenum einen AfD-Antrag (20/1867) ab, in dem die Fraktion sich die Linksfraktion für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausgesprochen hatte, der das deutsche Engagement in Afghanistan zwischen 2001 und 2021 aufarbeiten soll. Die Sinnhaftigkeit des gesamten Afghanistan-Einsatzes müsse überprüft werden, argumentierten die Abgeordneten, nicht nur der überstürzte Abzug.

Grundlagen Das Untersuchungsrecht des Bundestages ist in Artikel 44 Grundgesetz (GG) geregelt und ermöglicht es dem Parlament, unabhängig von anderen Staatsorganen und mit hoheitlichen Mitteln alle Sachverhalte zu prüfen, die es in Erfüllung seines Verfassungsauftrags für aufklärungsbedürftig hält. Das betrifft insbesondere Vorgänge, die in den Verantwortungsbereich der Regierung fallen und die auf Missstände hinweisen. Untersuchungsausschüsse sind damit vor allem ein wichtiges Instrument der Opposition, da die parlamentarische Minderheit in gleicher Weise wie die Ausschussmehrheit an der Untersuchung mitwirkt. Der Bundestag muss das Gremium einsetzen, wenn dies mindestens ein Viertel der Abgeordneten beantragt. Die Befugnisse gleichen dem eines Gerichts. Es kann zur Beweiserhebung unter anderem staatliche Akten anfordern und

Mitglieder der Bundesregierung und der Bundesverwaltung befragen. Das erfolgt grundsätzlich öffentlich, wobei damit die Saalöffentlichkeit gemeint ist. Ton- und Filmaufnahmen sowie Übertragungen sind in der Regel nicht zugelassen. Das Ergebnis der Untersuchung wird in einem Abschlussbericht zusammengefasst. Kommt der Untersuchungsausschuss nicht zu einem einvernehmlichen Bericht, kann die Minderheit ihre Sicht in einem Sonderprotokoll darstellen. Der Untersuchungsauftrag des 1. Untersuchungsausschusses in dieser Wahlperiode umfasst 38 Punkte. So sollen die Abgeordneten unter anderem klären, wie Bundesministerien, Bundesbehörden und Nachrichtendienste im Sommer 2021 die Sicherheitslage in Afghanistan beurteilt haben und wie sie ihre Informationen ausgetauscht haben. Es sollen die Zuständigkeiten beim Abzug und bei der Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personenkreise geklärt werden. Abschlussbericht Sowohl der Untersuchungsausschuss als auch die Enquetekommission sollen ihre Ergebnisse spätestens nach der parlamentarischen Sommerpause 2024 vorlegen. Die Eile beruht auf dem Grundsatz der Diskontinuität: Untersuchungsausschüsse verlieren mit dem Ende der Wahlperiode ihre Aufgabe und Existenzberechtigung. Johanna Metz

AUFGEKEHRT

Politische Hochzeiten

Das es den Deutschen an einem Klatsch & Tratsch-Adel fehlt, das ist vergangene Woche einmal mehr deutlich geworden. Wie sonst lässt es sich erklären, dass es in den Medien und Sozialen Medien ein gesteigertes Interesse an der Hochzeit eines Finanzministers gab? Das ist ein Herr, dessen Tagwerk, grob gesagt, aktuell darin besteht, den Taschenrechner rauszuholen, Zahlen zu summieren und zu hoffen, dass das tiefrote Ergebnis am Ende nicht zu groß ist und die Banken noch Kredite geben. Das sind zwar Fähigkeiten, die auch für eine Hochzeit auf Sylt nicht schlecht sind, aber Glamour geht anders. Christian Lindner ist eben kein Prinz William, kein Prinz Harry, ja nicht einmal ein Prinz Charles! Man muss ja nicht gleich, wie es Bundesjustizminister Marco Buschmann auf Twitter tat, jenen, die diskutierten, ob eine solche Hochzeit gerade in diesen Zeiten angemessen ist, die Suche nach einem Therapeuten empfehlen – aber nach einem Hobby könnten sie sich schon umgucken. Das heißt natürlich nicht, dass Hochzeiten unpolitisch sind – womit wir bei Boris Johnson wären. Der aus dem Amt gedrängte Ex-Parteichef und Noch-Premierminister klebt trotz Dutzender Rücktritte in seiner Regierungsmannschaft erstaunlich fest an seinem Regierungssamt. Bis zum Herbst will er noch in der Downing Street Nr. 10 residieren, kündigte er trotz an, warum er das ohne Rückhalt seiner Partei machen will? Britische Medien haben eine Vermutung: Am 30. Juli will der Premier seine Hochzeit nachfeiern, die während Corona etwas kleiner ausfallen musste. Eingeladen wird nach Chequers, dem offiziellen Landsitz des britischen Premierministers. Ohne Amt könnte der Premier dann kurz vor knapp ohne Location dastehen und hätte dann wirklich nichts mehr zu feiern. *Sören C. Reimer*

VOR 20 JAHREN...

Ein Ende auf Raten

18.7.2002: Minister Scharping stolpert über Honorar-Affäre. Schon seit Monaten stand Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) in der Kritik. Umstrittene Flüge mit der Flugbereitschaft, Fotos im Pool mit seiner neuen Lebensgefährtin auf Mallorca, offenbar



Am 18. Juli 2002 spricht Scharping ein letztes Mal als Verteidigungsminister.

unabgesprochene Äußerungen über die deutsche Rolle im Anti-Terror-Kampf. Doch zu seiner Abberufung als Minister führten Honorarzählungen einer PR-Agentur. Am 18. Juli 2002 entließ Gerhard Schröder (SPD) Scharping, nur neun Wochen vor der Bundestagswahl – so kurz vor einer Wahl, hatte noch nie ein Minister das Feld räumen müssen. „Die notwendige Basis für eine gute Zusammenarbeit in der Bundesregierung ist nicht mehr gegeben“, erklärte der Kanzler. Verschiedene Medien hatten berichtet, dass Scharping 140.000 D-Mark von der Hunzinger Information AG angenommen habe, davon 60.000 D-Mark nach Amtsantritt als Verteidigungsminister. Dem PR-Unternehmer Moritz Hunzinger, CDU-Mitglied, habe er sogar die Vollmacht über ein Wertpapier- und Kontokorrentkonto erteilt. Scharping selbst betonte Zahlung und Annahme der Honorare, betonte jedoch, er habe die Honoraransprüche bereits vor seiner Zeit als Minister erworben und die Einkünfte „ordentlich dem Finanzamt erklärt und versteuert“. Weiter sagte er, er sehe Anzeichen für eine „gezielte Kampagne“. Unterstützer meinten, Scharping sei ein Bauernopfer, seine Gegner – auch innerhalb der SPD – bezeichneten den Schritt als längst überfällig. Letztlich war die Hunzinger-Affäre wohl nur der letzte Auslöser, der Schröder zum Handeln zwang: Vor allem in der Militärführung hatte der Verteidigungsminister aufgrund der vielen Schlagzeilen an Ansehen eingebüßt. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: »WORK4GERMANY« IM BUNDESTAG



Innovationsdesignerin Sigrid Ackermann (mitte) leitet im Zuge des „work4Germany“-Fellowship-Programms vergangenen Donnerstag im Bundestag einen Workshop zum Ideenmanagement. Ziel war es, die nächsten Schritte für eine neue Unternehmens- und Führungskultur in der Bundestagsverwaltung anzugehen.

Für eine neue Arbeitskultur in der Verwaltung

Einer neuen Unternehmens- und Führungskultur in der Bundestagsverwaltung den Weg bahnen und das Ideenmanagement des Hauses auf eine neue Stufe heben: Das sind die Ziele der Vorkämpferinnen für eine moderne Verwaltung, die am vergangenen Donnerstag im Bundestag zu einem Workshop zusammenkamen. Während des ganztägigen Seminars zogen sie eine erste Zwischenbilanz ihrer Arbeit und verständigten sich über Prioritäten und die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung. „Feuer und Flamme“ für das Projekt sei sie nach zwei Monaten der Zusammenarbeit mit ihren Mitstreiterinnen aus der Bundestagsverwaltung, sagte Sigrid Ackermann. Sie ist Innovationsberaterin und Service Designerin. Als Fellow im Rahmen des „work4Germany“-Fellowship-Programms des Bundes arbeitet sie für ein halbes Jahr mit Mitarbeitern und Führungskräften der Parlamentsverwaltung zusammen, die sich im hausinternen Ideenmanagement en-

gagieren. Konkret geht es bei ihrer Arbeit darum, eine für Veränderungen und Verbesserungen offene Arbeitskultur zu schaffen und „agile und nutzerzentrierte Arbeitsmethoden in die Verwaltung zu tragen“. Dies sei für sie kein Auftrag wie jeder andere, unterstreicht Ackermann. In einem breiten Prozess, der auch Interviews mit Mitarbeitern umfasste, die in der Vergangenheit bereits „Ideengeber“ gewesen seien, habe man zunächst 130 Vorschläge für Verfahrensänderungen gesammelt und diese auf ihre Wirksamkeit und Machbarkeit abgeklöpft. Wie gelangen Verbesserungsvorschläge an die richtige Stelle? Wer muss wie schnell darauf reagieren? Was passiert, wenn Vorschläge mit Kosten verbunden sind? Wer bewertet und entscheidet, ob ein Vorschlag umgesetzt wird? Wie können wegweisende Ideen prämiert werden? Das waren nur einige der Fragenkomplexe des Workshops, zu denen bald zahlreiche bunte Ideen-Karten die Wand bedeckten. Wenn sich auch nur einige der ausge-

wählten Vorhaben realisieren ließen, „fände ich das eine schöne Sache für die Kultur in diesem Haus“, sagte die Vorsitzende des Ideenmanagements Jana Leichsenring, koordinierende Referentin der Unterabteilungsleitung Bau und Logistik. Das im Bundestag seit fast 20 Jahren bestehende Ideenmanagement sei „ein tolles Instrument für eine Verwaltung, ein Ausdruck der Wertschätzung der 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Man wolle dafür den Prozess vereinfachen und sicherstellen, dass die Mitarbeiter ihre Ideen „in guten Händen wissen“. „Ich habe Hoffnung, dass wir damit weit kommen können“, restimierte Claudia Bültner, Referatsleiterin des Referats für Organisation, am Ende des Workshops. Sie ist die Initiatorin des Fellowship-Programms im Bundestag und interne Tandempartnerin von Ackermann. Als nächstes wollen die Game Changer aus den nun sortierten und priorisierten Ideen ein Konzept für ein neues Ideenmanagement erarbeiten. *Lucas Lypp*

LESERPOST

Zur Ausgabe 26-27 vom 27. Juni 2022, „Macron sucht die Mehrheit“ auf Seite 10:

„Das Parlament“ zeigt den historischen Händedruck zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der Oppositionsführerin Marine Le Pen. Demokratisches Frankreich! Kann man sich in Deutschland einen Händedruck des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers mit Alice Weidel vorstellen? Und glaubt wirklich jemand, Rassemblement National sei weniger radikal als die AfD?

Rolf Schikorr, per E-Mail

Zur Ausgabe 26-27 vom 27. Juni 2022, „Wir haben eine Gaskrise“ und „Streitpunkt Abstandsregeln“ auf Seite 7:

Zu der derzeitigen Energiekrise wäre es ohne den unsinnigen Atomausstieg niemals gekommen. Leider fahren Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aber eine andere Linie: Sie wollen den Ausbau der Windkraft um jeden Preis vorantreiben. Es ist ihnen egal, wie viel Unmut in der Bevölkerung auf dem Land über diesen Entschluss herrscht. Die unsinnig teure Energiewende ist verantwortlich für astronomische Endverbraucherpreise. Werden unsere Politiker irgendwann zugeben, dass hier zu viele Fehlentscheidungen getroffen wurden? Ich fürchte, sie haben nicht den Mut dazu.

Toni Vollmer, Bonn

Zur Energiepolitik der Bundesregierung: Der Wegfall der EEG-Umlage ist eine gute Sache: In Krisenzeiten mit einer Pandemie, dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und einer Rekordinflation ist sie zwar eine wirksame Waffe, um der Bevölkerung - besonders den von Armut betroffenen Menschen - zu helfen, man hätte aber noch effektiver handeln können, wie ein Blick über den Tellerrand zeigt: Spanien hat ambitioniert für seine Bürgerinnen und Bürger die Mehrwertsteuer gesenkt. Das kommt sofort bei den Menschen im Geldbeutel an, nicht wie bei uns erst gegen Ende des Jahres. Die Bundesregierung muss zukünftig mit noch mehr sozialer Souveränität handeln und die essenziellen Strippen ziehen, um der ärmeren Bevölkerung im Land noch bes-

ser zu helfen! Es ist noch viel zu tun, packen wir es ambitioniert an!
Ursula Reichert, Hanau

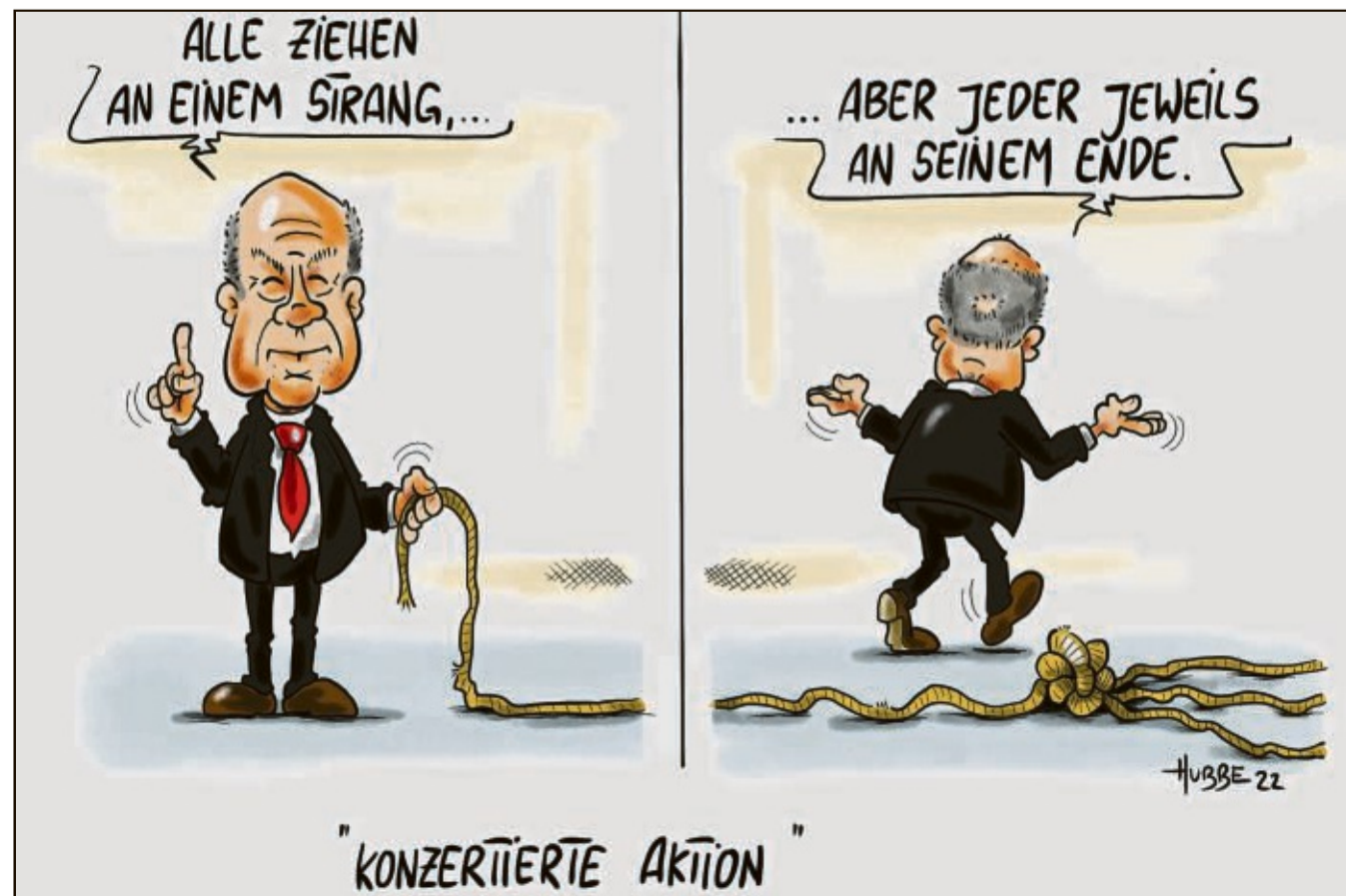
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 25. Juli.

SEITENBLICKE



Bangemann verstorben

GEDENKEN Am 28. Juni starb der frühere Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann mit 87 Jahren. Aus der deutschen Politik hatte er sich schon 1988 verabschiedet. 1963 der FDP beigetreten, war er 1970/71 Mitverfasser der „Freiburger Thesen“. An der Spitze der Bundespartei stand er als Nachfolger Hans-Dietrich Genschers von 1985 bis 1988. Bereits 1984 hatte Bundeskanzler Kohl den Liberalen zum Bundeswirtschaftsminister berufen. 1988 trat er zurück. 1989 wechselte er nach Brüssel, wurde EU-Kommissar für den Binnenmarkt sowie von 1993 bis 1999 auch für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation. Sein rascher Wechsel in jene Branche, die er zuvor zu beaufsichtigen hatte, warf einen Schatten auf ihn. Bundesfinanzminister Christian Lindner würdigte ihn als „leidenschaftlichen Liberalen“ und „großen Europäer“. *bmh*



PERSONALIA

>Martina Bunge †
Bundestagsabgeordnete 2005-2013, Die Linke

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Martina Bunge am 1. Mai im Alter von 70 Jahren. Die Sozialwissenschaftlerin aus Rostock wurde 1980 SED-, 1990 PDS- und 2007 Mitglied der Linken. Von 1998 bis 2005 war sie Abgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern und amtierte von 1998 bis 2002 als Sozialministerin. Bunge engagierte sich im Gesundheitsausschuss, an dessen Spitze sie von 2005 bis 2009 stand.

>Helga Lopez †
Bundestagsabgeordnete 2005-2009, SPD

Am 12. Juni starb Helga Lopez im Alter von 69 Jahren. Die Finanzwirtin aus Biebertal/Kreis Gießen trat 1972 der SPD bei, gehörte seit 1985 dem dortigen Gemeinderat an und war Kreistagsabgeordnete. Von 2000 bis 2005 amtierte sie als Bürgermeisterin von Biebertal. Lopez wirkte im Familien- sowie im Rechtsausschuss mit.

>Margot von Renesse †
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 17. Juni starb Margot von Renesse im Alter von 82 Jahren. Die Familienrichterin aus Bochum, SPD-Mitglied seit 1969, wirkte im Rechtsausschuss mit, war von 2000 bis 2002 Vorsitzende der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ und gehörte seit 1995 dem Richterwahlausschuss an. Renesse war maßgebliche Wegbereiterin des Lebenspartnerschaftsgesetzes von 2001.

>Andreas von Bülow
Bundestagsabgeordneter 1969-1994, SPD

Am 17. Juli vollendet Andreas von Bülow sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Balingen schloss sich 1960 der SPD an und war von 1968 bis 1975 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Bülow amtierte von 1976 bis 1980 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und von 1980 bis 1982 als Bundesforschungsminister. In seiner Amtszeit förderte er vor allem den Einsatz der Mikroelektronik.

>Hedda von Wedel
Bundestagsabgeordnete 1990-1993, CDU

Hedda von Wedel begeht am 18. Juli ihren 80. Geburtstag. Die Juristin, CDU-Mitglied seit 1972, gehörte dem Landwirtschaftsausschuss an. Von 1993 bis 2001 amtierte sie als Präsidentin des Bundesrechnungshofs und war bis 2007 Mitglied des Europäischen Rechnungshofs.

>Winfried Herrmann
Bundestagsabgeordneter 1998-2011, Bündnis 90/Die Grünen

Am 19. Juli wird Winfried Herrmann 70 Jahre alt. Der Fachbereichsleiter aus Stuttgart trat 1982 den Grünen bei und stand von 1992 bis 1997 an der Spitze des Landesverbands Baden-Württemberg. Im Bundestag war er von 2009 bis 2011 Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Herrmann, bereits von 1984 bis 1988 Mitglied des Landtags in Stuttgart, gehört dem dortigen Parlament wieder seit 2011 an und ist seit 2016 Verkehrsminister.

>Otto Schily
Bundestagsabgeordneter 1983-1986, 1987-1989, Die Grünen, 1990-2009, SPD

Otto Schily begeht am 20. Juli seinen 90. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Berlin gehörte 1980 zum Gründerkreis der Bundespartei „Die Grünen“. Ende 1989 trat der Wortführer des realpolitischen Flügels zur SPD über. Von 1994 bis 1998 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und danach bis November 2005 Bundesinnenminister. In seiner Amtszeit setzte er sich für eine verschärfte Sicherheits- und Überwachungs politik ein und verlangte größeren Einfluss des Bundes. Als Alterspräsident leitete er die Konstituierenden Sitzungen des 15. und 16. Deutschen Bundestags.

>Martin Patzelt
Bundestagsabgeordneter 2013-2021, CDU

Am 23. Juli wird Martin Patzelt 75 Jahre alt. Der Diplom-Sozialpädagoge aus Briesen/Kreis Oder-Spree arbeitete 1989 im Neuen Forum sowie im Demokratischen Aufbruch mit und trat 1990 der CDU bei. Von 1994 bis 2002 war er Beigeordneter in Frankfurt/Oder und danach bis 2010 Oberbürgermeister. Patzelt wirkte im Ausschuss für humanitäre Hilfe sowie im Familienausschuss mit.

>Peter Bleser
Bundestagsabgeordneter 1990-2021, CDU

Am 23. Juli wird Peter Bleser 70 Jahre alt. Der Landwirtschaftsminister aus Brachtendorf/Kreis Cochem-Zell schloss sich 1970 der CDU an und stand von 1992 bis 2006 an der Spitze des dortigen CDU-Kreisverbands. Seit 1979 ist er Mitglied des Kreistags Cochem-Zell. Bleser engagierte sich im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Landwirtschaftsausschuss. Von 2011 bis 2018 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister. *bmh*

Friedrich Merz, CDU:

Die deutsche Wirtschaft verliert international beständig an Wert



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Unser Land steuert möglicherweise auf die schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um mit der Bundesregierung über die Folgen und über politische Schlussfolgerungen daraus zu diskutieren. Auf der Regierungsbank sitzt nicht ein einziges Mitglied der Bundesregierung, und auch der Bundeskanzler hält es nicht für nötig, an dieser Diskussion teilzunehmen. Ich will hier einmal feststellen: Das ist eine wirklich grobe Missachtung des Deutschen Bundestages, und das dokumentiert zugleich ein wirklich atemberaubendes Desinteresse an den Sorgen der Menschen in unserem Land. Das ist unfassbar.

Wir sehen im Augenblick alle Vorzeichen für diese ernsthafte Wirtschaftskrise. Lassen Sie mich nur einige wenige nennen: Neben der Energieversorgung, die uns noch an anderer Stelle in dieser Woche beschäftigen wird, haben wir zurzeit die höchste Inflationsrate seit 30 Jahren. Wir sehen eine Handelsbilanz, die für Deutschland immer positiv war mit großen Handelsbilanzüber-

schüssen, erstmalig in der Geschichte der letzten Jahrzehnte ins Negative kippen mit der Folge, dass wir in Deutschland mehr Importe haben werden als Exporte.

te. So etwas hat es lange nicht gegeben.

Der Euro verliert beständig an Wert – wir liegen mittlerweile auf einem Tiefpunkt gegenüber dem US-Dollar –, und dies hat etwas mit Wirtschaftspolitik, mit Finanzpolitik, mit Währungspolitik der letzten Jahre zu tun, was auch diese Bundesregierung heute zu verantworten hat, meine Damen und Herren.

Ferner beklagen wir einen hohen Facharbeitermangel in Deutschland, und die deutsche Wirtschaft verliert international zugleich beständig an Wert und Wettbewerbsfähigkeit. – So, und jetzt habe ich genau auf diesen Zwischenruf gewartet, meine Damen und Herren. Das ist ja das Mantra, das vermutlich auch alle nachfolgenden Redner hier zum Ausdruck bringen werden. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur zwei sehr konkrete Punkte sagen:

Erstens. Es war ein schwerer arbeitsmarktpolitischer Fehler Ihrer Koalition, auf die letzten Elemente der großen Arbeitsmarktreformen der 80er- und 90er-Jahre bis hin zu denen der Regierung von Gerhard Schröder zu verzichten. Dass Sie das Prinzip „Fördern und Fordern“ aufgegeben haben und nur noch fördern und nicht mehr fordern, zeigen die Arbeitsmarktdaten, die wir hier vor uns liegen haben. Wir haben in Deutschland 2,4 Millionen Arbeitslose. Wir haben immer noch 260 000 Menschen in Kurzarbeit, und Sie in dieser Koalition sind nicht in der Lage, den Facharbeitermangel zu beheben. Das ist Ihre Verantwortung und hat mit 16 Jahren vorher rein gar nichts zu tun.

Ich nenne Ihnen einen zweiten Grund. Wir diskutieren in Deutschland seit Jahren über eine notwendige große Unternehmensteuerreform. In diesen Tagen konnten wir lesen, dass unter den 100 größten Unternehmen der Welt kein ein-

ziges deutsches Unternehmen mehr vertreten ist. Sie auf der linken Seite dieses Hauses sind von Sachverständigen, von Fachleuten aus den Unternehmen selbst seit Jahren auf die Gefahren hingewiesen worden, die insbesondere mit unserer Arbeitsmarktpolitik und die insbesondere mit der Steuerpolitik dieses Landes verbunden sind. Sie haben es hartnäckig ignoriert. Sie weigern sich bis zum heutigen Tag, dem Gedanken nahezutreten, den Solidaritätszuschlag auch für die Kapital-

Jens Peick, SPD:

Herr Merz, ich bin froh, dass Ihren Worten keine Taten folgen



Jens Peick (*1981)
Wahlkreis Dortmund I

Sehr geehrter Herr Merz, lassen Sie uns da beginnen, wo wir uns einig sind, und das ist die Problemanalyse. Das Leben der Menschen in diesem Land wird spürbar teurer, ob an der Supermarktkasse, an der Zapfsäule oder bei den Wohnnebenkosten. Die Menschen müssen aufgrund von Corona, von Lieferengpässen und wegen des Krieges in der Ukraine den Gürtel enger schnallen, teilweise in dramatischen Ausmaßen. Nach einer INSA-Umfrage vom letzten Monat lässt jetzt schon jeder Sechste wegen der Inflation eine Mahlzeit ausfallen, weil Lebensmittel zu teuer sind, und – so ehrlich muss man sein

gesellschaften und für die Personengesellschaften aufzugeben. Das sind allein 10 Milliarden Euro jährliche Zusatzbelastung für deutsche Unternehmen und damit für Arbeitsplätze in Deutschland – jedes Jahr!

Sie weigern sich hartnäckig in dieser Koalition, über eine Unternehmensteuerreform nachzudenken. Wir sind ein Hochsteuerland. Wir sind ein Land mit hohen Bürokratiekosten. Wir sind ein Land mit sehr hohen Sozialkosten. Das ist alles in Ordnung; aber jetzt droht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen endgültig verloren zu gehen. Sie haben keine Antworten auf diese Fragen. Sie machen eine Konzentrierte Aktion mit dem Bundeskanzler, die genauso ausgehen wird wie die letzten Konzentrierten Aktionen: Sie dauern

Jahre, sie sind endlose Gesprächsrunden, sie sind ein Alibi dafür, dass Sie keine Reformen in diesem Lande durchsetzen wollen, und Sie werden in wenigen Jahren – spätestens – mit der bitteren Wahrheit konfrontiert sein, dass diese unterlassenen Reformen und Veränderungen dieses Jahres nicht durch runde Tische zu beiseitigen sind, sondern nur durch aktives Handeln in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik. Dieser Befund heute ist Ihre Herausforderung, und wenn es so bleibt, meine Damen und Herren, dann ist es allein Ihre Verantwortung, die Sie dafür in Deutschland zu tragen haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

– diese Lage kann sich in den nächsten Monaten auch noch deutlich verschärfen. Eines muss man sagen – Herr Merz, da gehen unsere Einschätzungen auseinander –: Genau deshalb handeln wir.

Wir haben sehr viel getan durch Entlastungspakete, um kurzfristig und schnell den Druck von den Menschen zu nehmen. Wir haben die EEG-Umlage Anfang dieses Monats abgeschafft, damit Strom bezahlbarer wird. Wir haben einen Kinderbonus von 100 Euro auf den Weg gebracht, der diesen Monat noch ausgezahlt wird. Wir haben alle Beschäftigten mit einer Energiepreispauschale von 300 Euro unterstützt und das 9-Euro-Ticket ermöglicht für günstige Mobilität von A nach B.

Das alles wird einen durchschnittlichen Haushalt in diesem Land um circa 1 000 Euro entlasten. Wir wissen aber alle – so gut und richtig das ist –: Das ist keine Dauerlösung. Es wird bei gleichbleibend hoher Inflation nicht verhindern können, dass es eine soziale Spaltung in diesem Land gibt. Deswegen brauchen wir, so richtig diese Sofortmaßnahmen auch sind, andauernde und nachhaltige Antworten ergänzend zu dem, was wir schon getan haben.

Dafür, liebe CDU/CSU, müssen wir uns Zeit nehmen – auch das ist richtig –; denn was bei Schnellschüssen passiert, haben wir letztes Jahr in der Coronazeit beim Oster-Lockdown gesehen: in der Nacht beschlossen, am nächsten Tag zurückgenommen. Das darf in dieser schwierigen Zeit nicht passieren.

Deshalb ist es richtig, dass Olaf Scholz sich jetzt Zeit für nachhaltige und längerfristige Lösungen – und zwar ergänzend zu den Sofortmaßnahmen – nimmt und dazu die Konzentrierte Aktion ins Leben gerufen hat, wie es vor ihm der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller 1967 in einer ähnlichen Krise getan hat, damals wie heute mit zwei wichtigen Zielen: Preisstabilität auf der

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

einen Seite und sichere Arbeitsplätze auf der anderen. Karl Schiller hat diese Konzertierte Aktion damals „Tisch der gesellschaftlichen Vernunft“ genannt. An diesen Tisch hat Olaf Scholz jetzt Gewerkschaften und Unternehmen gebracht. An diesem Tisch werden unterschiedliche Interessen ausgeglichen und gemeinsam Maßnahmen zur Bewältigung der Krise entwickelt.

Gemeinsam Arbeitsmarkt und Wirtschaft stabil zu halten, das ist das Gebot der Stunde. Wir brauchen das Konzert der Einheit von Wirtschaft und Arbeit, die Konzertierte Aktion, um die Inflation effektiv und nachhaltig zu bekämpfen. Dafür haben wir auch wichtige arbeitsmarktpolitische

Instrumente ergriffen. Wir können nicht oft genug sagen, dass wir die Kurzarbeit auf den Weg gebracht haben, die von Ihrer Seite kritisiert wurde. Und wenn Sie sagen, wir hätten „Fördern und Fordern“ aufgegeben, zeigt das nur, dass Sie eben nicht wissen, wie man gesellschaftlichen Zusammenhalt erzeugt: indem man die Menschen zusammenbringt.

Aktuell diskutieren wir über drei Krisenfaktoren: die Lohn-Preis-Spirale, die Kosten-Preis-Spirale und die Gewinn-Preis-Spi-

rale. Die letztere, die Gewinn-Preis-Spirale, haben wir erlebt: wenn die Spritpreise steigen, nur weil Unternehmen Gewinne machen können. Die Kosten-Preis-Spirale erleben wir durch die Lieferengpässe und wenn Unternehmen die höheren Preise für Importe an die Kunden weitergeben.

Aber an dieser Stelle möchte ich auch eins ganz deutlich sagen, damit das vorweg klar ist: Die Lohn-Preis-Spirale sehen wir nicht und haben wir auch nicht gesehen. Höhere Löhne und bes-

sere Tarifabschlüsse sind nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung.

Und jetzt noch ein Wort zum knackigen Titel Ihrer Aktuellen Stunde „Worten müssen Taten folgen“. Ich bin an vielen Stellen froh, dass Ihren Worten keine Taten folgen. Herr Merz, Sie ganz persönlich haben schon vor einigen Monaten einen Stopp von Gaslieferungen über Nord Stream 1 gefordert. Hätten wir das damals gemacht, dann wären wir jetzt bis zum Hals in einer ganz anderen Wirtschaftskrise; die Probleme wären viel größer.

Diese oppositionellen Tanzschritte sind dem Ernst der Lage nicht angemessen. Ich bin überzeugt davon, dass Olaf Scholz mit

der Konzertierte Aktion, gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen, bis zum Herbst die Maßnahmen entwickelt, die uns aus der Krise bringen. Und ich bin auch heilfroh, dass wir einen Kanzler haben, der ganz klar dem Maßstab folgt: erst nachdenken, dann handeln.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Was war denn das?)

[Im Anschluss an die Rede erfolgte auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion ein Hammelsprung, um den Bundeskanzler Olaf Scholz herbeizuzitieren. Dieser blieb jedoch ohne Erfolg.]

Enrico Komning, AfD.

Deutschland steckt in einer fundamentalen Krise



Enrico Komning (*1968)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Nach dem Hammelsprung folgte die Flucht der Abgeordneten aus dem Plenarsaal; dabei wird meine Rede gar nicht so uninteressant. Aber es hatte was für sich: Das war der erste Hammelsprung in dieser Legislatur. Für die neuen Abgeordneten war es etwas Neues, und für die Besucher auf der Tribüne war es sicher auch ganz interessant. Auch ich hätte mir gewünscht, dass der Bundeskanzler da ist; denn – insofern bin ich der Union dankbar – die Aktuelle Stunde gibt Anlass zu einer Generalabrechnung. Wenngleich, liebe Kollegen von der Union: Was eine Zeitenwende nicht vollbringen kann, wird auch keine Aktuelle Stunde schaffen.

Herr abwesender Bundeskanzler, wir erleben eine Zeitenwende, und die erfordert entschlossenes Handeln. Dazu gehört aber zuallererst eine ehrliche Analyse der Ursachen der Krise.

Ohne verkommt Ihre, Herr abwesender Bundeskanzler, Konzertierte Aktion zu einem belanglosen Kaffeekränzchen mit alten Genossen.

Deutschland steckt in einer fundamentalen Krise. Die Kassen sind leer, den Menschen schmilzt angesichts der gegenwärtigen Inflation das Geld in den Händen weg. Die Steuer- und Abgabenlast wird schier unerträglich, und im kommenden Herbst müssen wir uns alle auf kalte Duschen, Stromsperren und kaum noch beheizbare Wohnungen einstellen. Die Ursachen, Herr abwesender Bundeskanzler, sind nicht der Ukrainekrieg und Corona. Die Ursachen der Krise sind Ihre hemmungslose Schuldenpolitik, Ihre Energiewende, die schamlose Gelddruckmaschine EZB und nicht zuletzt Ihre Corona-Bazooka, deren Kollateralschäden jetzt für alle sichtbar werden. Wenn schon eine Konzertierte Aktion, dann brauchen wir eine der Maßnahmen und nicht eine Konzertierte Aktion von Kaffeeschlürfern. Kehren Sie zur

Steigen Sie ein in Erforschung und Entwicklung moderner Kernkrafttechnologien.

Haushaltsdisziplin zurück! Beenden Sie Ihre Umverteilungsgorgien, die aus Leistungsträgern schuldenfinanzierte Leistungsempfänger machen! Verschieben Sie die Erhöhung des Mindestlohns! Entlasten Sie Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmer vom inflationsbedingt dramatischen Aufwuchs von Steuern, und speisen Sie sie nicht mit halbgaaren, kaum wirksa-

men Energieentlastungspaketen ab! Machen Sie aus dem Haushalt einen Investitionshaushalt! Schaffen Sie endlich vernünftige Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum beim Mittelstand! Wir brauchen wieder mehr wertschöpfende Leistungsträger und weniger Selbstverwirklicher auf Egotrip. Das ist das beste Rezept gegen eine galoppierende Inflation.

Beenden Sie endlich diese vollkommen nutzlose, monströs teure, umweltzerstörende und am Ende rein ideologiegetriebene Energiewende! Stoppen Sie den Kohle- und Kernkraftausstieg, meine Damen und Herren! Steigen Sie ein in Erforschung und

Verabschieden Sie sich von Ihren willkürlich festgelegten, illusorischen Klimazielen.

Entwicklung moderner Kernkrafttechnologien! Nur so kann der Energiekrise, in die Sie uns hineingetrieben haben, begegnet werden. Machen Sie Energie endlich wieder sicher und bezahlbar. Verabschieden Sie sich von Ihren willkürlich festgelegten, vollkommen illusorischen Klimazielen! Stoppen Sie die Deindustrialisierung Deutschlands! Lassen Sie den Wettbewerb unterschiedlichster Mobilitätskonzepte wieder zu!

Herr Bundeskanzler, stellen Sie unser Land wieder auf demokratische Füße, indem der Bundestag tatsächlich und nicht nur symbolisch wieder die Entscheidungen mit Mehrheit trifft und nicht irgendwelche Kanzler-Ministerpräsidenten-Klüngelrunden, Brüsseler

Hinterzimmer oder Gesundheitsminister mittels Notverordnungsmaßnahmen! Und wenn schon Klüngelrunden, dann überzeugen Sie die Entscheidungsträger der EZB davon, dass die Zeiten

des hemmungslosen Gelddrucks endlich vorbei sein müssen!

Beenden Sie Ihre gesellschaftliche Spaltung! Stellen Sie Ihre Hetzjagd auf Andersdenkende ein! Unterbinden Sie den Krieg Ihrer Jugendorganisation gegen Meinungsvielfalt an Schulen und Universitäten, und lassen Sie die öffentlich-rechtlichen Medien aus Ihrem Zensurwürgegriff!

Verschonen Sie unser Land endlich mit Ihrem elenden zeit-, geld- und ressourcenverschwendenden Geschlechterkampf! Bekämpfen Sie mit uns dieses unsägliche Gender-Gaga, was insbesondere bei Kindern und Jugendlichen dem Missbrauch nahekommt.

Herr abwesender Bundeskanzler, Wokeness und Cancel Culture gehören nicht zu Deutschland. Wir haben in Deutschland ernsthafte Probleme und brauchen dafür ernsthafte Menschen auf der Regierungsbank. Für eine konzertierte Aktion – zur Beendigung des rot-grünen Gesellschaftsexperiments hätten Sie unsere volle Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Bundeskanzler Olaf Scholz befand sich während der Aktuellen Stunde nicht im Plenarsaal. Der Versuch der Union, ihn per Hammelsprung herbeizuzitieren, scheiterte.

© picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka

Andreas Audretsch, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir haben einen Angebotschock bei fossilen Energien



Andreas Audretsch (*1984)
Landesliste Berlin

Lieber Herr Merz, was für ein absurdes Theater, das Sie hier spielen! Im Auswärtigen Ausschuss und im Verteidigungsausschuss geht es im Moment um den Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO. Dort machen wir ernsthafte Politik. Und was machen Sie? Sie machen nichts anderes als Klamauk im Hohen Haus. Ehrlich gesagt: Das ist einem Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion nicht angemessen.

Und ich will Sie noch etwas fragen: Warum sollte der Bundeskanzler anwesend sein, wenn Sie hier am Rednerpult – und damit bin ich bei den Inhalten, die Sie vorhin vorgetragen haben – einen völligen Realitätsverlust erleiden?

Kein Wort zum Krieg, nichts zur aktuellen Situation, kein Wort zu den Lieferketten, kein Wort zu den Gaspreisen, die mit Putin zusammenhängen! Nichts zu alledem haben Sie gesagt. Das Einzige, was Sie hier getan haben, ist, Ihre Motte aus den 90er-Jahren wieder rauszuholen und die alten, verstaubten Instrumente durch den Raum zu schmeißen, statt etwas zu den aktuellen Fragen zu sagen. Das ist zu wenig, Herr Merz. Das ist viel zu wenig.

Wir haben einen Angebotschock bei fossilen Energien. Unsere Abhängigkeit von Putin bei fossilen Energien treibt im Moment die Preise nach oben. Da ist es schon unfassbar dreist, Herr Merz – das muss ich noch einmal aus anderer Sicht sagen –, dass Sie es überhaupt wagen, dieses Thema hier aufzusetzen. Im März dieses Jahres haben Sie gefordert, Nord Stream 1 sofort dichtzumachen. Dann hätten wir seit vier Monaten keinerlei Gaslieferungen. Wissen Sie, was die Folge gewesen wäre? Dann wären wir jetzt in einer ganz anderen Situation. Dann

wären die Preise ganz anders, und dann wäre der Angebotschock noch viel größer. Dieses Thema hier aufzusetzen, zeigt, dass Sie keine Ahnung von der Realität haben, dass Sie sich nicht mit der Realität auseinandersetzen. Ich bin sehr froh, dass Robert Habeck im Wirtschaftsministerium sitzt und nicht Sie, weil Sie sich offensichtlich der Realität verweigern, während Robert Habeck weiß, was er tut. Das ist der Unterschied.

Sie haben nicht nur den Blick für die Realität in der Breite verloren. Sie haben offensichtlich auch den Kontakt zur Wirtschaft verloren. Bei der Konzertierte Aktion Inflation war die Analyse eindeutig. Der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger hat wörtlich gesagt – das möchte ich für Sie zitieren –:

Lieber Herr Merz, Sie machen nichts anderes als Klamauk im Hohen Haus.

Dieses Land steht vor der härtesten wirtschafts- und sozialpolitischen Krise seit der Wiedervereinigung.

Und zur Analyse hat er gesagt – ich zitiere –:

Aktuell sehen wir die Inflationstreiber auf der Angebotsseite: Energiekosten, Rohstoffknappheit,

fehlende Vorprodukte durch unterbrochene Lieferketten.

Das sagt der Arbeitgeberpräsident. Aber zu alledem nicht ein einziges Wort von Ihnen, nichts, gar nichts! Was Sie hier gerade abgeliefert haben, zeigt einen kompletten Realitätsverlust. Das ist es, was Sie getan haben, und das ist peinlich, Herr Merz, nichts anderes.

Ich will Herrn Dulger an der Stelle expliziert recht geben. Ich teile diese Analyse; ich stimme der Analyse voll und ganz zu. Deswegen müssen wir Antworten finden. Er sagt auch: Das wird langfristig gehen. – Deswegen müssen unsere Antworten grundsätzlich sein. Wir brauchen Antworten in der Wirtschaftspolitik, in der Energiepolitik und in der Sozialpolitik. Und ich sage Ihnen noch etwas: Das sind die Antworten, die Sie 16 Jahre lang verschlafen haben. Nichts haben Sie 16 Jahre gemacht. Der Realitätsverlust läuft schon länger, und bei Ihnen kulminiert das jetzt. Das ist ein Problem für Sie; das tut mir leid. Es ist wichtig, dass wir das jetzt angehen.

Ich sage Ihnen jetzt mal, was wir tun, weil wir ja an diesen ganzen Fragen arbeiten. Robert Habeck ist unterwegs und sorgt dafür, dass wir billige Energie bekommen, was wir jetzt brauchen, um den Angebotschock runterzukriegen. Wir tun das ohne Scheuklappen. Selbstverständlich sind wir auf der Welt unterwegs und gucken, woher wir Gas bekommen, weil wir Verantwortung übernehmen. Selbstverständlich

sagen wir, dass die Kohlekraftwerke ein Stück weit länger laufen müssen. Wissen Sie, wie das meiner Partei wehtut? Aber wir tun es, weil es um Verantwortung geht, die wir im Unterschied zu Ihnen übernehmen.

Der zweite große Punkt – auch das möchte ich sagen; denn auch daran haben Sie sich in den letzten 16 Jahren nicht gemacht – betrifft die oligopolen Strukturen im Energiemarkt. Das ist doch das Problem; da geht das Geld weg. Wir gehen das jetzt an. Robert Habeck arbeitet am Kartellrecht. Wir legen Ihnen dazu was vor. Auch da geben wir Antworten. Wir gehen die Fragen an, die Sie 16 Jahre lang in den Wind geschossen haben.

Ich nenne Ihnen einen weiteren Punkt: Sie haben 16 Jahre lang den Ausbau der erneuerbaren Energien geblockt. Das war Ihre Politik, und das führte zur Abhängigkeit und jetzt zur Inflation. Das genau führte in die Krise, in der wir sind. Wir als Ampel bringen in dieser Woche ein riesiges Energiepaket auf den Weg, weil wir sagen: Jetzt muss gehandelt werden! All das haben Sie in den letzten 16 Jahren vermässelt. Gut, dass wir das jetzt gemeinsam angehen. Dieses Theater sollten Sie nicht hier, sondern irgendwo anders aufführen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Bereiten Sie ein wirksames Entlastungspaket vor!



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich bin im Gegensatz zu Herrn Audretsch der Union dankbar, dass sie die Aktuelle Stunde aufgesetzt hat; denn jedes dieser drei großen Themen – Konzertierte Aktion, Energiesicherheit, Bundeshaushalt – wäre schon eine Ak-

tuelle Stunde wert, meine Damen und Herren. Wir sind in einer Situation, in der die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, wie wir alle wissen, vor dramatischen Herausforderungen stehen. Deshalb hätte der Bundeskanzler hier sein müssen. Statt Sommerpause wäre hier eine Regierungserklärung, wie meine Fraktion gefordert hat, fällig. Das wäre notwendig gewesen. Man muss sich doch den Problemen vor der Sommerpause stellen.

Aber natürlich muss ich auch sagen, Herr Merz: Dass Sie nun nach 16 Jahren so gar keine Verantwortung tragen, ist wohl nicht ganz korrekt. Ich glaube, die Situation im Land hat sehr viel mit Ihrer Regierungsverantwortung zu tun, auch wenn Sie selbst in dieser Zeit nicht hier waren.

Meine Damen und Herren, viele Bürgerinnen und Bürger ächzen unter den Preislawinen im Supermarkt und bei der Energie, wenn die Nebenkostenabrechnungen und die Mieterhöhungen kommen. Das treibt die Bürgerinnen und Bürger in Existenzängste. Letzte Woche – wir alle haben die Zahlen gesehen – hat der Paritätische Wohlfahrtsverband darauf hingewiesen: 13,8 Millionen Menschen gelten als arm. Und Olaf Scholz sagt hier in der Regierungsbefragung auf Nachfrage: Wir haben ganz viel getan. 30 Milliarden Euro! Wir sind toll. – Nein, nicht toll! Ange-

Sie haben die Lage nicht im Griff und machen Millionen Bürgerinnen und Bürger ärmer.

sichts dieser Zahlen ist das inakzeptabel. Wenn er selbst von sozialem Sprengstoff spricht, dann kann ich nur sagen: Wann schicken Sie endlich das Entschärfungskommando? Das wäre notwendig, meine Damen und Herren.

Der Bundeskanzler hat jetzt die Konzertierte Aktion angestoßen. Da hat er an ein historisches Format anknüpfen wollen. Aber das Ergebnis ist bisher eine Nullnummer. Es ist eine konzertierte Luftnummer. Die Preise sind jetzt hoch. Jetzt muss agiert werden.

Die Gespräche dürfen nicht bis ins nächste Jahr geführt werden. Ich bin sehr gespannt, was real passiert. Wir werden das an den Ergebnissen messen.

Aber eines steht fest: Wenn er sagt, 90 Prozent der Mehrkosten würden für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ausgeglichen, dann ist das eindeutig falsch. Die Wahrheit ist, dass Millionen auf

90 Prozent der Mehrkosten sitzen bleiben. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

8 Prozent Inflation sind real ein Monatseinkommen oder eine Monatsrente. Da reichen auch die 300 Euro Energiepauschale nicht. Sie tun hier immer so, als würde ganz viel getan. Aber es bleibt dabei: Dass Rentnerinnen und Rentner und Studierende die 300 Euro nicht bekommen, ist ein Skandal, meine Damen und Herren. Wir brauchen dringend ein drittes Entlastungspaket. Aber statt die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, schützen Sie die Schuldenbremse von Christian Lindner. Das Ergebnis wird ein Lügenhaushalt sein. Wer etwas anderes sagt, sagt nicht die Wahrheit. Hier wird Solidität vorgegaukelt; aber in Wahrheit legen Sie die Axt an den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit. Dass Sie die Schuldenbremse einhalten, ist eine Märchenstunde. In der Haushaltsrealisierung wird das bei Krieg,

Fortsetzung auf nächster Seite

Pandemie und den Herausforderungen des Klimawandels niemals möglich sein; das sage ich Ihnen voraus. Offensichtlich haben die Sozialdemokraten Angst vor dem Finanzminister, und das finde ich inakzeptabel.

Jetzt höre ich immer so tolle Vorschläge wie „weniger heizen“ oder „kürzer duschen“. Ehrlich gesagt: Ich empfinde das als zynisch. Im Klartext ist es doch so, dass Sie keinen Plan haben, wie die Menschen ihre Wohnzimmer im Winter warm bekommen sol-

len. Das ist das Gegenteil von Verantwortung, meine Damen und Herren. Sie reden hier von Energiesicherheit. Was sagte Olaf Scholz in der Regierungsbefragung? Ich zitiere: Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien. – Wie lange regieren Sie denn schon? Sie bringen das erst diese Woche ein. Ein Jahr sind Sie fast schon im Amt. Die Sommerpause steht an. Bis heute ist nahezu nichts passiert bei erneuerbaren Energien. Das ist die Wahrheit, meine Damen und

Herren. Ich will noch einen Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Eingestanden hat der Kanzler in der Regierungsbefragung auch, dass es offensichtlich Bereiche gibt, die auch obszönen Reichtum gibt. Dann aber sagt er: Es ist schwierig, da etwas zu machen. – Das Komische ist: Selbst Boris Johnson – gerade nicht so fest im Sattel – kriegt das in Großbritannien hin. In Griechenland kriegt eine konservative Regierung eine Übergewinnsteuer hin. In Italien kriegen sie das hin. Andere

Länder handeln, und die Ampel schaut zu, und vor allen Dingen lobt sie sich selbst. Ich glaube, das ist viel zu wenig, meine Damen und Herren.

Ich sage ganz klar: Statt konzentrierter Abgehobenheit brauchen die Bürgerinnen und Bürger konsequente Unterstützung, und zwar jetzt und nicht erst 2023, meine Damen und Herren. Die Wahrheit ist: Sie haben die Lage nicht im Griff und machen Millionen Bürgerinnen und Bürger ärmer. Wenn Sie in der Ampel so

weitermachen, dann steht im Winter der soziale Frieden in Deutschland auf dem Spiel. Deshalb sage ich ganz klar: Nutzen Sie die Sommerpause, und bereiten Sie ein drittes, wirksames Entlastungspaket für Deutschland vor! Es ist so dringend notwendig. Tun Sie das! Dann werden Sie auch unsere Unterstützung dafür haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Kruse, FDP:

Union hat jede Menge Fehler bei Energiesicherheit gemacht



Michael Kruse (* 1983)
Landesliste Hamburg

Ich muss sagen: Ich fand die Anmeldung der heutigen Aktuellen Stunde eigentlich sehr gut; ich fand das Thema durchaus gut gewählt. Es fasst viele sehr wichtige Themen, die es im Moment gibt, zusammen, wenn auch vielleicht nicht ganz so verständlich. Die Konzertierte Aktion ist ja notwendig, weil wir im Moment einen Angebotsschock haben, eine hohe Inflation durch den russischen Angriff und die daraus folgende Energiekrise. Das Thema Energiesicherheit ist sehr wichtig, weil wir hier eine Reihe von Notgesetzgebungen – so muss man es fast schon sagen –, jedenfalls Gesetzgebungen, die wir in hoher Geschwindigkeit vorliegen haben, durchführen müssen. Auch das Thema Bundeshaushalt, insbesondere die schwarze Null, die diese Koalition anstrebt, ist sehr wichtig.

Was Sie allerdings hier mit Ihrem Geschäftsordnungstheater gemacht haben, konterkariert in gewisser Weise das, was Sie vorgeben, selber an Zielstellung verfolgt zu haben. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Herr Merz, ich habe Ihrer Rede aufmerksam zugehört, sogar aufmerksamer, als Sie das gerade bei mir tun, weil Sie mit Zwischenrufen beschäftigt sind. Wenn davon heute Abend etwas

im Fernsehen gezeigt wird, vielleicht sogar Ihre Kritik daran, dass der Kanzler nicht hier sei und nicht höre, was Sie sagen, dann muss ich Ihnen sagen: Ihre Kritik belegt ausschließlich, dass Sie offensichtlich nicht anwesend waren, als der Kanzler hier stand und Fragen beantwortet hat, insbesondere zu Ihrem Thema. – Ja, ich weiß, Herr Merz ist anwesend gewesen; ich war ja auch anwesend. Aber Sie sind nicht da gewesen.

Der Bundeskanzler hat hier eben Fragen beantwortet, unter anderem zum Thema Einwanderung. Ich muss mich sehr wundern, dass Sie Ihren kurzen Slot hier dafür nutzen – und die Regierungsbefragung haben Sie offensichtlich völlig vergessen, obwohl sie erst eine halbe Stunde her war –, über Themen zu reden, bei denen Sie ja nicht die Ampel kritisieren. Und jetzt wird es inhaltlich interessant: Über das Thema Einwanderungspolitik, Herr Merz, habe ich das letzte Mal mit Ihrem Kollegen Spahn diskutiert. Er war ein bisschen angefasst, weil ich gesagt habe: Wir räumen hinter Ihrer Politik her. – Ich möchte mich heute in gewisser Weise korrigieren; denn was Sie gerade tun, ist: Sie räumen hinter Ihrer eigenen Politik her. – Herr Merz, wir als Ampel laden Sie ein, zuzustimmen und dieses Land für eine vernünftige, zukunftsorientierte Einwanderungspolitik zu öffnen. In den letzten 16 Jahren ist das nämlich an Ihrem Widerstand gescheitert. Sie wissen, dass wir qualifizierte Zuwanderung dringend benötigen. Sie wissen, dass es für unser Land von entscheidender Bedeutung ist, dass wir die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte in diesem Land auf hohem Niveau halten, weil wir sonst unseren Wohlstand riskieren.

Herr Merz, Sie haben außerdem das Thema Energiesicherheit ange-

meldet, aber dazu gar nicht gesprochen. Ich wundere mich ein bisschen, warum Sie zu diesem Thema überhaupt keine Worte gefunden haben. Liegt es vielleicht daran, dass sich Ihr wesentlicher Frust gar nicht auf die Politik der Ampel bezieht, sondern auf die Politik ihrer Vorgängerin, nämlich der Bundeskanzlerin Angela Merkel, bezieht? Könnte das sein, Herr Merz?

Ich möchte Ihnen raten: Wenn Sie einen unionsinternen Richtungsstreit haben, dann sollten Sie den innerhalb Ihrer Partei klären. Die ehemalige

Bundeskanzlerin hat jetzt ein bisschen mehr Zeit. Rufen Sie doch einfach einmal bei Frau Merkel an, und klären Sie Ihre Richtungsthemen innerhalb Ihrer Partei. Das Plenum ist dafür wirklich nicht der richtige Ort.

Warum ist denn jetzt Energiesicherheit so ein wichtiges Thema? Warum gehört das in die Aktuelle Stunde? Das gehört in die Aktuelle Stunde, weil Sie jede Menge Fehler in diesem Bereich zu verantworten haben, die für unser Land richtig

gefährlich geworden sind. Unter Ihrer Ägide sind die Gasspeicher an russische Unternehmen verkauft worden. Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Gasspeicher erstmalig in diesem Land kri-

tische Infrastruktur werden. Wir haben dafür gesorgt, dass russische Unternehmen enteignet werden können, wenn sie kritische In-

frastruktur gegen die deutschen Interessen missbrauchen.

Ich frage Sie: Wo sind Sie eigentlich gewesen, als diese Entscheidungen getroffen worden sind? Sie tragen für diese Entscheidungen die Verantwortung. Wir müssen im Bereich der Energiesicherheit jetzt viele wichtige Entscheidungen treffen, weil Sie falsche Entscheidungen in Ihrer Verantwortungszeit getroffen haben. Das wird Ihnen noch lange nachhängen.

Wir sorgen jetzt mit dem schnellsten Infrastrukturausbau in diesem Land dafür, dass wir LNG-Terminals bekommen, – damit wir mehr Gas nach Deutschland importieren können – auch das ein Gesetz, das wir nur machen mussten, weil Sie es nicht geschafft haben, entsprechende Terminalstrukturen in Deutschland zu installieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen im Bereich der Energiesicherheit viele wichtige Entscheidungen treffen.

Alexander Dobrindt, CSU:

Die Menschen in diesem Land haben etwas Besseres verdient



Alexander Dobrindt (* 1970)
Wahlkreis Weilheim

Verehrte Kollegen der Ampelfraktionen, die Art und Weise, wie Sie hier mit Applaus die Abwesenheit der Bundesregierung bei so einer Debatte

über grundlegende Fragen unseres Landes quittieren, zeigt die ganze Arroganz Ihrer politischen Arbeit!

Ich empfehle dringend: Fangen Sie einmal an, über Ihre sechs Monate Regierung nachzudenken. Unter Ihrer Führung macht Deutschland in sechs Monaten mehr Schulden als sechs Regierungen von Adenauer bis Kohl in 40 Jahren – das ist ein Teil Ihrer Bilanz. Unter Ihrer Führung ist Deutschland vom Exportland zum Importland geworden – das ist Teil Ihrer Bilanz. Unter Ihrer Führung hat Deutschland zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Handelsbilanzdefizit, und unter Ihrer Führung hat Deutschland die höchste Inflation seit fast 40 Jahren. Das ist Ihre Bilanz!

Ich kann verstehen, dass Sie sich dem nicht stellen wollen. Damit wir uns da nicht falsch verstehen: Wir machen Sie auch nicht verantwortlich für die Krisen auf der Welt, aber wir machen Sie verantwortlich für Ihr Krisenmanagement, und das ist schlicht verheerend, meine Damen und Herren.

Minister Habeck hat heute die Handwerksmesse in München eröffnet. Da spricht er in seiner Rede von der Bräsigkeit unseres Landes. Es rentiert sich, einmal nachzuschauen, was unter „Bräsigkeit“ zu verstehen ist: nicht imstande, sich auf etwas einzustellen. Das ist bräsig. Mal abgesehen davon, dass das ein ungeheuerlicher Vorwurf gegenüber den Menschen in unserem Land ist, sage ich Ihnen: Das

Einziges, was bräsiger ist, ist diese nicht anwesende Bundesregierung.

Nicht imstande, sich auf etwas einzustellen. Ihre Bundesnetzagentur hat Energieszenarien für den Winter vorgestellt, und in allen klafft eine riesige Gaslücke. Sie sind nicht in der Lage, sich darauf einzustellen. Italien hat bereits feste Lieferverträge mit Katar für Flüssiggas gemacht. Herr Audreitsch, Sie haben erwähnt, Robert Habeck sei auch schon in Katar gewesen. Ja, er hat sich verbeugt, aber er hat nicht vorgebeugt. Bis heute kein einziger Vertrag, die Lücke bleibt. Sie sind nicht in der Lage, sich darauf einzustellen. Deutschland hat

Kernkraftwerke, die man weiterlaufen lassen. Sie verweigern das aus ideologischen Gründen. Das EU-Parlament hat heute festgestellt: Kernkraftwerke in Europa sind nachhaltig. – Sie sind nicht in der Lage, sich drauf einzustellen.

Glauben Sie mir, es sind nicht die Menschen in diesem Land, die bräsiger sind, wie es offensichtlich Minister Habeck meint.

Die Menschen in diesem Land haben etwas Besseres verdient als so eine bräsige Bundesregierung. Das ist die Wahrheit!

Der Bundeskanzler hat heute in der Regierungsbefragung gesagt, es gehe bei der Kernkraft nur um Strom und nicht um Gas. Was für

eine Fehleinschätzung! Es ist Ihr Bundeswirtschaftsminister Habeck, der den Menschen empfiehlt, für den Winter Stromaggregate zu kaufen. Offensichtlich geht es doch um Strom an dieser Stelle.

Wir haben in diesem Jahr eine Rekordverstromung von Gas erlebt; das sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Im Mai dieses Jahres hatten wir eine Rekordverstromung an Gas.

Die größte Gaslücke herrscht im Winter. Ich sage Ihnen: Die Antwort lautet ganz einfach: Kernkraft statt kalter Winter. Das ist das, was von Ihnen entschieden werden muss.

Ich erinnere übrigens auch des-

halb daran, weil der Kollege Dürr von der FDP, der am Sonntag ein Interview gegeben hat, heute aber offensichtlich keine Zeit hat, bei dieser Debatte anwesend zu sein,

eben in diesem Interview sagte: Es wäre möglich, es länger laufen zu lassen. – Er spricht vom Kernkraftwerk Isar 2, einem der modernsten in Europa; es steht in Bayern. Er sagt: Es wäre ein Fehler, die Kernkraftwerke

jetzt abzuschalten. – Ja, meine Damen und Herren, das sagt die FDP. Wer regiert denn eigentlich in diesem Land? Sie sind doch Teil dieser Bundesregierung. Warum kümmern Sie sich denn nicht darum?

Aber vielleicht geben Sie es

doch einfach zu und sagen: In diesem Land regieren inzwischen offensichtlich nur noch die Grünen. – Sie haben, Herr Audreitsch, darauf hingewiesen, dass Sie die Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen wollen. Ich halte das übrigens für richtig. – Letzter Satz. – Aber ich sage Ihnen: Die Kernkraft ist notwendig, um die Stromversorgung zu sichern. Wenn Sie als Grüne sagen:

„Die Kohle lassen wir weiterlaufen“, aber die Kernkraft nicht“ – dann regiert bei Ihnen offensichtlich mehr die Antikernkraftsekte als die Klimapartei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Andreas Audreitsch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist echt bräsiger, was Sie da vortragen! Gut, dass die Redezeit zu Ende ist!)

Dr. Nina Scheer, SPD:

Wir haben gehandelt, und wir werden es auch weiter tun



Nina Scheer (*1971)
Wahlkreis 10

Ich denke, Sie von der Unionsfraktion müssen sich einmal entscheiden, was Sie heute hier eigentlich thematisieren wollen. Wollen Sie uns unterstellen, dass wir nicht handeln? Oder wollen Sie uns unterstellen, dass wir nicht Ihre Fehler fortsetzen, die Sie immer in der Energiepolitik gemacht haben? Wenn Sie uns vorhalten, dass wir Schulden machen, dann sind Sie, was die Rettungspakete angeht, richtigerweise daran beteiligt gewesen.

Wenn es um Investitionen geht, müssten Sie zugeben – und damit komme ich zu meiner Eingangsfrage –, dass wir offenbar handeln; denn wir geben natürlich Gelder in Richtung Zukunftsinvestitionen und damit auch in Richtung struktureller Wandel aus. Das haben Sie im Grunde genommen mit Ihrem plumpen Vorwurf, dass hier nicht gehandelt würde und nur Schulden gemacht würden, gerade schon ein-

gestanden. Insofern sind Sie sich offenbar bis zur jetzigen Minute nicht im Klaren darüber, was Sie heute hier überhaupt thematisieren wollen.

Wir haben hier eine sehr brenzlige Lage; das ist in der Tat so. Wir wissen – das war auch schon vor dem Krieg so, als die Preissteigerungen für die fossilen Energien anfangen –, dass jetzt verschärft nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine nicht mehr ausgeschlossen werden kann, dass auch weiterhin und noch verstärkt ausbleibende Energielieferungen und Gaslieferungen als Waffe eingesetzt werden. Insofern ist hier natürlich verstärkt zu handeln.

Ich möchte auch daran erinnern, dass das Handeln, das Sie vorgeschlagen hatten – das hatten Vorredner schon verschiedentlich erwähnt, und ich möchte es un-

terstreichen –, nämlich einfach Nord Stream 1 zu kappen, wohl das Allerschlimmste gewesen wäre. Das waren Ihre Vorschläge. Ich kann Sie nur davor warnen, weiter solche Blindflugvorschläge zu machen; denn das wären definitiv nicht die Taten, die man haben möchte.

Wenn Sie fordern, Worten Taten folgen zu lassen: Ich habe mich verschlucken müssen, Herr Merz, als ich Ihre Emotionalität wahrgenommen haben. Sie behaupten Dinge: Hier würde nicht gehandelt, es gebe Stillstand. Sie konnten sich gar nicht selbst genug sein vor lauter Empörung über angebliches Nichthandeln. Aber Sie müssen einfach eingestehen, dass

Behauptungen plus Empörung noch lange keine Realitäten erzeugen; das ist einfach so. Behauptungen und Empörung sind nicht mit der Realität gleichzusetzen.

Insofern komme ich jetzt zur Realität zurück. Wir haben in den letzten sechs Monaten so viele Gesetze verabschiedet, dass ich gar keinen Vergleichsparameter parat habe; den wird es auch nicht geben. Es sind enorm viele Gesetze, und zwar richtige, gute Gesetze entstanden. Sie wissen ganz genau, dass die notwendig waren. Wir haben das Gasspeichergesetz verabschiedet. – Wenn

Sie jetzt den Kopf schütteln, dann bestreiten Sie, dies zu kennen. Ist das das Niveau, auf dem wir hier diskutieren? Also: das Gasspeichergesetz. Sie werden kaum leugnen können, dass wir das brau-

chen.

Auch die Diversifizierung des Gasmarktes ist eingeleitet worden durch ein weiteres Gesetz, das wir auf den Weg gebracht haben, das LNG-Beschleunigungsgesetz. Es ist zudem eine Absenkung der EEG-Umlage zur Entlastung mit vielen weiteren Entlastungsmaßnahmen auf den Weg gebracht worden. Wir hatten gestern zudem ein riesiges Osterpaket im Ausschuss, das morgen zur Verabschiedung steht, womit ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien erreicht wird. Wir haben über die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes und der Preisweitergabemöglichkeiten Vorsorge dafür getragen, dass keine Preissprünge entstehen, dass die Menschen nicht ewig lang in Ersatzstromta-

rifen hängen, sondern aufgefangen werden, und dass die Stadtwerke damit umgehen können. Auch da haben wir mit gesetzlichen Änderungen Vorsorge getroffen.

Wir haben mit dem Osterpaket die EEG-Umlage abgeschafft. Wir haben das Wind-an-Land-Gesetz dabei. Wir haben das Windenergie-auf-See-Gesetz dabei. Das Gebäudeenergiegesetz ist dabei. Wir haben jetzt ein Ersatzkraftwerkerehaltungsgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben zudem darin noch Änderungen des Energiesicherungsgesetzes auf den Weg gebracht. – Sie schauen überhaupt nicht mehr zum Rednerpult. Sie fühlen sich überhaupt nicht angesprochen. Sie interessieren sich überhaupt nicht für die Taten. Gut, dann wende ich mich denen zu, die es interessiert.

Wir haben all dies auf den Weg gebracht. Offenbar halten Sie weiter an Ihrer Realitätsleugnung fest. Das kann ich nur bedauern.

Ich danke Ihnen, dass Sie diese Aktuelle Stunde aufgesetzt haben, weil es wichtig war, dies noch einmal klargestellt zu haben: Wir haben gehandelt, und wir werden es auch weiter tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wir werden es im Winter sehen!)



Auch bei drohender Energieknappheit soll die Versorgung von Privathaushalten besonders geschützt werden.
© picture alliance / Flashpic | Jens Krick

**Ich sage Ihnen:
Die Antwort
lautet ganz
einfach: Kern-
kraft statt
kalter Winter.**

**Behauptungen
und Empörung
sind nicht
mit der
Realität
gleichzusetzen.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ingrid Nestle (Bündnis 90/Die Grünen), Maximilian Mordhorst (FDP), Antje Tillmann (CDU) und Hannes Walter (SPD).

Debatte zum Ausbau erneuerbarer Energien / 47. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 7. Juli 2022

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Deutschland steht buchstäblich im Regen



© Nadine Stegemann

Robert Habeck (*1969)
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Guten Morgen und danke, dass ich zum Einstieg in die Debatte kurz das Wort bekomme. Alleine die schiere Anzahl und der Umfang der Gesetzentwürfe zeigen, was gerade Phase ist, dass wir in einer Zeit leben, in der die Energie und die Energiesicherung sicherheitsrelevant für Deutschland und für Europa geworden sind. Mit diesem, ich würde sagen, größten Gesetzespaket im Energiebereich der letzten Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte, ziehen wir notwendige und dringend erforderliche Änderungen nach.

Die Gesetze sind umfangreich. Der Gesetzentwurf für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sorgt dafür, dass wir die Mengen an Energie, die wir zur Einhaltung der klimapolitischen Beschlüsse der Vergangenheit brauchen, auch bereitstellen können. Die erneuerbaren Energien bekommen jetzt den Rang eines überragenden öffentlichen Interesses und damit auch in der Abwägung von Schutzgütern in vielerlei Hinsicht einen Vorrang. Die EEG-Umlage wird mit diesem Gesetz final abgeschafft.

Mit dem Windenergie-auf-See-Gesetz werden die Ausbauziele für Offshorewindanlagen 2030 auf 30 Gigawatt und 2045 dann auf 70 Gigawatt festgeschrieben und hochgesetzt, sodass wir auch industriepolitisch ein klares Signal geben, was wir in Deutschland in den nächsten Jahren machen und brauchen werden. Es gibt ein neues Ausschreibungsdesign: Zum ersten Mal werden qualitative, also auch umweltschonende Kriterien in die Vergabe einbezogen. – Genau, das finde ich auch ganz großartig. – Der Ausbau der Netze

wird in Zukunft durch die Ausschreibung ebenfalls von den Windparkbetreibern mitfinanziert.

Das Wind-an-Land-Gesetz sorgt für eine faire und gerechte Verteilung sowie Handlungsmöglichkeiten untereinander, so dass wir nicht nur fordern, sondern in diesem Fall die Länder auch in die Pflicht nehmen, die Ausbauziele, die wir als gemeinsame Kraftanstrengungen leisten müssen, auch gemeinsam zu tragen.

Das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz gibt uns in der aktuellen Situation die Möglichkeit, Gaskraftwerke aus dem Markt herauszudrängen, indem wir die Reserve, die dafür geschaffen wurde nutzen: in Notsituationen Kohlekraftwerke hochzufahren. Mit der Novelle zum Energiesicherungsgesetz, einem 50 Jahre alten Gesetz,

das schon einmal in dieser Legislaturperiode angepackt wurde, werden viele Optionen geschaffen. Ich weiß noch, dass Kollege Oliver Krischer, der jetzt andere Aufgaben hat und Kollege an anderer Stelle geworden ist, hier gesagt hat, er hoffe, dass es nie genutzt wird, weil es so ein scharfes Schwert ist; aber es sorgt dafür, dass wir entsprechende Maßnahmen nutzen können.

Ich bin wirklich dankbar, auch der Unionsopposition, dass es, so hoffe ich, vor den Sommerferien gelingt, das Arsenal der Möglichkeiten noch einmal zu erweitern und zu präzisieren. Wir sind in einer Phase, in der wir

uns alle Optionen des Handelns offenhalten müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte dem ganzen Haus, jedenfalls dem Teil des Hauses, der nicht nur konstruktiv, sondern auch – ich glaube, ich verrate hier kein Geheimnis – bis an die Grenze der nervlichen Belastbarkeit gearbeitet hat, ein ganz großes Dankeschön aussprechen. Das war ein großer und auch notwendiger Kraftakt, der – das kann ich mir bei aller Freude, dass dieses große Werk hoffentlich jetzt gelingt, nicht verkneifen – gestern vom Oppositionsführer als Schönwetterpolitik dargestellt wurde. Dazu vielleicht folgende Anmerkungen: Wenn man sich vor Eisbergen fotografieren lässt, aber vergisst, dass Eisberge schmelzen, wenn man aus allen möglichen Dingen aussteigt – zu Recht –, aber vergisst, dass

Wir sind in einer Phase, in der wir uns alle Optionen des Handelns offenhalten müssen.

man dafür eine Infrastruktur aufbauen muss, wenn man klimapolitische Beschlüsse fasst, sie aber

nicht mit Maßnahmen unterlegt, dann lässt man Deutschland im Regen stehen. Das haben wir in der Vergangenheit erlebt: immer größere Abhängigkeit von russischen fossilen Energien, mangelnde Diversifizierung, Nichteinhaltung der klimapolitischen Ziele, schleppender, ja zusammengebrochener Ausbau der erneuerbaren Energien, Zerstörung der Solar- und in weiten Teilen auch der Windindustrie, die wir in diesem Land schon hatten, Verlust von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und einem marktwirtschaftlichen Hochlauf für die Zukunftstechnologien, Bremsen in Europa, kein Plan, kein Überblick. Und Sie sagen, das, was wir jetzt machen, sei Schönwetterpolitik. Sehr geehrte Damen und Herren, Deutschland steht buchstäblich im Regen. Hätten wir diese Pakete vor zehn Jahren durchgezogen, würden wir heute ganz anders dastehen. Was wir hier machen, ist, Deutschland wieder in eine energiepolitisch sichere Zukunft zu führen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Andreas Jung, CDU:

Ich frage mich: Wo ist der Klimakanzler?



© DBT/Achim Meide

Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

In diesem speziellen Fall auch: Lieber Herr Direktor, verbunden mit einem ganz herzlichen Dankeschön für Ihr Wirken seitens unserer Fraktion!

Herr Minister Habeck, neben den dringlichen Fragen der Energiesicherheit geht es mit dem Osterpaket zum Ausbau der erneuerbaren Energien heute Vormittag um ein herausragendes Projekt dieser Bundesregierung. Ich frage Sie: Warum sind Sie als Wirtschafts- und Klimaminister ei-

gentlich der einzige Minister dieser Bundesregierung, der heute auf der Regierungsbank sitzt? Ich frage mich und die Zwischenrufer aus der SPD: Wo ist der Klimakanzler? Der Platz des Klimakanzlers ist leer. Das gilt beispielhaft nicht nur in diesem Parlament, das gilt beispielhaft auch für seine Linie in vielen Fragen.

Ich frage auch die Vertreter der FDP. Der Finanzminister spricht ja von Heimatenergie. Bei diesem Thema ist es konkret geworden. Gerade hat die Vertreterin der Grünen, Ingrid Nestle, draußen gesagt, man könne jetzt nur das EEG anfassen und nicht noch machen, was wir fordern, was der Bundesrat fordert, nämlich die Steuerfreiheit für PV-Anlagen auf dem privaten Hausdach. Wir bringen das in einem Antrag ein. Sie lehnen es ab. In Ihrem Entschließungsantrag heißt es: Wir wollen das prüfen. – Der Finanzminister ist nicht da; der könnte handeln. Damit vergeben Sie Chancen. Nicht nur, dass viele nicht hier sind! Es werden inhaltlich Chan-

cen vergeben und Potenziale nicht genutzt.

Herr Minister, ich respektiere, dass Sie sich bei der Opposition bedankt haben, weil es an unserem Verzicht auf Formalitäten liegt, dass Sie diese Gesetze heute verabschieden können. Ich sage aber genauso: Ich bin wirklich der Überzeugung – und das sage ich ganz ruhig –, dass Sie mit diesem Gesetz eine große Chance verpassen. Nie war die Bereitschaft bei allen Beteiligten so groß, in Deutschland einen Konsens über die Erneuerbaren über die Grenzen von Regierung und Opposition, zwischen Bund und Ländern zu erreichen. Sie haben eine Reise durch die Bundesländer gemacht, es aber dabei belassen. Unsere Fraktion hat mehrfach inhaltliche Zusammenarbeit angeboten, weil wir die Ziele, den Ausbau der Erneuerbaren, die Be-

Es werden inhaltlich Chancen vergeben und Potenziale nicht genutzt.

schleunigung des Ausbaus und die Klimaneutralität, teilen. Es gab von Ihnen keinen einzigen Versuch, diese Bereitschaft abzurufen. Es hat kein Gespräch dazu gegeben. Sie haben sich nach der Reise durch die Bundesländer nicht dafür entschieden, jetzt alle an einen Tisch zu holen. Sie hätten sie doch an ihrer Ehre packen können. Stattdessen nehmen Sie sie – Sie haben es gerade gesagt – in die Pflicht. In die Pflicht nehmen, Verordnung von oben heißt: Durchregieren der Ampel, statt Gemeinschaftswerk, statt Partnerschaft auf Augenhöhe. Damit vergeben Sie eine Chance.

Es ist Ihr formales Recht: Mehrheit ist Mehrheit. Aber breite Mehrheiten über Regierung und Opposition hinweg bringen einen Mehrwert, gerade in diesen Fragen, wo es

um Akzeptanz geht. Und am Ende wird es vor Ort um Akzeptanzfragen gehen, und es wird kritische Diskussionen geben. Wir haben dem Energiewirtschaftsgesetz als Teil des Osterpaktes, bei dem es um die Beschleunigung des Netzausbaus geht, in der letzten Sitzungswoche zugestimmt. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich glaube, dass es ein Mehrwert für Ak-

zeptanz ist, dass in diesem Haus – außer denen von links außen und den Radikalen rechts – die breite Mitte zustimmt. Dann können wir uns gemeinsam vor Ort hinstellen und sagen: Das haben wir gemeinsam beschlossen, nicht Regierung gegen Opposition, sondern Regierung mit Opposition – Das hätte ich Ihnen auch für die Erneuerbaren angeboten. Diese Bereitschaft gab es auch beim Wind. Sie haben sie nicht abgerufen. Das ist eine verpasste Chance.

Ja, auch in Bezug auf Windanlagen – Sie haben ja die Opposition ganz generell darauf hingewiesen; ich möchte diesen Ball etwas zurückspielen – werden jetzt Hürden abgebaut, die abgebaut werden müssen. Sie greifen auch das Thema „Ausgleich zwischen Windkraft und Naturschutz“ auf. Übrigens haben darüber die Umweltminister aller Länder über viele Jahre diskutiert und keinen Vorschlag gemacht,

keine Lösung gefunden. In der Umweltministerkonferenz, die dafür originär zuständig ist – gut, dass man diesen Schritt macht –, sind elf grüne Minister, eine von der CDU und einige andere. Das jetzt auf eine parteipolitische Frage zu reduzieren, ist wirklich eine kleinkarierte parteipolitische Sichtweise. Wir stehen für das Gemeinschaftswerk.

Ich will Ihnen sagen: Sie vergeben Potenziale. Sie errichten eine Klassengesellschaft der Erneuerbaren mit Wind und Sonne im Fokus. Ich habe gesagt, welche Potenziale bei der Sonne noch drin gewesen wären, um wirklich einen Boom zu erreichen. Aber im Windschatten stehen die Geothermie, die Biomasse und die Wasserkraft. Hier im Bundestag habe ich es Ihnen in

Die Wasserkraft ist das faule Ei in Ihrem Osterpaket. Das haben Sie erkannt.

der ersten Lesung gesagt: Die Wasserkraft ist das faule Ei in Ihrem Osterpaket. – Das haben Sie erkannt. Ja, Sie haben es erkannt. Es ist bemerkenswert, dass die Grünen lieber mit dem Hinweis angetreten sind: Bei den Erneuerbaren geht es auch um Bürgerenergie. Jeder Beitrag zählt. – Das waren Ihre Worte. Wenn das generell gilt, gilt es auch für kleine Wasserkraftwerke.

Gut, dass Sie hier auf unseren Druck hin nachbessern.

Herr Minister Habeck, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie an diesem Tag die Kohlekraftwerke, die Ihre Partei über viele Jahre als schmutzig bekämpft hat, wiederbeleben. Wir können nachvollziehen, dass das gemacht wird. Aber wir finden, Kohlekraft als CO2-intensive Energieform ist

nicht alternativlos. Wir machen in dieser Debatte – wir diskutieren heute Abend darüber – einen konkreten Vorschlag, nämlich die Biomasse zu nutzen. Sie belassen es bei dem Deckel. Da könnte sofort mehr gemacht werden. Schlimmer noch: Während Sie die Kohlekraftwerke hochfahren, wird die Biomasse weiter gedeckelt, wird Biomethan in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen weiter gedrosselt. Am selben Tag werden die CO2-intensiven Kohlekraftwerke hochgefahren und die Biomasse gedeckelt. Das hat mit grüner Politik im Sinne eines ökologischen Verständnisses nichts zu tun. Wir halten an diesem Gemeinschaftswerk fest und beurteilen die Gesetzesvorlagen bei allem Ärger über das Verfahren, das teilweise unterirdisch gewesen ist – es ging gestern noch bis spät in die Nacht –, in der Sache. Es sind vier Gesetze im Osterpaket. Das GEG wurde noch reingedrückt. Auch das ist

kein angemessener Umgang mit der wichtigen Frage der Energieeffizienz. Zweien davon stimmen wir zu: Beim Netzausbau haben wir schon zugestimmt. Und dem Gesetzentwurf zur Windenergie auf See stimmen wir aus den genannten Gründen zu. – Aber weil Sie, anders als bei diesem Gesetzentwurf, unsere berechtigte Kritik nicht aufgegriffen haben, können wir das Paket insgesamt nicht mittragen. – Ja, es ist schon eine Überraschung, weil wir ja bei zwei von vier Vorhaben mitmachen. Daran sehen Sie, dass wir inhaltlich diskutieren, so wie wir es im Ausschuss machen. Dort, wo Sie nachgegeben haben, haben wir es gemacht. Aber trotz allem, was damit vorangebracht wird – das will ich nicht bestreiten –, ist es eben auch ein Paket der verpassten Chancen, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Matthias Miersch, SPD:

Sie standen 16 Jahre lang auf der Bremse



Matthias Miersch (*1968)
Wahlkreis Hannover-Land II

Kompass. Sie haben in all den Jahren – und ich glaube, ich bin einer der besten Zeugen – jeglichen Ausbau, jeglichen Fortschritt immer wieder verhindert. Wir mussten kämpfen und kämpfen, gegen Solardeckel und gegen Windabstandsregeln. Sie standen 16 Jahre lang auf der Bremse.

Es ist ja noch viel schlimmer, als Robert Habeck gesagt hat. – Herr Merz, gehen Sie ruhig, wenn Sie das nicht aushalten können. Aber ich muss es Ihnen sagen: Sie haben hier im März ein Gasembargo gegenüber Russland vorgeschlagen. Sie hätten bereits im März ein energiepolitisches Desaster angerichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hier ist wirklich ein Fortschritt. Das ist eine Fortschrittskoalition. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Erarbeitung dieses Gesetzeswerks mitgewirkt haben, ganz, ganz herzlich bedanken. Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik

Deutschland sagt der Gesetzgeber, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien von überragendem öffentlichen Interesse ist. Das ist ein wichtiges

Signal an alle Genehmigungsbehörden in diesem Land. Zum ersten Mal haben wir einen verbindlichen Mechanismus zum Ausbau von Windenergie an Land zwischen Bund und Bundesländern. Es wird nicht mehr möglich sein, dass sich einzelne Bundesländer wegducken und sich an dieser großen Herausforderung nicht beteiligen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und ich bin sehr stolz, dass es uns im

parlamentarischen Verfahren noch gelungen ist, beim Thema Photovoltaik ordentlich nachzulegen und hier die Fesseln zu lösen. Wir werden die Hemmnisse, die wir hatten – Stichwort „Teileinspeisung“ –, beseitigen. Wir werden neue Flächen erschließen. Auch das sind ganz wichtige Entscheidungen, die wir hier heute treffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber es wird weitergehen. Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen. Vor uns steht eine Herkulesaufgabe. Auch beim Thema Planung, beim Thema Genehmigungsrecht werden wir nachlegen müssen. Es kann nicht sein, was gerade in Niedersachsen passiert ist: Dass ein Verein zur Denkmalpflege, der in Karls-

ruhe ansässig ist, den Ausbau von Windkraft in Lüneburg verhindert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht nicht. Deswegen – da bin ich mir sehr, sehr sicher – wird diese Fortschrittskoalition die nächsten notwendigen Schritte machen und das aufheben, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU, was Sie in den letzten Jahren nicht geschafft haben, wo Sie auf der Bremse standen, weil Sie energiepolitisch schlichtweg im Blindflug waren. Das ist die Wahrheit, und das müssen Sie ertragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Frau Präsidentin, Sie haben gesagt: Es war eine gute Stimmung, und jetzt gehen wir zur Tagesordnung über. – Ich finde, diese gute Stimmung kann bleiben; denn jetzt verabschieden wir das größte Gesetzespaket zur Förderung der erneuerbaren Energien seit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz im Jahre 2000. Das ist ein hervorragender Tag.

Lieber Andreas Jung, dass nun ausgerechnet die CDU/CSU mit Symbolik anfängt, dass der Kanzler nicht da ist, ist bezeichnend. Denn in der Sache, Herr Frei, haben Sie nichts zu bieten. Sie haben keinen energiepolitischen

Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen. Vor uns steht eine Herkulesaufgabe.



Ausbau erneuerbarer Energien: Windkraftanlagen wie hier im nordrhein-westfälischem Lichtenau-Assen sollen künftig auf zwei Prozent der Fläche des Landes stehen.

© picture alliance / Jochen Tack

Marc Bernhard, AfD:

Wir müssen jetzt endlich diese Geisterfahrt stoppen



Marc Bernhard (*1972)
Landesliste Baden-Württemberg

Si heute beschließen, dass zukünftig 2 Prozent der Fläche Deutschlands ausschließlich für Windindustrieanlagen bereitgestellt werden. Stand heute haben wir 31 000 dieser Anlagen und benötigen dafür 0,5 Prozent der Landesfläche. Jetzt vervierfachen Sie diese Fläche, sodass zukünftig bis zu 120 000 dieser Anlagen

auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten gebaut werden können. Es handelt sich hierbei eben nicht um romantische Windrädchen, sondern um Monsteranlagen mit einer Gesamthöhe von über 240 Metern. Das ist ungefähr so, als wenn man auf dem Kölner Dom einen Propeller mit 160 Metern Durchmesser anbringen würde. Und sollten die Länder es nicht schaffen, die von Ihnen vorgegebenen Flächenquoten zu erfüllen, fallen die Mindestabstände zu Wohnhäusern. Damit können solche Giganten zukünftig auch auf der Wiese 500 Meter vor jedem Wohnhaus stehen. Dafür sorgt Ihr Gesetz.

Wo sollen denn sonst die 90 000 weiteren Windindustrieanlagen hingestellt werden? Wenn

man sich den Windatlas meiner Heimat Baden-Württemberg anschaut, sieht man: Da kommen eigentlich nur der Schwarzwald und die Schwäbische Alb infrage. Die Pläne der Ampel werden also unweigerlich dazu führen, dass große Teile des Schwarzwalds abgeholzt werden. Denn für jede Windindustrieanlage müssen 1,5 Hektar Wald gerodet werden. Wenn Sie also in Zukunft von Karlsruhe 200 Kilometer durch die Ferienregion zur Schweizer Grenze fahren, sehen Sie Kilometer für Kilometer nur noch Windrad an Windrad.

Die Ampel-Pläne führen dazu, dass große Teile des Schwarzwalds abgeholzt werden.

Während die Grünen gegen die Rodung von läppischen 100 Hektar im Hambacher Forst protestiert haben, fordern sie jetzt bei der Windkraft das Ab-

holzen von Zehntausenden Hektar Wald und schaffen zudem die Mindestabstände zu Wohnhäusern praktisch ab. Dabei ist ihnen ganz offensichtlich völlig egal, dass Menschen, die im Umfeld von Windindustrieanlagen wohnen, unter Infra-schall und zermürbenden Lichtreflexen leiden, ganz zu schweigen von den zahllosen Tieren, die in diesen Industrieanlagen Tag für Tag geschreddert werden. Jedes Jahr sind es 250 000 Fledermäuse, 600 000 Vögel wie Störche, Rotmilane und Bussarde sowie 6 Milliarden Bienen, Käfer und andere Insekten. Und wofür opfern Sie das? Für eine rein ideologiebasierte Energiewende, die unsere Energiesicherheit massiv gefährdet und dazu führt, dass wir die höchsten Strompreise der Welt haben.

Dabei wäre es doch so einfach, wenn wir das machen würden, was der Rest der Welt macht, nämlich die drei aktiven Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, die drei kürzlich abgeschalteten wieder in Betrieb

nehmen, unsere Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen und in moderne Kraftwerkstechnologien und synthetische Kraftstoffe investieren. Erst vorgestern hat das EU-Parlament bestätigt, dass es sich bei der Kernenergie um eine grüne und nachhaltige

Deutschland ist mal wieder der Geisterfahrer in Europa, meine Damen und Herren.

Technologie handelt. Deshalb hat Belgien die Laufzeiten seiner Kernkraftwerke um zehn Jahre verlängert. Frankreich plant 14 neue, Großbritannien 6, und in Finnland haben die Grünen den Bau von Kernkraftwerken in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Deutschland ist also mal wieder der Geisterfahrer in Europa, meine sehr geehrten Damen und Herren. Anstatt Umwelt, Arbeitsplätze und Energiesicherheit zu zerstören, müssen wir jetzt endlich diese Geisterfahrt stoppen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Gegenruf des Abg. Marc Bernhard (AfD): Schön, dass Sie wieder aufgewacht sind!)

Michael Kruse, FDP:

Die erneuerbaren Energien lohnen sich mittlerweile



Michael Kruse (*1983)
Landesliste Hamburg

Wir beschließen heute das beste EEG, das Deutschland je hatte. Ich habe mir die fachliche Kritik, die hier aus Reihen der Union gekommen ist, sehr genau angehört. Ich kann sie aber nicht teilen, weil mit diesem Gesetzespaket und insbesondere der Kombination aus EEG und EnWG, wie Sie sie auch angesprochen haben, erstmalig eine vernünftige Verknüpfung in diesem Land gelungen ist zwischen dem, was wir an Produktionskapazitäten

ausbauen, und dem, was wir an Transportkapazitäten ausbauen. Es gab noch nie diesen Lückenschluss zwischen EEG und EnWG, Produktion und Netz. Die Ampelregierung bringt genau das auf den Weg, und schon deswegen hätten diese Gesetze heute von Ihnen eine Zustimmung verdient.

Wir etablieren mit diesem heutigen Beschluss ein marktwirtschaftliches Regime im EEG, das es bisher noch nicht kannte. Wir stärken die marktwirtschaftlichen Instrumente und beschleunigen damit den Ausbau.

Auch diejenigen im Haus, die richtig große Fans vom Abbau von Subventionen sind, könnten hier heute eigentlich zustimmen, weil wir erstmalig vereinbart haben, dass mit dem Tag, an dem wir aus der Kohleverstromung aussteigen, auch das Förderende für die

Erneuerbaren erreicht ist. Das heißt, es ist ein Anreiz für diejenigen, die gerne die Erneuerbaren ausbauen möchten, und es ist auch ein Anreiz für all diejenigen, die sagen: Na ja, die Subventionierung in diesem Bereich muss nicht mehr so stark ausfallen. – Also: Wir laden insbesondere Sie, liebe Union, herzlich ein, diesen Gesetzentwürfen heute zuzustimmen. Sie haben gute Gründe dafür.

Wir etablieren mit diesem Beschluss ein marktwirtschaftliches Regime im EEG.

Auch wenn man auf die Preise schaut – das ist eines der zentralen Argumente in dieser Debatte –, muss man sagen: Die Erneuerbaren lohnen sich mittlerweile. Ökologisch waren sie schon immer vorteilhaft; aber neuerdings sind sie auch

ökonomisch vorteilhaft. Das ist spätestens der Moment, wo im Bereich ab der CDU/CSU in diesem Haus eigentlich eine Neubewertung stattfinden sollte. Die Erneuerbaren lohnen sich ökologisch; sie lohnen sich mittlerweile wirtschaftlich, und – wichtigstes Argument in diesem Jahr – sie stärken unsere Unabhängigkeit von bestimmten Ländern, die nicht in unserem Interesse handeln.

Deswegen sagen wir: Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien.

Deswegen sagen wir Ihnen: Wir wollen die Resilienz stärken. – Ja, Sie von der AfD wollen die Resilienz Deutschlands gar nicht stärken. – Wir wollen die Resilienz dieses Landes stärken.

Deswegen sagen wir: Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien, meine Damen und Herren.

Die Basis für diese tolle preisliche Entwicklung legen wir mit der Abschaffung der EEG-Umlage. Aber damit hört es nicht auf: Wenn wir Windflächen versteigern, werden die Einnahmen aus diesen Versteigerungen in die Absenkung der Offshorewindumlage fließen. Damit sorgen wir dafür, dass der Erneuerbarenausbau nicht den Menschen in diesem Land zu sehr auf dem Portemonnaie liegt; wir sorgen

dafür, dass die Einnahmen aus diesem Bereich auch in dem Bereich Ausbau verbleiben und damit die Strompreise dauerhaft gesenkt werden können, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben erstmalig eine Speicherstrategie festgelegt. „Dunkelflaute“ habe ich aus der rechten Region des Hauses sehr oft gehört. Ja, wie lösen wir denn das Problem? Indem wir die Erneuerbaren auch in den Zeiten verfügbar machen, wo der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Deswegen setzen wir auf eine Speicherstrategie.

Spoiler: Ich kann Ihnen verraten: Die Arbeit an diesen Gesetzen wird sogar noch weitergehen, weil wir nicht stoppen werden, bis wir das optimale Marktdesign in diesem Bereich erreicht haben, damit alle, die einen Speicher zur Verfügung haben, in Zukunft auch Preissignale bekommen und wir damit die Erneuerbaren in einen Teil eines marktwirtschaftlichen Energiesystems überführen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Götz Frömmering (AfD): Das ist keine Marktwirtschaft! Ökosozialistische Planwirtschaft!)

Ralph Lenkert, Die Linke:

Der Windkraftausbau hinkt an Land wie auf See



Ralph Lenkert (*1967)
Landesliste Thüringen

Energie ist Daseinsvorsorge, und dass Energieversorgungssicherheit auch beim Umstieg auf 100 Prozent erneuerbar unabdingbar ist, das predigt Ihnen meine Fraktion seit Jahren.

Ein erneuerbares und bezahlbares System ist machbar; aber Ihre Vorschläge sind für mich als Techniker unzureichend. Dass Wind- und Solarenergie schnell

ausgebaut werden müssen und dass dafür Flächen benötigt werden, das unterstützt Die Linke. Viel mehr PV-Strom ist richtig; aber für die extreme Stromerzeugungsspitze mittags bei Sonnenschein und für null Solarstrom nachts haben Sie keine Lösung. Zur Nutzung der extrem schwankenden Solarstromerzeugung braucht es ein Energiespeicherprogramm, ein System mit Batterien und Pumpspeichern zum kurzfristigen Ausgleich der realen Stromerzeugung, mit Wärmespeichern zur Energiespeicherung für mehrere Tage und mit Wasserstoffelektrolyse und Rückverstromung zur saisonalen Speicherung.

Ein Förderprogramm für die Direktnutzung von PV in Lüftungs- und Klimaanlage in

Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden, ideal für die Mittagszeit an heißen Sommertagen – das will Die Linke.

Der Windkraftausbau hinkt an Land wie auf See, und ich kann das Märchen nicht mehr hören, dass der Naturschutz das Problem ist. Die meisten Einwände erfolgen wegen mangelnder regionaler Akzeptanz bei den Menschen. Wer mit dem Windrad lebt, soll auch etwas davon haben; das fordert Die Linke. Die Realität in Ostdeutschland ist leider anders: Die Investoren kommen meist nicht aus der Region, wegen notwendigem Netzausbau stiegen die Strompreise vor Ort, Projektbeteiligungen sind oft nicht vorgesehen gewesen oder wegen fehlender Mittel den

Es braucht einheitliche Netzentgelte für alle Stromkundinnen und -kunden.

Menschen und Kommunen unmöglich. Deshalb: Folgen Sie unseren Vorschlägen!

Es braucht einheitliche Netzentgelte für alle Stromkundinnen und -kunden in Ost, in West, in der Stadt, auf dem Land. Für jede erzeugte Kilowattstunde Windstrom erhalten die Anliegerkommunen 0,5 Cent ausgezahlt; das ergäbe circa 20 000 Euro pro Windkraftanlage und Jahr für Schulen, für Kindergärten, für Feuerwehr in den Gemeinden.

Installieren Sie Lärmessgeräte an Wohngebäuden, damit sichergestellt ist, dass Lärmgrenzwerte auch ohne Abstandsregeln eingehalten werden!

Die schlechte personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden und auch der Gerichte bei Klagen verlängert oder verdirbt Planung. Sorgen Sie endlich für genügend Fachpersonal!

100 000 Arbeitsplätze gingen in der Solarindustrie, Zehntausende in der Produktion von Windkraftanlagen in Deutschland verloren – wegen der verfehlten Politik von Union und den unionsgeführten Regierungen.

Wir fordern, regionale Produktion zu fördern, tarifliche Arbeitsplätze zu schaffen und da-

mit Akzeptanz voranzubringen, eben auch mit der Produktion von Windkraftanlagen, und auch den Standort in Rostock zu erhalten.

Kolleginnen und Kollegen, statt verstärkt Naturschutzgebiete für die Windkraft zu nutzen, fordere ich, dass die Bundeswehr und die alliierten Truppen ihre Truppenübungsplätze für Windkraftanlagen öffnen. Dann kann die Truppe auch realitätsnah üben. Dass die deutsche Flugsicherung neue Funkfeuer nutzt und die Sperrzonen verkleinert werden, ist notwendig.

Ein letzter Punkt. Die Linke fordert, zum System der Festvergütung von Windenergie zurückzukehren. Das würde Planungssicherheit für Anlagenbetreiberinnen und -betreiber und Preis-sicherheit für Kundinnen und Kunden bedeuten und schließt die Spekulation mit Windkraft zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Andreas Bleck (AfD): Das ist erstaunlich, wie man ohne Kernkraft so verstrahlt sein kann!)

Dr. Julia Verlinden, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir reparieren die fatalen Fehler der Vorgängerregierung



Julia Verlinden (*1979)
Landesliste Niedersachsen

Die Lage ist ernst. Putin überzieht die Ukraine mit einem andauernden Angriffskrieg; in der Folge sind die Energiemärkte aus den Fugen geraten, weltweit. Die fossilen Preise spielen verrückt. Die Energieversorgung muss neu abgesichert werden; Gaseinsparung hat höchste Priorität.

Aber das ist nicht alles. Die Lage ist ebenso ernst, wenn wir auf die Klimaerhitzung schauen. Inzwischen erleben wir nahezu tagtäglich, wie rasant sich die

Klimakrise verschärft: extreme Trockenheit in Italien, Waldbrände in Griechenland, Italien, der Türkei und auch hier bei uns, in Brandenburg, Gletscherabbrüche in der Arktis oder zuletzt in den Alpen, in Indien eine extreme Hitzewelle und heftige Überschwemmungen.

Das sind nur einige wenige Beispiele für bedrohliche Wetterextreme, die Menschenleben gefährden, unsere Lebensgrundlagen zerstören und volkswirtschaftliche Werte vernichten und die aufgrund der Klimaerhitzung häufiger und heftiger werden. Noch – noch! – haben wir es in der Hand, diese Entwicklung abzubremsen, Klimakatastrophe und massives Artenaussterben zu verhindern; das hängt maßgeblich von den Entscheidungen in diesem Parlament ab.

Wir sind als Ampelkoalition angetreten, endlich den notwendigen Fortschritt beim Klimaschutz zu schaffen. Und heute liefern wir! Nur ein halbes Jahr nachdem diese Koalition angetreten ist, beschließen wir ein

großes Energiepaket, das den Ausbau von Wind- und Solarenergie in bisher nie dagewesenen großen Schritten voranbringen wird. Jahrelang wurden die Freiheitsenergien von der Union gedeckelt, gebremst, bürokratisiert. Diese fatalen Fehler der Vorgängerregierung reparieren wir nun.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist neben der Energieeinsparung der entscheidende Schritt für den Klimaschutz; denn nur mit Wind- und Solarenergie und den anderen erneuerbaren Energien können wir dauerhaft unseren Energiebedarf CO2-frei decken. Deshalb machen wir jetzt den Weg für Milliardeninvestitionen frei, die Sie in den letzten Jahren verhindert haben.

Wir sorgen für ausreichend Flächen für Windräder. Mit nur 2 Prozent der Fläche in Deutschland können wir einen Großteil unserer Energieversorgung sicherstellen. Alle Bundesländer müssen ihren Beitrag leisten. Das schafft Verbindlichkeit und

Planungssicherheit. Und wir sorgen dafür, dass die Dächer endlich mit Solarenergieanlagen vollgemacht werden. Außerdem schaffen wir auch neue Möglichkeiten für mehr Photovoltaik, über Parkplätzen bis hin zur Doppelnutzung von landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Gesetze beschließen, das ist das eine. Jetzt sind Kommunen und Bundesländer dran; jetzt geht es in die Umsetzung vor Ort.

Das Erfolgsrezept des Starts der Energiewende vor über 20 Jahren waren die Investitionen der vielen, die Bürgerenergie-wende. Energiegenossenschaften und Kommunen machen wir es mit dieser Gesetzesnovelle endlich wieder leichter, mitzumachen. So schaffen wir die wichtigen Voraussetzungen, um endlich schnell und dauerhaft von teurer Kohle, Öl und Gas loszukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verhandlungen waren intensiv. Das vorliegende Energiepaket hat allen Seiten Zugeständnisse abverlangt; denn natürlich sind drei Partner nicht immer einer Meinung. Aber wir haben bewiesen, dass wir den Willen und die Kraft haben,

Dinge voranzubringen, und das werden wir auch weiterhin tun.

Die Energiewende ist noch lange nicht fertig. Vor allem bei der Energieeffizienz und beim Energiesparen müssen und werden weitere Schritte folgen; denn die Abhängigkeit von fossilen Energien lösen wir nicht alleine mit den Erneuerbaren. Es braucht auch eine ambitionierte Energieeffizienzpolitik. Je weniger Kilowattstunden Deutschland verbraucht, umso rascher schaffen wir die Vollversorgung mit Erneuerbaren, umso rascher werden wir unabhängig von teuren Im-

porten. Die sparsame Technik, die effizienten Produktionsmethoden, all das muss nicht erfunden werden; das alles gibt es bereits.

Meine Damen und Herren, es ist ein großer Schritt für die Erneuerbaren, was wir hier heute beschließen. Ich freue mich auf viele weitere gute Gesetze für mehr Klimaschutz und Energie-souveränität.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt sind Kommunen und Bundesländer dran; jetzt geht es in die Umsetzung vor Ort.

Mark Helfrich, CDU:

Das EEG 2023 besteht aus wenig Licht und viel Schatten



© Steven Vangermain

Mark Helfrich (*1978)
Wahlkreis 3

Mit dem im Frühjahr vorgestellten Osterpaket hat die Ampelregierung der Republik viele bunte Eier ins Osternest gelegt. Diese sollten die energiepolitische Ausrichtung unseres Landes neu ordnen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Viele dieser Eier haben sich leider als faule Eier herausgestellt.

Auf die massive Kritik von Verbänden und Opposition hat die Ampel reagiert und einige dieser faulen Eier ausgetauscht. Dies betrifft insbesondere die geplante Klimaneutralität in der Stromversorgung bis 2035. Eine solche Festlegung hätte massive Auswirkungen auf die Versorgungssicher-

heit in Deutschland mit sich gebracht.

Auch bei der kleinen Wasserkraft ist die Ampel auf unsere Position eingeschwenkt. Diese soll zukünftig wie alle erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse sein und wie bisher gefördert werden. Leider fehlt uns jedoch die Einbeziehung der Vor-Ort Stromnetze unter 110 kV in das überragende öffentliche Interesse. So wird es weiterhin Realität bleiben, dass der so wichtige grüne Strom zwar produziert wird, aber das Netz bzw. die Verteilung des Stroms hinterherhinken.

Mehr Mut zur Veränderung hätten wir uns auch bei den kleinen Solaranlagen auf Dächern gewünscht. Jedoch wird hier leider auch zukünftig zwischen der Voll- und der Teileinspeisung bei der Einspeisevergütung unterschieden. Eigenverbrauch ist aber ganz klar der Treiber der privaten Dachflächen-PV. Die neue Möglichkeit, Teil- und Volleinspeisungsanlagen nebeneinander zu installieren, ist bürokratischer Irrsinn und treibt zudem die Kosten für die Bürger in die Höhe. Auch hat sich die Ampel leider nicht zu einer Vereinfachung der Besteuerung von Einspeisevergütung für

kleine Dachanlagen bis 30 kWp durchgerungen. Wir hatten hier gefordert, kleine Dachanlagen von der Steuer- und Abgabepflicht zu befreien. Anstelle einer Einnahmen-Überschuss-Rechnung hätte doch zumindest eine pauschale Besteuerung drin sein müssen.

Auf jeden Fall werden wir, wenn wir diese Motive der Menschen nicht in den Mittelpunkt stellen, die Dächer in diesem Land nicht voll bekommen.

Auch beim Mieterstrom unterlässt die Ampel praxistaugliche Änderungen. Die Möglichkeit von Millionen Mietern, von der Produktion erneuerbaren Stroms zu profitieren, wird leider nur marginal verbessert. Wir hingegen fordern die Erweiterung der Mieterstromförderung auch auf Nebengebäude und die Erhöhung des Mieterstromzuschlages.

Ein weiterer großer Kritikpunkt sind die im Vergleich zur Anzahl der entwickelten Projekte sehr hohen Ausbauraten für Windenergie an Land und Solarenergie. Damit Sie mich nicht falsch verstehen:

Natürlich befürworten wir den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Wer aber Ausschreibungen mangels ausreichender Anzahl Gebote ins Leere laufen lässt, der zahlt nachher immer den Höchstpreis. Damit, Kolleginnen und Kollegen von der Ampel, führen Sie Ihre Politik der übertriebenen Kostenbelastung für Wirtschaft und Bürger fort.

Im Gegensatz zu den überaus ambitionierten Zielen bei der Wind- und Solarenergie lässt die Ampel die Potenziale der Bioenergie links liegen. Sie verhindern, dass mehr Biomethan ins Gasnetz kommt. Zudem ist der Einsatz von Biomethan nur noch in hochflexiblen Kraftwerken vorgesehen, die höchstens an 10 Prozent der Stunden eines Jahres Strom erzeugen dürfen.

Selbst in der Krise, wo es darum geht, die Erdgasverstromung zu minimieren, verhindern Sie eine Erhöhung der Stromproduktion in vorhandenen Biogasanlagen. Viel mehr brauchen wir im System steuerbare Erneuerbare und Speicher.

Einen kleinen Lichtblick im Osterpaket bietet hingegen das Windenergie-auf-See-Gesetz. Hier haben die Ampelfraktionen nachgebessert und erleichtern durch kleinere Ausschreibungslose mehr Unternehmen den Zugang zu Offshorewindprojekten. Gleiches gilt

für die neuen Ausschreibungskriterien „Fachkräftesicherung“ sowie „CO₂-Fußabdruck“. Leider hat die Ampel das von uns geforderte Kriterium der guten Vereinbarkeit mit Belangen der Fischerei nicht aufgenommen. Unstrittig führt doch der angestrebte Ausbau der Windparks zu einem großen Verlust von Fanggebieten und gefährdet die Existenz vieler Fischereibetriebe. Immerhin hat die Ampel die Fischerei bei der Kompensation aus den Offshoregebieten mit 5 Prozent berücksichtigt.

Auch der schon lange von der Union geforderte Industriestrompreis hat es in das Gesetz geschafft. Dieser soll dafür sorgen, dass der energieintensiven Industrie ausreichend erneuerbarer Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Insgesamt stimmen wir Ihrem Windenergie-auf-See-Gesetz zu.

Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz zum Gebäudeenergiegesetz, das an das EEG angehängt wurde. Wer in Zeiten von Höchstinflation, steigenden Baupreisen und galoppierenden Zinsen noch höhere Baustandards einführt, ohne vorher eine entsprechende Förderung zu etablieren, lässt den Traum vom Eigenheim für viele Bürgerinnen und Bürger endgültig platzen. Allein aus diesem Grund können wir dem aus wenig Licht und viel Schatten bestehenden EEG 2023 nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Nina Scheer, SPD:

Energiewende heißt: hin zu den Erneuerbaren



© Benno Krähhahn

Nina Scheer (*1971)
Wahlkreis 10

Herr Helfrich, ich muss zunächst etwas richtigstellen. Frau Nestle musste sich gerade nicht korrigieren in ihrer Wortmeldung. Sie hat es völlig korrekt wiedergegeben. Sie hatten übersehen, dass die Verteilnetz-

ebene bereits jetzt ins überragende öffentliche Interesse gestellt wurde, nämlich mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, EnWG, die in der letzten Sitzungswoche beraten wurde.

Zu der anderen Frage hat sie noch einmal betont, dass dies schon in dem Entschließungsantrag enthalten ist, nämlich die steuerliche Handhabung bei kleinen PV. Das steht in dem Entschließungsantrag. Da hat sie sich auch nicht korrigieren müssen. Es ist wirklich erbärmlich, mit welchen Methoden Sie versuchen, sachliche Argumentation Ihrerseits zu suggerieren, die einfach nicht gegeben ist, Herr Kollege.

Die aktuelle Lage zeigt, dass wir so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umsteigen müssen. Das ist nicht erst mit dem

Osterpaket klar; das wissen wir schon seit einiger Zeit. In der Tat hätte in den vergangenen Jahrzehnten schon viel mehr passieren müssen. Wir hatten unter Rot-Grün im Jahr 2000 – Matthias Miersch hat es schon erwähnt – die Weichen dafür gestellt. Leider wurden die Rahmenbedingungen, die es schon gab, in den Regierungsjahren dazwischen unter Torpedierung insbesondere aus Ihren Reihen teilweise verschlechtert. Damit räumen wir jetzt grundsätzlich auf.

Wir müssen es schaffen, von der massiven Importabhängigkeit von fossilen Ressourcen wegzukom-

men. Das geht nur mit erneuerbaren Energien. Wir sehen auch, dass wir in eine Preisfalle hineintappen, wenn wir nicht so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umsteigen. Deswegen ist dies ein so herausragend wichtiges Gesetzeswerk, weil wir die Weichen für die Ermöglichung stellen, dass wir uns unabhängig machen, dass wir uns unabhängig von Preisdiktaten machen und damit auch ein wirksames Mittel gegen diese kriegerische Instrumentalisierung der Energiepolitik setzen, die jetzt vonseiten des russischen Präsidenten Putin lanciert und in Richtung der Energieversorgung mit Gas gespielt wird. Das hier ist also auch eine Antwort – eine sehr wichtige Antwort! – im außenpolitischen Kontext, den wir hier gerade zu bewältigen haben.

Wir müssen – ich habe es erwähnt: die erneuerbaren Energien sind die günstigsten Formen

– auch ganz klar die Linie ziehen: Ein rückwärtsgewandtes noch einmal Wiederbeleben von Atomenergie kann nicht helfen. Selbst eine Verlängerung ist rückwärtsgewandt, weil wir wissen, dass es am teuersten ist, auf Atomenergie zu setzen. Wir sehen, dass die Franzosen große Probleme haben. Gerade in den Sommermonaten können aufgrund von Dürren und Niedrigflusswasserspiegeln die Atomkraftwerke nicht mehr gekühlt werden.

Deswegen: Angesichts des sich verschärfenden Klimawandels wäre es wirklich ein Himmelfahrtskommando, wenn wir uns weiterhin abhängig machen. Jede Verlängerung ist natürlich eine weitere Abhängigkeit, weil es auch etwas kosten wird. Die Unternehmen werden es uns etwas kosten lassen, wenn wir das verlängern. Das wissen Sie ganz genau. Warum sollen wir in diese Richtung noch mehr Geld ausgeben, als wir durch den Zickzackkurs, den Sie zu verantworten haben, ohnehin schon ausgeben mussten, statt diese Gelder in die Erneuerbaren zu stecken?

Auch beim Mieterstrom unterlässt die Ampel praxistaugliche Änderungen.

Wir müssen von der massiven Importabhängigkeit von fossilen Ressourcen wegbekommen.

Insofern: Lassen Sie uns doch endlich beim Thema bleiben. Energiewende heißt: hin zu den Erneuerbaren, nicht: zurück zur Atomenergie.

Wir haben mit diesem Paket die richtigen Wegmarken gesetzt. Wir wollen, dass 2030 80 Pro-

zent der Energie mit Erneuerbaren erzeugt wird, und zwar Bezugsgröße 750 Terawattstunden. Das ist deutlich mehr – ein Drittel mehr –, als heute gebraucht wird. Das bedeutet: Wir werden mit diesen Maßgaben 2030 so viel Erneuerbare haben, als wä-

ren wir mit dem heutigen Strombedarf schon bei 100 Prozent. Über diese Dimension reden wir. Das ist eine Vervielfachung des Ausbaus.

Es steht jetzt die Änderung bzw. Verabschiedung des Windenergie-auf-See-Gesetzes, des

Wind-an-Land-Gesetzes wie auch des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und auch des Gebäudeenergiegesetzes an. Wir verabschieden hier ein hervorragendes Gesetzespaket.

Ich wollte noch viele weitere Sachen sagen; das übernehmen

dann meine Kollegen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Andreas Bleck, AfD:

Lieber einen grünen Wald als einen Grünen im Wald



Andreas Bleck (*1988)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Eins vorweg: Das Osterpaket der Bundesregierung ist einer der größten politischen Anschläge auf den Artenschutz seit Gründung des Bundesumweltministeriums, und das nicht trotz, sondern wegen

der grünen Bundesminister. Es ist doch entlarvend, dass kein einziger Redner den Artenschutz hier einmal länger thematisiert hat als in einem einzigen Satz. Früher ging es noch darum, den Artenschutz zu stärken. Jetzt geht es nur noch darum, den Artenschutz für die Energiewende zu schwächen. Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas durch die Abhängigkeit von Wind und Sonne zu ersetzen, darauf kann man nur als Grüner kommen. Aber es ist erstaunlich: Offensichtlich kann man auch ohne die Kernenergie verstrahlt sein.

Die Art und Weise, wie die Regierung das Gesetzgebungsverfahren durchgeführt hat, stellt eine grobe Missachtung der Rechte der Opposition dar. Bei

der Sondersitzung des Umweltausschusses wurden Änderungsanträge erst kurz vorher oder lange nach Beginn an die Ausschussmitglieder verschickt. Kein Ausschussmitglied der Oppositionsfaktionen hatte überhaupt die Chance, diese Änderungsanträge, die bis zu 328 Seiten umfassten, zu lesen – geschweige denn zu verstehen. Trotzdem wurde darüber abgestimmt. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Farce und ein Armutszeugnis für den Parlamentarismus.

Doch auch artenschutzfachliche Gründe sprechen gegen das

Osterpaket. Egal welchen der Gesetzentwürfe man sich anschaut: Bei jedem wird deutlich, dass die Bundesregierung dem Klimaschutz höhere Priorität einräumt als dem Artenschutz. So wird ausschließlich der Bau von sogenannten erneuerbaren Energien als öffentliches Interesse und als Fall für die öffentliche Sicherheit eingestuft, nicht jedoch der Erhalt der biologischen Vielfalt. Abstände von kollisionsgefährdeten Brutvogelarten

Die Bundesregierung hat ihren Worten keine Taten folgen lassen.

zu Windkraftanlagen werden drastisch reduziert. Das ist gar nicht artenschutzfachlich hergeleitet, sondern das ist politische Willkür zu Lasten unserer Natur. Das ornithologische Fachwissen der staatlichen Vogelenschutzwarten wird ignoriert. Der Fledermausschutz hat im Gesetzentwurf keine Bedeutung.

Darüber hinaus führt die Bundesregierung nur 15 Arten in der

Liste kollisionsgefährdeter Brutvogelarten auf. Das verstößt eindeutig gegen das europäische Recht, das in der Vogelschutzrichtlinie den Schutz aller geschützten Vogelarten vorsieht. Damit setzen wir uns einem Vertragsverletzungsverfahren aus.

Die Ausweisung von 2 Prozent der Fläche Deutschlands für den Bau von Windindustrieanlagen wird nicht nur Freiflächen, sondern zunehmend auch Wälder und Schutzgebiete unter Druck setzen. Deswegen gilt auch hier: Lieber einen grünen Wald als einen Grünen im Wald.

Summa summarum: Die Bundesregierung hat ihren Worten keine Taten folgen lassen. Sie hat viel angekündigt und ist an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert. Mit ihrem Osterpaket legt die Bundesregierung uns also vier faule Eier ins Nest. Auf dieses unerwünschte und verspätete Geschenk können wir verzichten, und deshalb werden wir die Gesetzentwürfe ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Carina Konrad, FDP:

Dieses Gesetzespaket ist eine Blaupause dafür, neu zu denken



Carina Konrad (*1982)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Gerade weil doch alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land spüren, wie abhängig wir geworden sind von Putins Energienadel, gerade weil wir wissen, wie abhängig wir davon sind, dass unsere Wirtschaft erfolgreich ist, dass unser Wohlstand gewahrt bleibt, dass Tausende, Zehntausende Ar-

beitsplätze in unserem Land weiterhin bestehen bleiben – gerade deshalb ist dieses vorliegende Gesetzespaket ein weiterer großer Erfolg dieser Koalition. Liebe Union, das mag Ihnen wehtun, weil es zeigt, was auf einmal alles geht in diesem Land und wie schnell es gehen kann. Es geht nicht mehr darum, was man alles verhindern kann.

Sehr geehrter Herr Bleck, ich kann Sie beruhigen; ich kann Ihre Tränen trocknen. Der Artenschutz kommt nicht unter die Räder, der Populationsschutz bleibt gewahrt. Aber den Artenschutz als Instrument zu nehmen für diejenigen, die Deutschland schwächen wollen, das wird in der Zukunft nicht

mehr passieren. Das haben wir geändert.

Es darf keine Verhinderungsinstrumente mehr geben, sondern es muss Ermöglichungsinstrumente geben in diesem Land, und dazu gehört auch, dass wir die Akzeptanz dafür haben, dass die erneuerbaren Energien in unserem Land ausgebaut werden. Dazu gehört, dass man die Landwirtschaft mitnimmt. Es

Der Artenschutz kommt nicht unter die Räder, der Populationsschutz bleibt gewahrt.

war uns Freien Demokraten ein großes Anliegen, auch bei der Umsetzung dieses Gesetzespaketes, dass es keine weiteren bürokratischen Belastungen gibt, sondern dass man der Landwirtschaft ermöglicht, daran zu partizipieren. Gerade mit der Erweiterung der Flächenkulisse für die Agri-

PV ist uns das gelungen und ein weiterer Meilenstein gelegt worden dafür, dass man nach vorne schaut und in der Krise eine Chance sucht.

Auch die kleine Wasserkraft hat entgegen dem, was hier schon gesagt wurde, eine Chance. Vielleicht würde es helfen, einfach mal die Vorlagen zu lesen, die einem vorgelegt werden, auch wenn es knapp war; ich gebe es zu. Es war eine große Aufgabe, auch für Sie. Aber man sollte auch mal lesen, was dort steht. Denn die kleine Wasserkraft hat eine Zukunft in diesem Land, und das ist sehr wichtig.

Wir werden es bei diesem Gesetzespaket wahrscheinlich nicht belassen. Klar ist doch auch: Wir brauchen jede Kilowattstunde Strom. Da darf es keine Denkblockaden geben, und da muss man auch ohne Schaum vor dem Mund innerhalb unserer Reihen miteinander diskutieren, wo es noch Kilowattstunden gibt, die gehoben werden kön-

nen für die Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt noch ein Thema in diesem Gesetzespaket, das wir als Aufgabe noch vor der Brust haben; Matthias Miersch hat es schon gesagt. Für uns Freie Demokraten ist die Planungsbeschleunigung tatsächlich das zentrale Thema dieser Koalition. Wir werden dieses Thema weiter forcieren und haben hiermit einen Auftakt, eine Blaupause dafür geschaffen, was alles über die erneuerbaren

Für die FDP ist die Planungsbeschleunigung das zentrale Thema dieser Koalition.

Energien hinaus an Beschleunigung in unserem Land möglich sein muss. Wir sehen doch jeden Tag die desolaten Zustände von Brücken, von Straßen, von Schienen. Dieses Gesetzespaket ist eine Blaupause dafür, auch hier neu zu denken. Das werden wir im nächsten Schritt tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Timon Gremmels, SPD:

Nach der EEG-Reform ist vor der EEG-Reform



Timon Gremmels (*1976)
Wahlkreis Kassel

Lieber ehemaliger Koalitionspartner CDU/CSU! Wie war es denn mit Ihnen? Mit Ihnen haben wir aus dem Hause Altmaier meistens schlechte Vorlagen bekommen, und wir konnten noch das Schlimmste verhindern. Wir haben dreieinhalb Jahre dafür gebraucht, bis die große EEG-Reform kurz vor Ende der Legislaturperiode in Kraft trat. Jetzt ist es genau anders: Wir bekommen gute Vorlagen, die wir im parlamentarischen Verfahren noch besser machen, und dafür haben wir nur ein Dreivierteljahr gebraucht. Das ist

der Unterschied zu Ihrer Regierungsverantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Gerade im Bereich der Photovoltaik, beim Ausbau der Solarenergie, haben wir einen riesengroßen Schritt nach vorne gemacht. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir perspektivisch pro Jahr 22 Gigawatt Photovoltaik hinzubauen können. Das lässt sich sehen, und das ist ambitioniert. Das erreichen wir durch fünf Maßnahmen: erstens Bürokratie runter, zweitens Vergütung rauf, drittens Dächer voll, viertens Freifläche erweitern und fünftens Bürgerbeteiligung verbessern. So geht sozialdemokratische Energiepolitik! So geht Energiepolitik dieser Ampelkoalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Bürokratie runter: Wir werden dafür sorgen, dass der Netzanschluss deutlich vereinfacht wird, dass das online geht und dass die Rahmenbedingungen bundesweit einheitlich sind, dass Installationsbetriebe schnell Anlagen ans Netz bringen können und dass bereits fertige Anlagen nicht, wie es

jetzt in der Regel der Fall ist, noch ein halbes Jahr ungenutzt bleiben, bis der Netzmeister es schafft, vorbeizukommen. Auch das verbessern wir, auch das geht deutlich schneller.

Vergütung rauf: Wir werden die Vergütung für Teileinspeisung deutlich verbessern, sodass man sich eben nicht mehr entscheiden muss, ob man teilweise oder voll einspeist. Wir werden dafür sorgen, dass die Dächer volllaufen, dass die Dächer mit Photovoltaikanlagen bestückt werden und dass wir keine freien Dächer mehr haben, die nicht einer sinnvollen Zweitnutzung zugeführt werden. Und das wird uns in diesem Fall gelingen, indem wir die Spitzenlastkappung abschaffen. Künftig werden auch kleine Photovoltaikanlagen bis 25 Kilowatt voll einspeisen können. Das Potenzial wird gehoben. Das ist längst überfällig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und wir werden das Flächenpo-

tenzial erweitern. Daran scheitert es doch gerade bei der Photovoltaik: Wir haben zu wenig geeignete Flächen. Das beheben wir, indem wir die Seitenrandstreifen an Autobahnen und Schienennetzen von 200 Meter auf 500 Meter mehr als verdoppeln. Wir haben auch dafür gesorgt, dass Grünland kein Tabu mehr ist, sondern dass wir auch auf geeigneten Grünlandflächen Agri-PV, also landwirtschaftliche PV, ermöglichen. Genau das ist der richtige Weg.

All denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die im schönen Norddeutschland leben und ein Reetdach haben, auf das sie keine Photovoltaikanlage installieren wollen, ermöglichen wir im Rahmen einer Garten-PV den Bau einer eigenen Anlage. Auch sie sollen an der Energiewende partizipieren, genauso wie die Menschen, die in denkmalgeschützten Gebäuden leben. Das ist Energiepolitik, wie sie sein muss.

Wir haben auch die Bürgerbeteiligung verbessert. Bisher stand im Gesetzentwurf, man müsse im gleichen Landkreis leben. Das ist nicht mehr notwendig. Die Menschen zum Beispiel aus der Stadt Kassel können sich im Landkreis Kassel in Bürgerenergiegenossen-

schaften engagieren. Das ist genau der richtige Weg, um Bürgerbeteiligung zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei der Wasserkraft haben wir etwas geschafft; da gilt weiterhin der Status quo. Und wir haben die Wasserkraft zum überragenden öffentlichen Interesse gemacht; auch das ist wichtig.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Es gilt das alte Fußballersprichwort – weiter gedeutet und daran angelehnt -: Nach der EEG-Reform ist vor der EEG-Reform. Diese Koalition will noch dreieinhalb Jahre weiterarbeiten, und wir werden Sie noch mit weiteren deutlichen Verbesserungen in diesem Bereich behelligen. Als Nächstes werden wir dafür sorgen, dass Mieterstrom deutlich verbessert wird, dass Energy Sharing deutlich verbessert wird und dass die PV-Pflicht, die Photovoltaikpflicht, für Nichtwohngebäude kommt. All das wird Sie noch erreichen.

Ich freue mich jetzt schon auf die Beratungen. In der Sommerpause sollten wir alle einmal kurz durchatmen; aber wir bleiben am Ball. Die Energiewende geht mit der Ampel voran.

In diesem Sinne: Alles Gute und Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Katrin Babette Uhlig, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir machen die Energiewende zum Mitmachprojekt für alle



Katrin Babette Uhlig (*1982)
Wahlkreis Bonn

Heute ändert sich wirklich etwas in der Energiepolitik; der Minister hat es eben schon ausgeführt. Mit dem Ziel, 80 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 zu erreichen, beschleunigen wir heute nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien und reduzieren unsere Abhängigkeit von fossilen Importen, sondern schützen

vor allem unser Klima. Wir schaffen hier und jetzt die Voraussetzungen dafür, dass ausreichend Windräder und Solaranlagen in Zukunft für bezahlbare Strompreise sorgen werden. Wir machen die Energiewende zum Mitmachprojekt für alle.

Mit dem heute vorliegenden Entwurf können wir das Potenzial unserer Dächer als Kraftwerke nutzen und unterstützen die Menschen bei der Energiewende vor Ort. Wir machen Stromversorgung vom eigenen Dach einfacher und sorgen dafür, dass diese nun auch unkompliziert mit einer Anlage, die den Strom direkt ins Netz einspeist, kombiniert werden kann. Gerade Bürgerenergieprojekte haben die Energiewende zu dem gemacht, was sie heute ist. Deshalb stärken wir solche Projekte endlich wieder und unterstützen so eine dezentrale Energieversorgung mit vielfältigen Akteuren.

Auch die Industrie steht längst

in den Startlöchern, um wirklich Teil der Energiewende zu werden. Wir stärken durch das Windenergie-auf-See-Gesetz die Möglichkeit der Industrie für den direkten Bezug von Grünem Strom und schaffen durch eine Verordnungs-

ermächtigung den Rahmen für einen Industriestrompreis auf Basis von erneuerbaren Energien.

Die Kollegin Verlinden hat es eben schon angesprochen: Viel zu lange wurde vor allem die Windenergie an Land ausgebremst. Viel zu wenige Flächen wurden zur Verfügung gestellt. Darum regeln wir jetzt mit dem Wind-an-Land-Gesetz, dass künftig ausreichend Flächen bereitgestellt werden, und schaffen Klarheit bei den artenschutzrechtlichen Regelungen.

Lassen Sie uns die Energiewende gemeinsam zu einer Erfolgsge-

schichte machen und einem Exportschlager made in Germany.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Anja Weisgerber (CSU), Bengt Bergt (SPD), Konrad Stockmeier (FDP) und Franziska Kersten (SPD).



Erneuerbare oder fossile Quellen: Woraus Deutschland künftig seine Energie für Strom beziehen soll, war Streitpunkt der Debatte.

© picture alliance/dpa | Jan Woitas

leicht
erklärt!

NATO-Beitritt

Wie wird man Mitglied in der NATO?



In den letzten Wochen hört man es immer wieder in den Nachrichten:

Die Länder Schweden und Finnland wollen Mitglied in einer Gruppe von Ländern werden.

Diese Gruppe hat den Namen: NATO.

Im folgenden Text geht es darum um folgendes Thema:

Wie wird man Mitglied in der NATO?

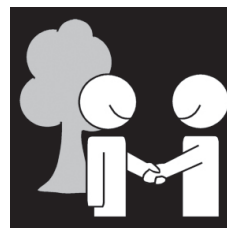
Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die NATO?
- Was muss man machen, um Mitglied zu werden?
- Wie lange braucht man, um Mitglied zu werden?

Was ist die NATO?

Die NATO ist eine Gruppe von Ländern.

Und zwar von Ländern in Europa und Nord-Amerika.



Die Länder haben sich zusammengetan.

Sie wollen zusammen gemeinsame Ziele erreichen.

Das wichtigste Ziel ist:

Die NATO will die Sicherheit ihrer Mitglieder beschützen.

Das macht sie zum Beispiel durch Waffen und Soldaten.

Außerdem macht sie das auch durch friedliche Mittel.

Zum Beispiel durch Gespräche und Absprachen.

Dabei gibt es eine besonders wichtige Regel.

Sie wird wichtig, wenn ein NATO-Land von einem anderen Land auf der Welt mit Waffen angegriffen wird.

In diesem Fall passiert nämlich Folgendes:





Alle anderen NATO-Länder haben dann die Pflicht, gemeinsam etwas gegen den Angriff zu machen.

Die NATO-Länder arbeiten aber auch zusammen, damit es gar nicht erst zu einem Angriff kommt.



Es gibt immer wieder Kritik an den Zielen der NATO.

Die Kritiker sagen zum Beispiel:

Die NATO verlässt sich bei ihren Zielen zu sehr auf Waffen und Soldaten.

Sie ist nicht so gut darin, Probleme auf friedliche Art zu lösen.

Manche Menschen finden auch: Die NATO kann gar nicht helfen, die Probleme auf der Welt zu lösen.



NATO ist die Abkürzung für den englischen Namen dieser Gruppe.

Auf Deutsch bedeutet der Name: Organisation des Nord-Atlantik-Vertrags.

Im weiteren Text wird aber immer nur NATO stehen.

Mitglied in der NATO werden

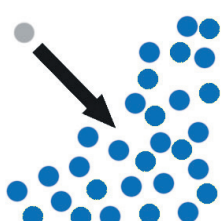
Im Moment hat die NATO 30 Mitglieder.

Dazu gehören zum Beispiel: Deutschland, die USA und Frankreich.

Mehrere Länder möchten Mitglied in der NATO werden.

So ein Beitritt läuft immer nach ganz bestimmten Regeln ab.

Diese werden im Folgenden etwas genauer erklärt.



Anforderungen

Will ein Land in die NATO, muss es verschiedene Anforderungen erfüllen.

Es muss sich an die Regeln halten, die sich die NATO gegeben hat.

Hier ein paar Beispiele dafür:



Das Land muss ein europäisches Land sein.



Das Land muss sich an die Regeln der Vereinten Nationen halten.

Die Vereinten Nationen sind eine Versammlung von fast allen Ländern auf der Welt.

Sie haben sich zusammengetan, um Probleme der Welt gemeinsam zu lösen.

Sie wollen Frieden, Sicherheit und ein gutes Leben für jeden einzelnen Menschen auf der Welt erreichen.



Das Land muss eine Demokratie sein.

Demokratie ist eine bestimmte Art, wie ein Land regiert wird.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das machen sie zum Beispiel durch Wahlen.



Das Land muss erklären, dass es Streitigkeiten mit anderen Ländern möglichst friedlich lösen wird.



Das Land muss dabei helfen können, andere NATO-Mitglieder zu beschützen.

Das bedeutet beispielsweise:

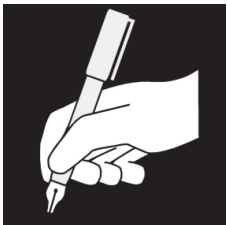
Das Land muss bei Streitigkeiten zwischen einem NATO-Mitglied und einem anderen Land zum Beispiel durch Gespräche helfen können.



Wichtig ist auch, dass sich die Mitglieder mit Soldaten oder Kriegsmaterial beistehen können.

Eigene Soldaten muss ein Land aber nicht haben, um in die NATO zu kommen.

Antrag stellen

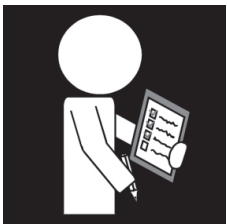


Will ein Land in die NATO, muss es zunächst einen Antrag stellen.

Das bedeutet: Es muss sich bewerben.

Es wird also zu einem Bewerber-Land.

Überprüfung durch die NATO



Die NATO schaut sich das Bewerber-Land nun genau an.

Die wichtigste Frage dabei lautet:

Erfüllt das Land die Anforderungen, um in die NATO zu kommen?

Vielleicht erfüllt das Land die Anforderungen schon.

Dann geht es gleich mit dem nächsten Teil der Aufnahme weiter.

Vielleicht erfüllt das Land die Anforderungen nicht.

Aber:

Die NATO sieht gute Chancen, dass das Land die Anforderungen erfüllen kann, wenn es ein paar Veränderungen macht.

In diesem Fall bietet die NATO dem Land besondere Unterstützung.

Die NATO sagt dem Land, welche Veränderungen es machen soll.



Und dann hilft sie dem Land, diese Veränderungen durchzuführen.

Sie bietet dem Land zum Beispiel Beratung an.

Am Ende ist das Land dann vielleicht bereit, der NATO beizutreten.

Einladung zu Beitritts-Gesprächen



Die NATO lädt das Bewerber-Land nun zu Beitritts-Gesprächen ein.

Alle NATO-Mitglieder müssen dieser Einladung zustimmen.

Wenn nur ein einziges Land dagegen ist, geht es mit der Bewerbung nicht weiter.

Sind sich alle NATO-Länder einig, beginnen die Beitritts-Gespräche.

Beitritts-Gespräche



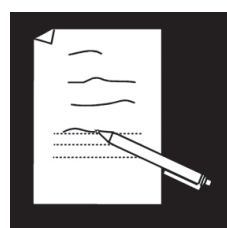
In den Beitritts-Gesprächen verhandeln die NATO und das Bewerber-Land.

Sie sprechen ab, was das Bewerber-Land machen muss, wenn es NATO-Mitglied ist.

Das Bewerber-Land muss sich bereit erklären, die Regeln der NATO einzuhalten.

Außerdem wird abgesprochen, was das Bewerber-Land zur NATO beitragen will.

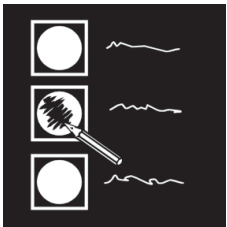
Zustimmung der NATO-Länder



Irgendwann sind sich die NATO und das Bewerber-Land einig.

Alle Abmachungen werden aufgeschrieben.

Über diese schriftlichen Abmachungen muss jedes NATO-Land noch einmal abstimmen.



Das ist die letzte Entscheidung, ob das Bewerber-Land wirklich Mitglied werden soll.

In jedem NATO-Land läuft diese Abstimmung ein wenig anders ab.

In Deutschland müssen zum Beispiel der Bundestag und der Bundes-Rat darüber abstimmen.

Also zwei unterschiedliche Gruppen von Politikern.

Wenn nur ein einziges NATO-Land nicht zustimmt, kann das Bewerber-Land nicht Mitglied in der NATO werden.

Beitritts-Urkunde



Wenn ein Land in die NATO aufgenommen wurde, bekommt es eine Beitritts-Urkunde.

Die wird bei der Regierung der USA aufbewahrt.

Wichtig ist:

Die NATO kann keine Mitglieder ausschließen.

Wenn man erst mal NATO-Mitglied ist, dann bleibt man es auch.

Einzigste Ausnahme: Ein Land kann selbst entscheiden, aus der NATO auszutreten.

Wie lange dauert es, bis man Mitglied wird?

Mitglied in der NATO zu werden, kann unterschiedlich lang dauern.

Es hängt zum Beispiel davon ab, wie schnell ein Land die Anforderungen erfüllt.

Manchmal dauert es viele Jahre.

In den schnellsten Fällen kann es aber auch nur ein paar Monate dauern.



Kurz zusammengefasst



Die NATO ist eine Gruppe von mehreren Ländern in Nord-Amerika und Europa.

Sie haben sich zusammengetan, um sich gegenseitig zu beschützen.

Und zwar mit Waffen und Soldaten. Aber auch mit friedlichen Mitteln.

Will ein Land Mitglied in der NATO werden, muss es verschiedene Anforderungen erfüllen.

Es muss sich zum Beispiel an die Regeln der NATO halten.

Und es muss etwas zu den Zielen der NATO beitragen.

Will ein Land Mitglied werden, muss es einen Antrag stellen.

Danach muss es verschiedene Dinge erledigen.

Wenn alle NATO-Mitglieder schließlich zustimmen, wird das Bewerber-Land aufgenommen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Olivier Matthys. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 28-29/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 25. Juli 2022.